

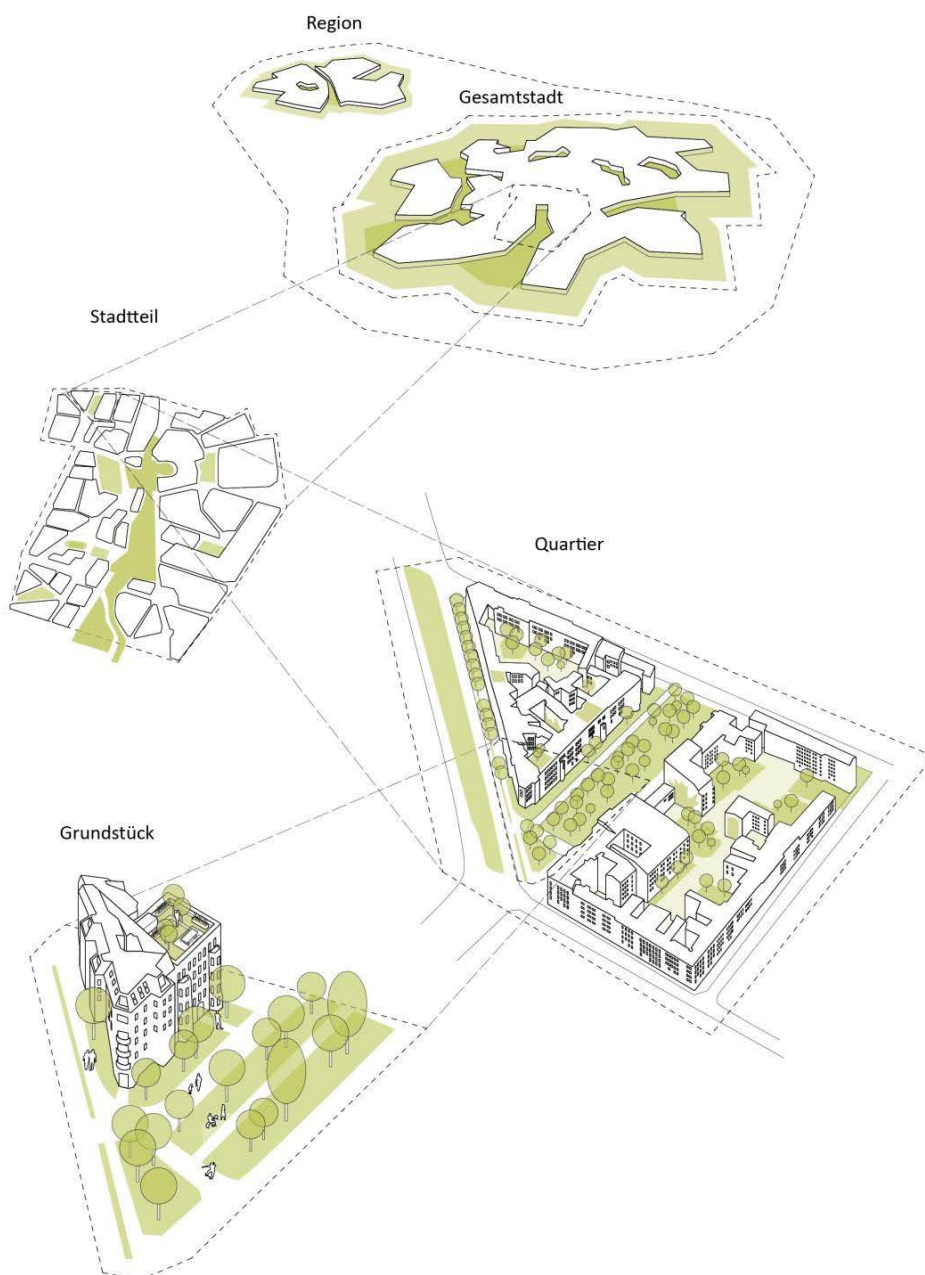
URBANE FREIRÄUME –

Qualifizierung, Rückgewinnung und
Sicherung urbaner Frei- und Grünräume

Endbericht (September 2017)

Materialband

Steckbriefe der Fallstudien



URBANE FREIRÄUME –

Qualifizierung, Rückgewinnung und
Sicherung urbaner Frei- und Grünräume

Endbericht (September 2017)

Materialband Steckbriefe der Fallstudien

Forschungsprogramm

Allgemeine Ressortforschung, ein Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Projektlaufzeit

10/2015 – 04/2017

Aktenzeichen

10.06.03.-15.110

Im Auftrag

des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Wissenschaftliche Begleitung

Dr. Brigitte Adam, Dr. Fabian Dosch (Vetr.)
Referat I 6 Stadt-, Umwelt- und Raumbewachung

Begleitung im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Prof. Dr. Hagen Eyink, Birgit Heck
SW I 7 Kleinere Städte in ländlichen Räumen, Grün in der Stadt

Bearbeitet von

Dr. Carlo Becker
Dipl.-Ing. Sven Hübner
bgmr Landschaftsarchitekten GmbH, Berlin



Mit

Prof. Dr.-Ing. Thomas Krüger
Dipl.-Ing. Stefan Kreutz
HafenCity Universität Hamburg



Inhaltsverzeichnis

Verortung der untersuchten Fallstudien und Referenzprojekte	4
Fallstudienliste	5
Steckbriefe der Fallstudien	
Region Bonn / Rhein-Sieg-Kreis: Grünes C: Interkommunaler Freiraumverbund	6
Bonn: Grünflächenkonzept: Neuorganisation der Pflege für die grüne Stadt Bonn	10
Karlsruhe: Städtebaulicher Rahmenplan Klimaanpassung	14
Ludwigsburg: Freiflächenentwicklungskonzept (FEK)	18
München: Allparteiliches Konfliktmanagement (AKIM)	22
Münster: Das Konzept „Grünordnung“: ein vernetztes, multifunktionales Grünsystem	26
Nürnberg: Master- und Aktionsplan Freiraum	30
Aachen: Suermondt-Park	34
Bad Wildungen: Begegnungszone zwischen Altstadt und Kurbereich	38
Bamberg: Urbaner Gartenbau	42
Braunschweig: Mobilitätskonzept Nördliches Ringgebiet: Bebauungsplan Taubenstraße	46
Bremen: Neues Hulsberg-Viertel: Lebenswert-urban-vernetzt	50
Essen - Altenessen: Umbau des Wohnquartiers Johanniskirchgärten	54
Hamburg: Spot ON Hamm Horn: Integriertes Freiraumkonzept und Freiraummanagement	58
Hannover: Grüne Mitte Hainholz	62
Kiel: Sport- und Begegnungspark Gaarden: Freiraummanagement	66
Leipzig: Bürgerbahnhof Plagwitz	70
Berlin: Grüne Innenstadt: Biotopflächenfaktor	74
Berlin Marzahn-Hellersdorf: kiezPARK FORTUNA	78
Hamburg: Hamburger Gründachstrategie	82
Quellen zu den Steckbriefen	86

Verortung der untersuchten Fallstudien und Referenzprojekte



- ▲ Fallstudie
- Referenzprojekt

bgmr Landschaftsarchitekten GmbH, HCU Hamburg. Stand: 02.05.2017

Fallstudienliste

Stadtregion

Region Bonn / Rhein-Sieg-Kreis: Grünes C: Interkommunaler Freiraumverbund

Gesamtstadt

Bonn: Grünflächenkonzept: Neuorganisation der Pflege

Karlsruhe: Städtebaulicher Rahmenplan Klimaanpassung

Ludwigsburg: Freiflächenentwicklungskonzept FEK

München: Allparteiliches Konfliktmanagement (AKIM)

Münster: Das Konzept „Grünordnung“: ein vernetztes, multifunktionales Grünsystem

Nürnberg: Master- und Aktionsplan Freiraum

Stadtteil/Stadtquartier

Aachen: Suermond-Park

Bad Wildungen: Begegnungszone zwischen Altstadt und Kurbereich

Bamberg: Urbaner Gartenbau

Braunschweig: Mobilitätskonzept Nördliches Ringgebiet: Bebauungsplan Taubenstraße

Bremen: Lebenswert – urban – vernetzt: Neues Hulsberg-Viertel

Essen - Altenessen: Umbau des Wohnquartiers Johanniskirchgärten

Hamburg: Spot ON Hamm Horn: Integriertes Freiraumkonzept und Freiraummanagement

Hannover: Grüne Mitte Hainholz

Kiel: Sport- und Begegnungspark Gaarden: Freiraummanagement

Leipzig: Bürgerbahnhof Plagwitz

Grundstück

Berlin: Biotopflächenfaktor

Berlin Marzahn-Hellersdorf: kiezPARK FORTUNA

Hamburg: Hamburger Gründachstrategie

Region Bonn / Rhein-Sieg-Kreis, Nordrhein-Westfalen

Grünes C: Interkommunaler Freiraumverbund

Das regionale Landschaftskonzept und interkommunale Kommunikationsstrukturen sind wichtige Maßnahmen, um dem Siedlungsdruck der stark verstederten Region nachhaltig Grenzen zu setzen und die gefährdete Kulturlandschaft zwischen den Siedlungsbereichen zukunftsweisend zu sichern.

Kontext

Die Rheinschiene Bonn-Köln-Düsseldorf erzeugt einen enormen Sog auf Zuzügler in der Stadtregion um Bonn. Entwicklungsabsichten beschränken sich nicht nur auf die Siedlungsflächen, sondern drücken auch in die landschaftlichen Zwischenräume um die Stadt Bonn und die benachbarten Kommunen. Siedlungsentwicklungen sind allerdings aufgrund von administrativen Grenzen (Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz im Süden) und der naturräumlichen Bedingungen (Waldgebiete und Naturpark im Westen und Osten) allerdings v. a. nur in nördlich von Bonn Räume in Richtung Köln möglich.

Das Grüne C ist ein gemeinsames Projekt der Kommunen Alfter, Bornheim, Bonn, Niederkassel, Troisdorf und Sankt Augustin. Im Rahmen der Regionale 2010 konnte ein interkommunaler Verständigungsprozess zur Sicherung wesentlicher Teile eines rheinübergreifenden Freiraumnetzes im Bonner Norden und im Rhein-Sieg-Kreis unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Eigenarten angeschoben werden. Mit dem regionalen Landschaftskonzept Grünes C wurde ein Struktur- und Pilotprojekt ins

Leben gerufen, mit dem die Ränder des Grünen C wirkungsvoll geschützt, gestärkt und gestaltet werden sollten, um dem Siedlungsdruck der stark verstederten Region nachhaltig Grenzen zu setzen und die gefährdete Kulturlandschaft zukunftsweisend zu sichern: Zwischen den Städten ist ein „Park der Kulturlandschaften“ entstanden.

Nicht nur die Kommunalpolitiker mussten dafür gewonnen werden, ein gemeinsames Leitbild für diesen Zwischenraum zu entwickeln und teileräumlich auf eine Baulandausweisung zu verzichten oder diese zu modifizieren. Auch weitere Akteure wie z.B. Landwirte galt es als Partner zu gewinnen und davon zu überzeugen, dass eine Entwicklung dieses Raumes auch für sie Mehrwerte schaffen kann.

Projektbeschreibung

Das „Grüne C“ verknüpft 37 km² Landschaftsräume im Norden der Stadt Bonn miteinander und schafft dabei über eine Fährverbindung bei Mondorf einen „Brückenschlag“ über den Rhein hinweg. Diese Freiräume, die rheinüberquerend an ein auf dem Boden liegendes „C“ erinnern, unterliegen einem hohen Nutzungsdruck: Siedlungserweiterung, Ortsrandentwicklung, wirtschaftliches Wachstum, Agrarnutzung, Naherholung sowie Natur- und Landschaftsschutz formulieren allesamt berechtigte Ansprüche an diesen Raum und stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander.

Anstelle einer „harten“ Freiraumsicherung setzt das Konzept vor allem auf eine freiwillige Selbstverpflichtung der beteiligten Partner. Durch einen intensiven Verständigungsprozess, an dem sechs Kommunen beteiligt waren und weiterhin beteiligt sind, konnte der drohende Zerfall des Grünverbundsystems zwischen den wachsenden Städten und Gemeinden an seinen Engstellen verhindert werden. Auch mit der Stiftung Rheinische Kulturlandschaft, dem Rheinischen Landwirtschafts-Verband e.V. und der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen wurde der Dialog gesucht, der in einem „Kommuniqué“ für ein



Grünes C – Vereinfachter Lageplan (www.gruenes-c.de)

Stadt/Gemeinde	Gemeinde Alfter und die Städte Bonn, Bornheim, Niederkassel, Sankt Augustin, Troisdorf	Freiraumtypen	Park der Kulturlandschaften
Einwohner (alle Kommunen)	557.572	Projektträger	Sechs Kommunen
Entwicklungsdynamik	wachsend	Projektlaufzeit	2010 – 2015
Raumbezug	Stadtregion	Status	beschlossenes Konzept



Der Link am Rheinufer (Ralf Schuhmann, Foto+Media Köln Bonn)

Aktionsbündnis Grünes C mündete. Die Landwirte profitieren von der Lenkung der Erholungsnutzung und insbesondere auch durch die Sicherung der größtenteils sehr ertragsreichen Böden.

Der Freiraum im Grünen C setzt sich aus großen Acker-, Obst- und Gartenbauflächen, alten Kulturlandschaften, Naturschutzgebieten, Flüssen und Ufern, Kiesgruben, Wirtschaftswegen, Landstraßen, Autobahnen und Leitungstrassen zusammen. Bestandteil sind die Landschaftsräume Meßdorfer Feldflur, Gartenland, Vorgebirgshang- und Kiesabbaulandschaft, Teile der Rhein- und Siegaue, die Hangelarer Heide, der Birlinghovener Wald und das Pleisbachtal, die als Freiräume zwischen den Ortslagen der beteiligten Kommunen weitgehend in das Konzept einbezogen wurden.

In einem kooperativen Planungsverfahren wurde als verbindendes Element ein neues Wegesystem für Fußgänger und Radfahrer konzipiert. Dieses als „Link“ bezeichnete Wegesystem schließt an die Siedlungsräume an und macht den Raum des Grünen C öffentlich erfahrbar. Die Ausstattungselemente und das Design des Links sind in allen Kommunen gleich.

Ziele

- Sicherung des noch verbliebenen, fragilen Freiraumnetzes in einem interkommunalen Planungsansatz
- Verdeutlichung der Wertigkeit und „Adressierung“ dieses Freiraums
- Qualifizierung von Freiräumen

Instrumente und Maßnahmen

Kommunikation, Planung und Kooperation

- Zweistufiges kooperatives Planungsverfahren und Durchführung eines landschaftsarchitektonischen Wettbewerbs und Entwicklung einer Rahmenplanung
- Intensiver Dialog mit der Landwirtschaft / Kulturlandschaft und Ratifizierung des „Kommuniqués“ für ein Aktionsbündnis Grünes C
- Projektpartnerschaften in Teilbereichen mit unterschiedlichen Akteursgruppen aus der Bevölkerung
- Große Teile der Flächen des Grünen C wurden über Landschaftspläne geschützt
- An die Planung und Umsetzung haben sich eine Evaluierung und Weiterentwicklungsansätze angeschlossen
- Erstellung eines Integrierten Handlungskonzeptes Grüne Infrastruktur (IHK GI) durch die beteiligten Kommunen sowie die Kommunen Hennef und Königswinter; Bewerbung im Rahmen des Förder-Aufrufs „Grüne Infrastruktur NRW“.



Leitsystem, Markierungen und Stationen am „Link“ (bgmr Landschaftsarchitekten)

Bauliche Maßnahmen

- Durchgängige Wegeverbindung („Link“) mit Landschaftstoren und Stationen
- Brückenschlag Mondorfer Fähre
- Generationen-Parcours: Stadt Sankt Augustin
- Gärten der Nationen / Kulturgärten Sankt Augustin
- Informationssystem auf wiedererkennbaren Objekten („C-Signets“)
- Weitere Maßnahmen: Grüne Mitte Sankt Augustin; Siegauen Wanderparkplatz in Troisdorf;

Fischereilehrpfad in Troisdorf; Renaturierung Rheidter Werth in Niederkassel; Villa Fortuna; Grünzug Buschdorf Rosenfeld (vgl. auch Homepage Grünes C)

Finanzierung

- Umsetzung des Gesamtvorhabens mit 18,64 Mio. €
- 20 % Eigenleistungen der sechs Kommunen
- 80 % Zuwendung des Landes aus Landes-, Bundesmitteln und Mitteln der EU, Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung 2007 - 2013 (EFRE – ZIEL-2-NRW)

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Die Gestaltung der Siedlungsränder und der Verzicht auf die Ausweisung von Bauflächen sind in der Praxis große Herausforderungen. Pilotprojekte, wie der Grünzug Buschdorf-Rosenfeld, der an einer besonders engen Stelle des Freiraumkorridors zwischen dem Bonner Ortsteil Buschdorf und der Stadt Bornheim angelegt wurde, sollen den Umgang mit der Siedlungsrändergestaltung beispielhaft aufzeigen. Hier wurde ein Ausgleich zwischen den Interessen der Siedlungsarrondierung und Sicherung der Kulturlandschaft im Dialog gefunden. Bereits vor der Ausbildung einer neuen Siedlungskante, die einer klaren Linie zum Landschaftsraum hin folgen soll, wurde die Grenze zum Freiraum durch den neuen Radweg, durch sogenannte Landschaftstore sowie qualifizierende Maßnahmen im Freiraum (Sport- und

Bewegungsangebote, Blühfelder mit Aussichtspunkten) deutlich markiert. Der Grünzug ist darüber hinaus planungsrechtlich durch entsprechende Festsetzungen in einem Bebauungsplan gesichert.

Im Nachhinein wurde in der Öffentlichkeit kritisch über die vergleichsweise teuren Einzelelemente aus Beton diskutiert. Ausschlaggebend für die Materialwahl waren besonders die Robustheit und damit die Langlebigkeit der Elemente. Die Größe ermöglicht die gute Erkennbarkeit als Landmarken in der weitläufigen Landschaft. In der Evaluierung der Kritik wurde gleichwohl geschlussfolgert, dass bei ähnlichen Planungsaufgaben in den frühen Leistungsphasen eine größere Beteiligung von Schlüsselpersonen und –gruppen und weniger Fachdominanz in der Planung zu bevorzugen wäre.



Landschaftstore markieren die Übergänge zu den angrenzenden Siedlungen (Ralf Schuhmann, Foto+Media Köln Bonn)

Innovation und Vorbildcharakter

Mit dem Projekt Grünes C konnte für die Wachstumsregion Bonn / Rhein-Sieg-Kreis erstmals eine interkommunale Kommunikationskultur ins Leben gerufen werden. Hieraus sind Arbeitskreise zu den Planungen der sechs Kommunen sowie zur Grünflächenunterhaltung hervorgegangen, die die interkommunale Zusammenarbeit verstetigen. Außerdem wurde ein intensiver Dialog über die Zukunft der Kulturlandschaft mit den maßgeblichen beteiligten Akteuren angestoßen. Auf der Basis eines gemeinsamen „Kommuniqués“ für ein Aktionsbündnis Grünes C ließen sich bauliche Maßnahmen und Angebote für die Naherholung ableiten. Sie qualifizieren den stark unter Entwicklungsdruck stehenden Freiraum zwischen den Siedlungen, lenken die Erholungsnutzung in die gewünschten Bereiche und helfen dadurch mit, wertvolle Landwirtschaftsflächen und Kulturlandschaften zu sichern.

Das Konzept mit dem Motto „Vielfalt im Verbund – Das „Grüne C“ vernetzt die Freiräume im Norden der Stadt Bonn miteinander und schafft dabei einen „Brückenschlag“ über den Rhein. Eine durchgängige Wegeverbindung mit angelagerten Attraktionen und „Pausenräumen“ und neue, einheitlich gestaltete Informationsträger erschließen den Raum und machen ihn als Ganzes erkennbar.

Projektchronologie

- 2003 Bewerbung der sechs Partnerkommunen mit dem Grünen C
- 2005 Status als Pilotprojekt „Masterplan:grün“
- 2005 Europaweiter Ideenwettbewerb; Förderantrag
- 2005/06 Kooperatives Planungsverfahren
- 2007 Workshop „Sicherung von Landwirtschaft und Kulturlandschaft“, Szenarien für integrierte Landnutzungsstrategien
Verleihung A-Stempel der Regionale 2010
Wettbewerb „Brückenschlag Mondorfer Fähre“
- 2008 Kommuniké Aktionsbündnis Grünes C
- 09/2017

„Die Regionale ist das richtige Format, um eine interkommunale Zusammenarbeit zu erreichen. Ein weiterer Erfolgsfaktor ist die enge Kooperation mit der Landwirtschaft. Nur gemeinsam mit den Bewirtschaftern können die Kulturlandschaften an den Stadträndern nachhaltig gesichert und gepflegt und damit in Wert gesetzt werden.“

David Baier vom Amt für Stadtgrün der Stadt Bonn

- 2009 Grünes C wird Stadtumbaugebiet; Kooperationsvereinbarung mit dem Rhein-Sieg-Kreis; Zuwendungsbescheid EFRE Ziel 2 –Stadtumbau West
- 2010 Erster Spatenstich in Troisdorf-Bergheim
- 2012 Eröffnung Mondorfer Fähre
- 2010-15 Ausführungsplanung und Bauphase
- 2015 Verleihung „Wir sind dabei“-Logo der KlimaExpo.NRW. Initiative der NRW-Landesregierung
Abschluss der baulichen Maßnahmen. Evaluation empfiehlt die Freiraumsicherung und -entwicklung im Verdichtungsraum Bonn / Rhein-Sieg-Kreis weiter zu führen

Akteure

Projekträger: Gemeinde Alfter, Stadt Bonn, Stadt Bornheim, Stadt Niederkassel, Stadt Sankt Augustin, Stadt Troisdorf in Kooperation mit dem Rhein-Sieg-Kreis.

Partner/Beteiligte: Stiftung Rheinische Kulturlandschaft, der Rheinische Landwirtschafts-Verband e.V. und die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Region Köln Bonn e.V.

Gesamtkonzept: 3+ Freiraumplaner, Aachen

Kontakt

David Baier
Amt für Stadtgrün der Stadt Bonn
Stadthaus, Berliner Platz 2, 53 111 Bonn
0228/77 42 58
david.baier@bonn.de

Weiterführende Informationen

www.gruenes-c.de



Bonn, Nordrhein-Westfalen

Grünflächenkonzept: Neuorganisation der Pflege für die grüne Stadt Bonn

Mit dem Grünflächenkonzept macht die Stadt Bonn den Werterhalt der öffentlichen Grünflächen offensiv zum Thema. Die Einstufung der Qualitäts- und Pflegeziele wird im gesamtstädtischen Vergleich nachvollziehbar und ein gezieltes Pflegemanagement möglich.

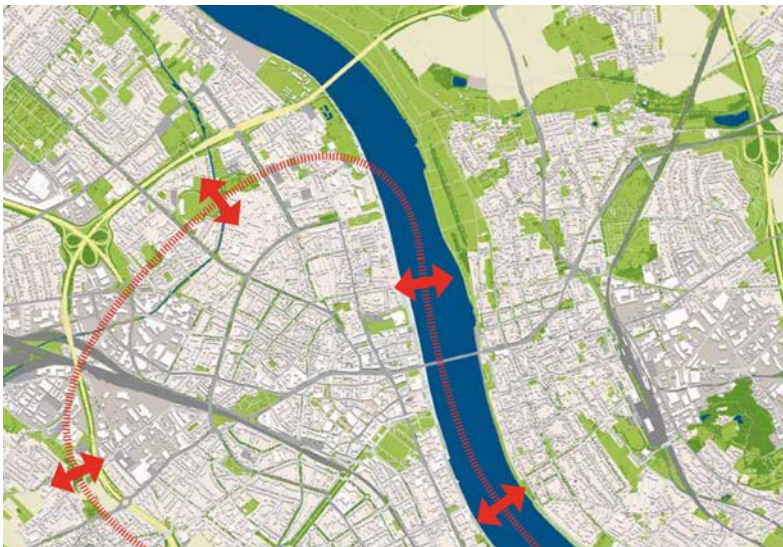
Kontext

Die Bonner Stadtgeschichte ist in den vielschichtigen Formen der Gartenkultur ablesbar. Zu den in kurfürstlicher Zeit entstandenen barocken Gartenanlagen sind Landschaftsgärten, (Ufer-)Promenaden, Volksgärten, Stadtwälder und Botanische Gärten hinzugekommen und zu einem integrierten Bestandteil der Stadt geworden. Die Eigenart und Lebensqualität der unterschiedlichen Stadtteile wird von vielen kleinen Parks, Grünflächen, Spielplätzen und den Bäumen in den Straßen mitbestimmt. Im Vergleich der 23 kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen besitzt die Stadt Bonn mit 147 m² kommunaler Grünfläche / Einwohner überdurchschnittlich viele Grün- und Erholungsflächen.

Die Qualitäten des städtischen Grüns werden von den Stadtbewohnern wertgeschätzt und das grüne Selbstverständnis spiegelt sich auch in dem Leitbild des Masterplans für die Bonner Innenstadt wider, das sich stark auf Freiraummotive stützt. Die stark wachsende Stadt soll, so das erklärte Ziel, mög-

lichst nicht nach Außen, sondern qualifiziert nach Innen verdichtet werden. Wachstum und Identifikation über urbane Freiraumqualitäten schaffen Schwungkraft für die Sicherung und Entwicklung der innerstädtischen Freiräume. Andererseits entsteht ein erhöhter Nutzungs- und Pflegedruck auf die innerstädtischen Freiräume. Hinzu kommt, dass 88 % der Grünanlagen kleiner als 10.000 m² sind, was den Aufwand für die Pflege und Unterhaltung der öffentlichen Grünflächen für die Stadt erhöht.

Diese Herausforderungen und die anhaltende prekäre Haushaltslage haben die Stadt dazu bewogen, sich intensiv mit der vorhandenen Struktur, der Funktion und der Nutzerorientierung der städtischen Grünflächen auseinanderzusetzen. Dazu wurde ein Grünflächenkonzept erstellt, um die Pflege neu zu organisieren, zunächst mit dem Ziel, mit den vorhandenen und tendenziell geringer werdenden Mitteln (personell + finanziell) das bestmögliche Ergebnis der Entwicklung und Pflege der Grünflächen für die Bürger der Stadt zu erreichen.



Der Lageplan mit dem Betrachtungsraum Masterplan „Innere Stadt“ Bonn zeigt die Vielfalt und die Bezüge der öffentlichen Grünflächen im Stadtgebiet (scheuven + wachen)

Projektbeschreibung

Das Grünflächenkonzept Bonn ist ein informelles Instrument zur Organisation der Pflege und die Weiterentwicklung der Grünflächen. Mit ihm wurde der Grünflächenbestand systematisch erfasst und in Pflegekategorien eingeordnet.

Das Amt für Stadtgrün arbeitete schon seit längerer Zeit an einer Struktur für ein gesamtstädtisches Pflegekonzept. Bis zum Jahr 2015, als eine interne Arbeitsgruppe die Aufstellung des Grünflächenkonzeptes beschloss, waren etwa 80 % der öffentlichen Grünflächen systematisch vermessungstechnisch erfasst. Auf dieser Grundlage führte das Amt in einer konzertierten Aktion mit vier Personen über einen Zeitraum von über einem halben Jahr eine Begehung aller 2.600 öffentlichen Grünanlagen durch.

Stadt/Stadtteil	Bonn	Freiraumtypen	Vom Volksgarten bis zum Spielplatz
Einwohner (Stadt)	313.958	Projekträger	Amt für Stadtgrün, Bonn
Entwicklungsdynamik	wachsend	Projektlaufzeit	12/2013 – 03/2015
Raumbezug/Quartierstyp	Gesamtstadt	Status	beschlossenes Konzept



Anlagenbeispiele für die unterschiedlichen Pflegeklassen der Kategorie A bis D von links oben nach rechts unten (Amt für Stadtgrün Bonn)

Dabei wurden folgende Aspekte ermittelt:

- aktuelle Pflege
- Zustand und Erscheinungsbild
- Sanierungs- und Reparaturbedarf
- Bedeutung der Anlage und Nutzungsintensität.

Hieraus wurden Empfehlungen abgeleitet, welche Grünflächen erhaltenswert sind, welches Angebot die einzelne Anlage erfüllen soll und welche Pflege- und Ausstattungsintensität fachlich erwünscht und vertretbar ist.

Ein wesentlicher konzeptioneller Baustein ist die Festlegung von Qualitätszielen in Form von Pflegeklassen mit vier Stufen:

A – Anlagen mit repräsentativem Charakter, mit überregionaler oder stadtweiter Bedeutung sowie Verkehrsgrünflächen mit höherem Verkehrssicherungsstandard. Diese Anlagen sollen sich immer in einem gepflegten Erscheinungsbild präsentieren.

B – Anlage von stadtweiter Bedeutung. Sie sollen i.d.R. gepflegt und sauber erscheinen, eine zumindest wöchentliche Kontrolle ist durchzuführen.

C – Anlagen, die minimal gepflegt werden, die nicht im Fokus der Öffentlichkeit stehen und eher einfach bepflanzt und ausgestattet sind. Die Pflege sichert nur noch einen Substanzerhalt für gering pflegeaufwendige Nutzungsarten. Eine längerfristige Pflege in dieser Klasse kann mittelfristig einen Sanierungsbedarf bedingen.

D – Flächen, die nur bei dringendem Bedarf gepflegt werden.

Die Einstufung in Pflegeklassen führte im Ergebnis in 58 Fällen zu einer Aufwertung des Pflege- und Ausstattungsstandards und in 635 Fällen zu einer Abwertung. 74 Flächen entsprachen nicht den Kriterien für eine Eignung als städtische Grünfläche (etwa Abstands- oder Restflächen). Für diese Flächen wurden Vorschläge entwickelt, in welcher Form sie umgestaltet bzw. ganz aufgegeben und anderen Nutzungen zugeführt werden können, z. B. als Fläche für Urban Gardening, für Grün-Patenschaften, Sponsoring oder auch zum Verkauf oder zur Verpachtung. Ein wichtiges Kriterium war die Vermeidung von Klein- und Kleinstflächen.

Insbesondere für Grünflächen am Stadtrand und wenig genutzte Anlagen wurden extensive Nutzungen und Pflegeformen vorgeschlagen.

Das detaillierte Grünflächen-Informationssystem ermöglicht es dem Amt für Stadtgrün, die Kosten jeder Anlage zu benennen und somit bei Wünschen zu Änderungen von Pflegeklassen kurzfristig auch die finanziellen Konsequenzen aufzuzeigen. Außerdem lässt sich der Personalbedarf für die Pflege und Unterhaltung genauer ableiten.

Das Grünflächenkonzept wurde im Jahr 2015 der Politik und Öffentlichkeit vorgelegt, vom Stadtrat beschlossen und allen Bezirksvertretungen vorgestellt. Zusätzlich läuft seit April 2016 eine Online-Bürgerbeteiligung. Unter www.bonn.de ist die Einstufung der Grünflächen einsehbar und für jede Grünfläche mit seinen unterschiedlichen Teilflächen sind Kommentierungen möglich. Darüber hinaus hat die Stadt Bonn eine Hotline zur Meldung von Pflegemängeln, Vermüllung o. ä. geschaltet.

Ziele

- Systematische Erfassung des aktuellen Pflegezustandes, der Nutzung und Bedeutung der öffentlichen Grünanlagen

Instrumente und Maßnahmen

Bausteine des Grünflächenkonzeptes

- Vermessungstechnische Aufnahme der öffentlichen Grünflächen (lag zu Aufstellungsbeginn des Grünflächenkonzeptes zu 80 % vor)
- Bewertung aller 2.600 öffentl. Grünanlagen
- Erarbeitung von Qualitätszielen (Pflegeklassen) und eines Nutzungsartenkataloges
- Einteilung der Grünflächen in Pflegeklassen, Festlegung des Pflegeprogramms und des Sanierungsbedarfs
- Erfassung im stadteigenen GRIS (Grünflächen-Informationssystem)
- Beschluss durch den Stadtrat

Kommunikation

- Online-Beteiligung und Auswertung
- Einrichtung einer Hotline z. B. für die Meldung

- Erarbeitung von Qualitätszielen
- Neuorganisation der Pflege
- Mehr Transparenz durch Festlegung einheitlicher Vorgaben für die Pflege

von Schäden oder Pflegemängeln für das Beschwerdemanagement

Monitoring (Maßnahmen stehen noch aus)

- Kontrolle und Bewertung der Effektivität der Pflegemaßnahmen
- Entwicklung von Steuerungsmaßnahmen

Finanzierung

- Erarbeitung in Eigenleistung von durchschnittlich vier Mitarbeitern mit etwa 15 % der Arbeitszeit (geschätzter Aufwand incl. notwendiger Sachkosten etwa 60.000 €).
- Anpassung eines schon vorhandenen Systems, incl. Abstimmung: 2 Wochen Arbeitszeit für ein Mitarbeiter.
- Fortführung des Konzeptes: durchschnittlich ein Mitarbeiter in Vollzeit.

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

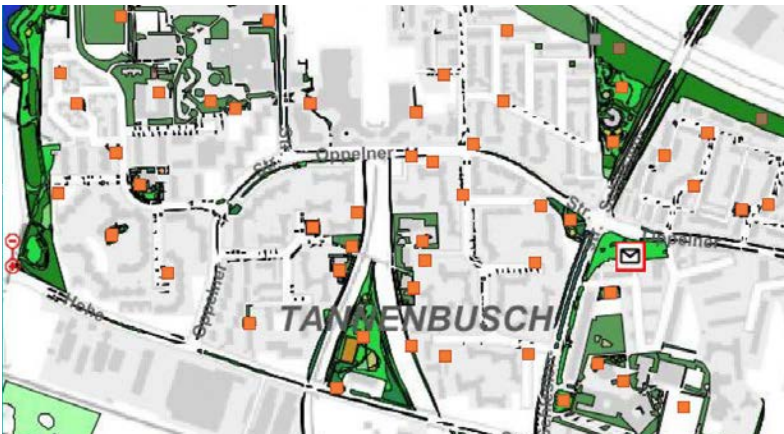
Einsparung Pflegeaufwand versus Pflegedefizite

Die Erarbeitung des Grünflächenkonzeptes wurde durch eine interne Arbeitsgruppe der Stadt forciert, die mit dem Ziel eingesetzt worden war, die Effizienz der Verwaltung zu überprüfen und wenn möglich Stellen in der Pflege der Grünflächen, Spielplätze und Friedhöfe einzusparen. Demgegenüber stand die Einschätzung des Amtes für Stadtgrün, dass die Pflege und Unterhaltung deutlich unterbesetzt war. Als Entscheidungsgrundlage erfolgte daher die systematische Erfassung des Pflegebedarfs für alle öffentlichen Grünflächen. Im Ergebnis zeigte sich, dass ein Mehrbedarf von 122 Stellen für eine gute, gärtnerische Pflege aller Anlagen notwendig

wäre. Durch die neue Einstufung in Pflegeklassen, Vorschläge zur Extensivierung und zu Pflegevereinfachung ergab sich letztendlich einen Mehrbedarf von 15 Stellen. Auf der Grundlage des Grünflächenkonzeptes stimmte die Stadt zu, neue Stellen im Bereich des Pflegemanagements zu schaffen.

Implementierung des Pflegekonzeptes

Wichtige Aufgaben sind die Implementierung der neuen Pflegestandards in die laufende Pflege, das Monitoring und die Nachsteuerung. Beispielsweise müssen die Gärtnermeister von den Pflegestandards überzeugt und mit dem nötigen Equipment (mobile Tablet-Computer) ausgestattet und vertraut gemacht werden. Für die stadtweite Koordination und Umsetzung dieser Aufgaben wäre nach Aussage des Amtes für Stadtgrün eine eigene Personenstelle wünschenswert, da diese Aufgaben im laufenden Betrieb mit dem vorhandenen Personal kaum bewältigt werden können. Aufgrund der Bedeutung des Pflegemanagements für den Werterhalt und die Weiterentwicklung der Grünflächen wäre darüber hinaus ein Förderprogramm wünschenswert, das den Aufbau in den Städten unterstützt.



Bürgerbeteiligung zum Grünflächenkonzept im Online-Stadtplan (www.bonn.de)

Innovation und Vorbildcharakter

Unter den aktuell schwierigen Rahmenbedingungen (erhöhter Nutzungs- und Pflegedruck auf die Grünflächen und anhaltende prekäre Haushaltslage), die viele Städte betrifft, geht die Stadt Bonn offensiv mit dem Thema des Werterhalts und der Weiterentwicklung der öffentlichen Grünfläche um.

Mit dem Grünflächenkonzept erfolgte eine systematische Erfassung und Einstufung aller städtischen Grünflächen in Pflegeklassen, die mit Qualitätszielen hinterlegt sind. Dadurch werden die Pflegeziele für die unterschiedlichen Flächen nachvollziehbar und außerdem die Stellschrauben in dem Gesamtsystem Stadt sichtbar: Entstehen etwa durch die Innenentwicklung neue Grünflächen oder steigt die Nutzungsintensität und damit der Pflegeaufwand, muss bei gleichbleibenden Kapazitäten (Personal und finanzielle Mittel) an anderer Stelle der Pflegestandard gesenkt oder aber die Pflegekapazitäten erhöht werden. Letztlich kann die Stadt mit diesem Instrument und dem fortschreibungsfähigen Grünflächen-Informationssystem ein gezieltes Pflegemanagement für die öffentlichen Grün- und Freiräume betreiben und bei Bedarf gezielt nachsteuern.

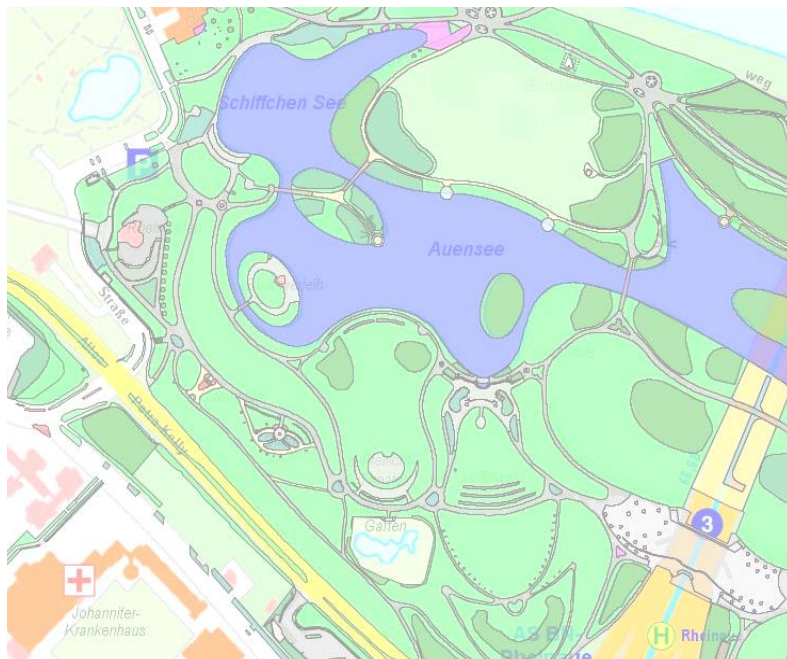
Durch die Beteiligung der Bürger und aller Bezirksvertretungen und die Beschlussfassung im Stadtrat werden der Prozess und die Ergebnisse der Pflegeeinstufung transparent gemacht. Über eine Online-Plattform und Hotline können die Bürger Anregungen und Beschwerden für alle städtischen Grünflächen direkt mitteilen. Der Werterhalt und die Pflege des Stadtgrüns werden dadurch zu einem Thema im Stadtdiskurs.

Nach Einschätzung des Amtes für Stadtgrün begünstigen folgende Faktoren die Umsetzung des Grünflächenkonzeptes:

- Die Eigenentwicklung eines GIS-Programms auf der Basis einer Open-Source-Lösung erleichterte die notwendigen Anpassungen für das GRIS und z. B. auch die Erstellung einer Plattform für die Onlinebefragung.
- Durch die Beschlussfassung durch den Stadtrat hat das Konzept den notwendigen politischen Rückhalt. Bei Beschwerden zu den Pflegezielen kann auf den politischen Konsens Bezug genommen werden.

Projektchronologie

1995	Beginn der systematischen Vermessung der öffentlichen Grünflächen
12/2011	Beschluss zur Organisationsuntersuchung
12/2013	Aufstellungsbeschluss des Grünflächenkonzeptes
09/2017	



Ausschnitt aus dem Grünflächenkonzept (Amt für Stadtgrün Bonn)

„Die Qualitätsziele für die Pflege werden stadtweit betrachtet. Das Konzept wirkt einem Bezirksdenken entgegen und fördert die Umweltgerechtigkeit.“

Dieter Fuchs, Leiter Amt für Stadtgrün der Stadt Bonn

04/2015 Vorlage des Konzeptes und Beteiligung der Öffentlichkeit

10.12.2015 Beschluss durch den Stadtrat

Akteure

Projektträger und -ausführung: Amt für Stadtgrün Bonn.

Kartografische Erfassung, Vermessung und Aufbau des Geografischen Informationssystems (GRIS): Abteilung Geodaten und Bodenmanagement.

Kontakt

Dieter Fuchs
Leiter Amt für Stadtgrün der Stadt Bonn
Stadthaus, Berliner Platz 2, 53 111 Bonn
0228/77 42 30
dieter.fuchs@bonn.de

Weiterführende Informationen

<http://www.bonn.de>

Kurzlink zur Bürgerbeteiligungsplattform:
http://bit.ly/Bonn_Gruenflaechenkonzept



Karlsruhe, Baden-Württemberg

Städtebaulicher Rahmenplan Klimaanpassung

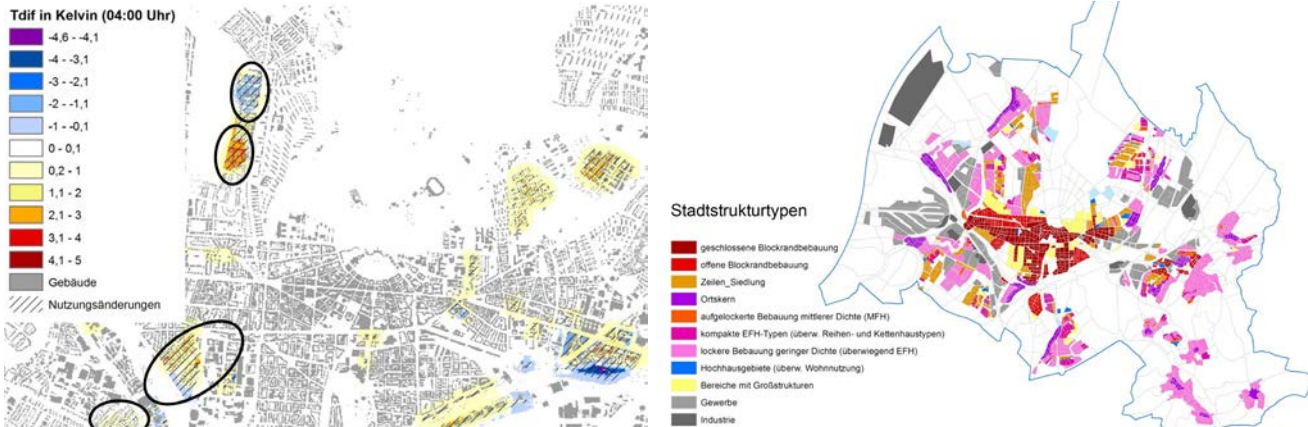
Der Städtebauliche Rahmenplan Klimaanpassung ermittelt für Karlsruhe die stadtstrukturellen Hot-Spots, in denen sich hitzeklimatische Belastungssituationen besonders rasch ausbilden. Hierzu werden die übergeordneten und lokalen Maßnahmevorschläge zur Qualifizierung der Frei- und Grünflächen benannt.

Kontext

Der Nachbarschaftsverband Karlsruhe ist ein Zusammenschluss von elf Städten und Gemeinden in einer wachsenden Region. Aufgrund der engen Verflechtung der Entwicklungsziele der beteiligten Kommunen hat der Nachbarschaftsverband erstmals 1985 einen gemeinsamen Flächennutzungsplan (FNP) formuliert und die gemeinsamen Ziele im Flächennutzungsplan 2010 weiterentwickelt.

Auch im Hinblick auf die Fortschreibung des FNP wurden die umweltbezogenen Flächenbelange im Jahr 2011 erstmals für das gesamte Verbandsgebiet in einer ökologischen Tragfähigkeitsstudie ermittelt und zusammengefasst. Relevant waren dabei auch die neueren Erkenntnisse aus dem Klimagutachten von GEO-NET aus dem Jahr 2010 über bioklimatisch belastete sowie begünstigte Flächen im Verbandsgebiet.

Aufgrund der exponierten Lage von Karlsruhe im Oberrheingraben werden dort mit die höchsten Durchschnittstemperaturen Deutschlands gemessen. Es treten gehäuft Hitzetage und -perioden auf, die besonders für Kleinkinder und ältere Menschen eine starke gesundheitliche Belastung darstellen (Urban-Heat-Problematik). Prognosen besagen, dass bis zum Jahr 2050 etwa 32 % und bis zum Ende dieses Jahrhunderts 95 % der Stadtfläche eine bioklimatische Belastungssituation aufweisen werden. Lange und heiße Trockenperioden werden in steigendem Maße und verstärkt durch eine vermehrte Bebauung in Stadt und Umland das Wohlbefinden und die Gesundheit der Stadtbevölkerung beeinträchtigen. Um dem entgegenzuwirken, hat die Stadt Karlsruhe einen „Städtebaulichen Rahmenplan Klimaanpassung“ erstellen lassen.



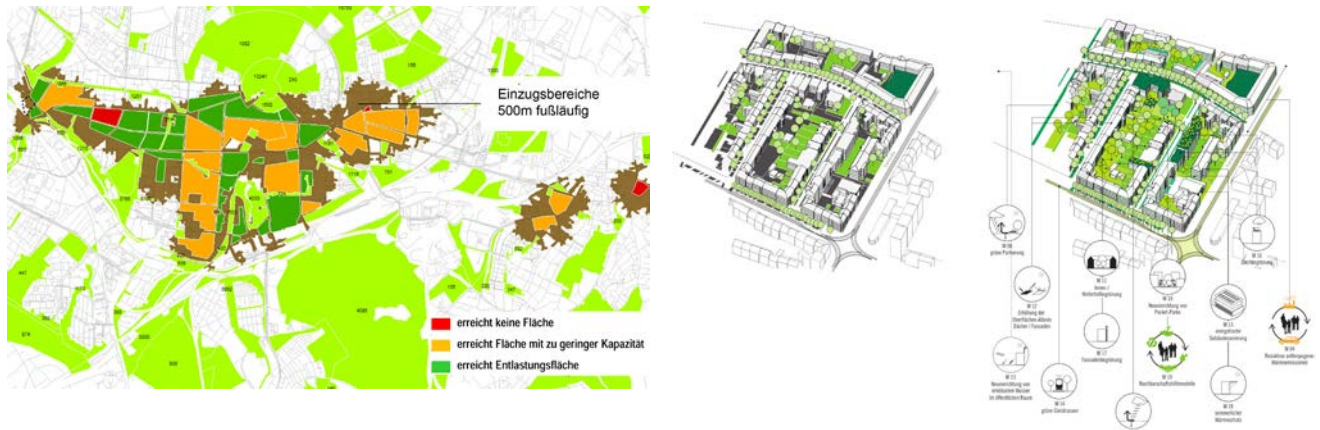
Links: Temperaturdifferenz zwischen Ausgangssituation und Szenario Nachverdichtung, 4:00 Uhr nachts, 2 m Höhe (Stadt Karlsruhe);
Rechts: Stadtstrukturtypen (Stadt Karlsruhe)

Projektbeschreibung

Der Städtebauliche Rahmenplan Klimaanpassung (SRKA) ist ein informelles Planungsinstrument für das Stadtgebiet Karlsruhe mit raumkonkreten Maßnahmen zur Anpassung an einen sich im Zuge des Klimawandels weiter verstärkenden Hitzestress.

Die Maßnahmen beziehen sich dabei sowohl auf ausgewählte Quartiere verschiedener Karlsruher Stadtstrukturtypen als auch auf die gesamtstädtische Ebene.

Stadt/Stadtteil	Karlsruhe	Freiraumtypen	klimawirksame Freiräume vom Stadtumland bis zum Grundstück
Einwohner (Stadt)	307.755	Projekträger	Stadtplanungsamt Karlsruhe
Entwicklungsdynamik	wachsend	Projektlaufzeit	2010 - 2015
Raumbezug/Quartierstyp	gesamstädtischer bzw. regionaler Kontext	Status	beschlossenes Konzept



Links: Erreichbarkeit von Entlastungsflächen für den Strukturtyp „Geschlossener Blockrand“ (Stadt Karlsruhe);
Rechts: Maßnahmenpakete für Stadtstrukturtypen - Stadtstrukturtyp „Geschlossener Blockrand“: Ist- und Planzustand (Stadt Karlsruhe)

Der Rahmenplan wurde vom Stadtplanungsamt Karlsruhe koordiniert und durch das Förderprogramm „Klimawandel und modellhafte Anpassung in Baden-Württemberg (KLIMOPASS)“ der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) gefördert.

Auf der Grundlage einer flächendeckenden Thermalscanner-Befliegung für das Stadtgebiet konnte ein Klimamodell im 10 m-Raster erstellt und erste Modellierungen vorgenommen werden. Mit diesen Werkzeugen konnten Entwicklungsszenarien untersucht werden, um die Zielrichtung der Strategie genauer festzulegen. So wurde eine Modellierung für das Szenario „Schrumpfung und Entsiegelung“ vorgenommen, die die Temperaturdifferenz zur Mittags- und Nachtzeit im Vergleich zur Ausgangssituation aufzeigt. Dies führte zu der Erkenntnis, dass eine Weiterführung von grünen Fingern bis in die Innenstadt hinein, wie in diesem Szenario hinterlegt, zwar Kühleffekte bewirkt, aber nicht zu der gewünschten Wirkung einer möglichst flächendeckenden Abkühlung der Innenstadt geführt hätte.

Daraus wurde der Schluss gezogen, dass die Klimaanpassung vor allem mit geeigneten Maßnahmen im Quartier ansetzen muss, zumal mit diesem Szenario ein nur schwer realisierbarer Stadtbau verbunden gewesen wäre. Als eine weitere Entwicklungsrichtung wurde im SRKA das Szenario „Nachverdichtung“ untersucht, wodurch Hinweise zu den stadtklimatischen Auswirkungen und zur Optimierung konkreter Nachverdichtungsprojekte abgeleitet werden konnten.

In der zweiten Projektphase wurden für die Stadt

Ziele

- Klimaanpassung und Resiliente Stadt / Doppelte Innenentwicklung
- Entwicklung konkreter Handlungsbedarfe und -optionen für besonders betroffene Teilräume (sog. Hot-Spots) zum Urban-Heat-Phänomen
- Berücksichtigung sozioökonomischer und sonstiger Faktoren, die einen Einfluss auf die künftige Verwundbarkeit (Vulnerabilität) haben

Karlsruhe klimatische Stadtstrukturtypen gebildet und die Hot-Spots der Hitzebelastung genauer identifiziert. Im Ergebnis zeigte sich, dass besonders die Strukturtypen „Blockrand geschlossen“ und „Gewerbegebiete“ für die Ausbildung eines Hot-Spots gefährdet sind. Außerdem wurde analysiert, welche Gruppen in den jeweiligen Stadträumen besonders betroffen sind und welche Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Belastungssituationen hier schwerpunktmäßig infrage kommen.

Da hitzeklimatische Belastungssituationen nicht in allen Hot-Spots ausgeschlossen werden können, wurde zudem untersucht, welche Grün- und Freiflächen als Entlastungsräume geeignet und erreichbar sind, wie diese aus stadtklimatischer Sicht weiter aufgewertet werden können und wie die Erreichbarkeit (z. B. auf grünen Wegen) verbessert werden kann.

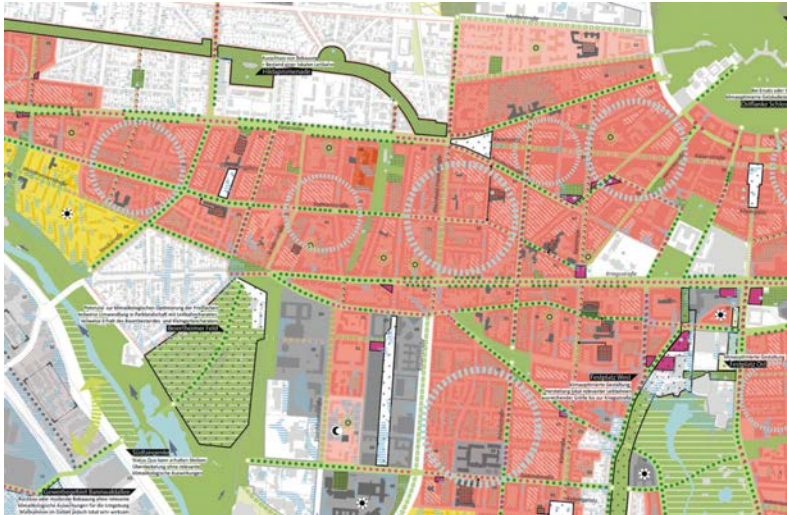
Die Maßnahmen zur Klimaanpassung werden unterschieden nach übergeordneten Maßnahmen, wie etwa Frischluftschneisen, die quartiersübergreifend wirksam sind, sowie einzelne Maßnahmen in den unterschiedlichen Stadtstrukturtypen.

In der Hauptkarte des Rahmenplans sind alle wesentlichen raumrelevanten Analyse- und Zielaussagen des SRKA überlagert (Stadtstruktur, Entlastungssystem, relevante Klimafunktionen).

Die Ergebnisse des SRKA wurden in einem öffentlichen Workshop mit Politik, Verwaltung und Bürgern vorgestellt und die Teilnehmenden erhielten die Möglichkeit, sich über Arbeitsgruppen und Plendiskussionen in die Erstellung des Rahmenplans einzubringen.

Instrumente und Maßnahmen

- Thermalscanner-Befliegung und Klimamodell im 10 m-Raster
- Stadtstrukturtypen: Ableitung von Stadtstrukturtypen ähnlicher städtebaulicher Funktions-



Ausschnitt aus der Hauptkarte des SRKA (Stadt Karlsruhe)

weisen (Quartiersebene)

- Hot-Spots: Ableitung von besonders hitzevulnerablen Quartieren je Stadtstrukturtyp unter Berücksichtigung klimatischer und nicht klimatischer Funktionen
- Maßnahmen: Entwicklung von Maßnahmenpaketen für die Hot-Spots
- Rahmenplan: Transfer auf die gesamtstädtische Ebene und Entwicklung eines übergeordneten Entlastungssystems mit einem Planwerk aus dem Hauptplan „Städtebaulicher Rahmenplan Klimaanpassung“ und den Teilplänen „Stadtstrukturtypen“ und „Entlastungssystem“
- Workshops mit Politik, Verwaltung und Bürgern

Finanzierung

- Gefördert mit Mitteln des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (Forschungsbericht), Förderung für drei Jahre.

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Die Stadt erprobt derzeit geeignete Maßnahmen in unterschiedlichen Referenzprojekten:

Maßnahmen in Verkehrsplanungen

Die Kaiserstraße ist eine beliebte, aber stark versiegelte Einkaufsstraße in der Innenstadt. Um die Aufenthaltsqualität zu verbessern, ist eine Kombilösung mit einer Verlegung der bislang oberirdisch geführten Straßenbahn in einen Tunnel vorgesehen. Nach langen Abstimmungen ist es gelungen, eine **Alleebaumpflanzung** mit dem „Europäischen Zürgelbaum“ in der Kaiserstraße durchzusetzen. Dazu werden Jungbäume in der eigenen Stadtgärtnerei vorgezogen, wodurch sie standortgerecht und frühzeitig an die Stadtverhältnisse „akklimatisiert“ sind. Die Stadtgärtnerei zieht gezielt Straßenbäume vor, um diese besser an das Karlsruher Stadtklima anzupassen.

Die Kriegsstraße ist eine vielbefahrene Landesstraße im Stadtinneren, von der hohe Umweltbelastungen ausgehen. Hier sollen der Pkw- und Lkw-Verkehr zukünftig in einen Tunnel verlegt und die Straße zu einem **begrüntem Boulevard** umgebaut sowie v. a. dem Fußgänger- und Radverkehr vorbehalten werden. Für die Straßenbahn ist ein **grünes Gleisbett** vorgesehen, da solche grünen Gleisstrassen erwiesenermaßen wichtige Frischluftschneisen sind. Zur Erhöhung der Wirksamkeit soll das Gleisbett eine ausreichende Bodenüberdeckung erhalten. Eine aktive Speicherung von Regenwasser und Bewässerung des grünen Gleisbettes würde die Wirk-

samkeit als Frischluftschneise deutlich erhöhen. Die geltenden Richtlinien für die Sanierung einer Gleisstrasse lässt eine solche Maßnahme derzeit jedoch nicht zu.

Maßnahmen in innerstädtischen Quartieren

In Bezug auf den klimawirksamen Stadtbau kann Karlsruhe auf die schon längere Zeit laufenden Wettbewerbe und Förderprogramme **Grüne Höfe**, Grün in Gewerbe und ein Förderprogramm für **Dach- und Fassadenbegrünung** aufbauen. Mit Unterstützung dieser Programme konnten bereits viele Höfe begrünt werden. Bei der Hofbegrünung haben die Eigentümer besonders die planerische Unterstützung gerne angenommen. Diese Maßnahmen werden sogar als wirksamer eingestuft, als die zu den eigentlichen Maßnahmenkosten vergleichsweise geringen Zuschüsse.

Trotz dieser ersten Erfolge wird der klimawirksame Umbau bestehender Stadtstrukturen vom Stadtplanungssamt als die größte Herausforderung der Klimaanpassung angesehen. Der SRKA bietet zahlreiche Maßnahmenvorschläge an und liefert die entsprechenden Begründungen für die Klimaanpassung. In der Praxis ist es allerdings schwierig, solche Maßnahmen konkret einzufordern. So liefern etwa die Simulationen des Klimaanpassungskonzeptes im 10 x 10 m-Raster auch Aussagen auf der Ebene von Baublöcken. In der Abwägung, ob durch Maßnahmen der Klimaanpassung bestehendes Baurecht nach § 34 BauGB eingeschränkt werden kann, rei-

chen die fachlichen Untersuchungen jedoch nicht aus, um rechtswirksam zu werden. Nur wenn sich klimawirksame Maßnahmen unmittelbar aus dem bestehenden Baurecht nach § 30 oder § 34 BauGB oder aufgrund anderer Rechtsgrundlagen (etwa Rechtsverordnungen zum Naturschutzrecht) ableiten lassen, besteht eine gewisse Verbindlichkeit.

Eine wirksame Maßnahme wäre daher, dass der Bund deutlicher klarstellen müsste, dass auch die Vermeidung und Minderung stadtklimatischer Belastungssituationen zu den in § 34 BauGB genannten gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnissen dazugehören. Eine weitere wirksame Maßnahme würde darin bestehen, besondere Hot-Spots, wie z. B. das südliche Innenstadtquartier Kreuzstraße, als Klimasanierungsgebiet festzusetzen.

Innovation und Vorbildcharakter

Der Städtebauliche Rahmenplan Klimaanpassung ist ein wichtiges Kommunikations- und Orientierungsinstrument für die Politik und Verwaltung. Mit ihm werden Hot-Spots für zwölf verschiedene Stadtstrukturtypen ermittelt, die aus Stadtquartieren ähnlicher Funktionsweisen bestehen und hinsichtlich ihrer Stabilität und Dynamik typisiert werden können. Über die klassischen kernstädtischen Blockrandquartiere hinaus werden sämtliche weitere Stadtbausteine (z. B. Zeilenbebauungen, Gewerbegebiete, Einfamilienhaussiedlungen) einbezogen.

Zum anderen erfolgt die Hot-Spot Identifizierung nicht alleine auf der Basis von Informationen über den Stadtklimawandel, sondern durch deren Kombination mit relevanten nicht-klimatischen Faktoren wie dem demografischen Wandel oder der Erreichbarkeit und die bioklimatische Aufenthaltsqualität von Grünflächen. Für diese Strukturtypen und Hot-Spots benennt der Rahmenplan übergeordnete und lokale Maßnahmenvorschläge.

Die Thermalscanner-Befliegung im 10 m-Raster ermöglicht eine recht flächengenaue Modellierung, sodass die Auswirkungen von städtebaulichen Vorhaben sowie die Wirksamkeit von Maßnahmen auf der Ebene der Stadtquartiere bewertet werden können.

„Wirksame Klimaanpassung muss ganzheitlich gedacht werden: In der Stadtgärtnerei werden daher Jungbäume vorgezogen, die frühzeitig dadurch an die Stadtverhältnisse „akklimatisiert“ sind; u. a. auch Eichen, die besonders unter dem Klimawandel leiden.“

Herr Weindel, Gartenbauamt

Entlastungsräume zugänglich machen

Für die bessere Erreichbarkeit von Entlastungsräumen wird in der Stadt auch über ungewöhnliche Maßnahmen nachgedacht. Der Zoologische Stadtgarten ist eine große, zentral gelegene Grünfläche in Karlsruhe und ein wichtiger klimatischer Entlastungsraum. Da der Besuch des Stadtgartens nur gegen Eintritt und im Bereich der Zugänge mit Kassenhaus möglich ist, prüft die Stadt, ob und wie der Zoologische Stadtgarten an extremen Hitzetagen über 30° C für Anwohnerinnen und Anwohner kostenlos zugänglich gemacht werden kann. Dazu müssen allerdings Zugänge, die in der jüngeren Vergangenheit aus Kostengründen nur noch als Ausgänge funktionieren, durch geeignete Maßnahmen im Bedarfsfall als kostenfreier Eingang aktiviert werden können.

Projektchronologie

06/2013	Entwurf Städtebaulicher Rahmenplan Klimaanpassung (SRKA), Ideen- und Kooperationsbörse Klimaanpassung „Hitze in der Stadt“
05/2014	Workshop mit Politik, Verwaltung und Bürgern
10/2014	Endbericht (SRKA)
03/2015	Beschluss im Stadtrat

Akteure

Projekträger: Stadtplanungsamt der Stadt Karlsruhe, Generalplanung und Stadtsanierung

Maßgeblich beteiligte Fachämter: Abteilung Planung der Stadt Karlsruhe, Gartenbauamt; Stadt Karlsruhe, Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz

Bearbeitung: Arbeitsgemeinschaft GEO-NET Umweltconsulting GmbH (Hannover), bercholdkrass space&options (Karlsruhe), Prof. Dr. Jürgen Baumüller (Stuttgart) und Prof. Günter Gross (Hannover)

Kontakt

Heike Dederer
Stadtplanungsamt Karlsruhe, Planungsstelle NVK
0721/133 6110
heike.dederer@stpla.karlsruhe.de

Klaus Weindel
Gartenbauamt Karlsruhe
0721/133 6720
klaus.weindel@gba.karlsruhe.de

Weiterführende Informationen

http://bit.ly/SRKA_Karlsruhe



Ludwigsburg, Baden-Württemberg

Freiflächenentwicklungskonzept (FEK)

Das Entwicklungskonzept FEK zeigt Möglichkeiten auf, wie das Freiraumsystem in Ludwigsburg trotz weiterer Verdichtung qualitativ weiterentwickelt werden kann. Damit ist es eine wichtige Grundlage für die Bauleitplanung sowie den Freiraum betreffende Planungen.

Kontext

Die Stadt Ludwigsburg ist mit rund 50.000 Arbeitsplätzen v. a. in den Bereichen Automobil-, Medienwirtschaft, Dienstleistung und Hochschule ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort in der Region Stuttgart, die nicht nur zu den wirtschaftsstärksten, sondern auch zu den am dichtesten besiedelten Regionen in Europa zählt.

Das Stadtbild der barocken Planstadt wird maßgeblich von der Altbausubstanz und von historischen Grünanlagen und Alleen geprägt. Allerdings sind historische Grünflächen von Hauptverkehrsadern zerschnitten und einzelne Anlagen eingezäunt. Die historischen Alleen sind z.T. in einem schlechten Zustand und bieten durch die Dominanz des Verkehrs oft wenig Aufenthaltsqualität. Dadurch sind einige Bereiche der Stadt mit quartiersbezogenen Parks und Freiräumen unterversorgt, und die Verfügbarkeit der vorhandenen Freiräume ist eingeschränkt. Hinzu kommt, dass Ludwigsburg stark von Hitzeereignissen betroffen ist, was besonders für die dicht bebaute innere Stadt ein Problem darstellt.

Trotz anhaltender Nachfrage nach neuen Wohnungen und Arbeitsstätten, stetigem Bevölkerungswachstum und der prekären Freiflächensituation verfolgt die Stadt Ludwigsburg aktiv das Prinzip „Innen- vor Außenentwicklung“ im Sinne der Doppelten Innentwicklung. Die gute Planungskultur der Stadt ist hierfür eine wichtige Basis: Mit Zukunftskonferenzen, Stadtspaziergängen und Foren zu bestimmten Themen hat die Stadt Ludwigsburg in einem guten partizipativen Verfahren ein integriertes Stadtentwicklungskonzept (SEK) erarbeitet. Zu jedem Themenfeld entwickelte die Stadt einen Masterplan, so auch für das Thema „Grün in der Stadt“. Das Freiflächenentwicklungskonzept liefert hierzu die strategischen Leitziele. Diese werden durch die strategischen Leitziele des integrierten Grünleitplans für den Außenbereich und des Klimaanpassungskonzeptes für die Gesamtstadt ergänzt. Der integrierte Stadtentwicklungsplan führt die einzelnen Masterpläne der unterschiedlichen Fachressorts zusammen und ist die Grundlage für die Fortschreibung des FNP.

Projektbeschreibung

Um den komplexen Anforderungen der wachsenden Stadtgesellschaft und der Anpassung an Hitzewellen und Starkregenereignisse gerecht zu werden, ist eine qualifizierte Weiterentwicklung des urbanen Grüns die beste Strategie. Dazu hat der Fachbereich Tiefbau und Grünflächen das gesamtstädtische Freiflächenentwicklungskonzept (FEK) erarbeitet und parallel hierzu wurde vom Referat für Nachhaltige Stadtentwicklung das Klimaanpassungskonzept (KliK) entwickelt.

Das FEK basiert auf dem Stadtentwicklungskonzept, dem Grünleitplan, dem Rahmenplan „Historische Alleen Ludwigsburg“ und dem Klimaatlas Region Stuttgart und ist eng verzahnt mit dem KliK. Beide Konzepte zielen auf eine klimagerechte Freiraumentwicklung ab. Die Schnittstelle zwischen beiden



Überblick über die Methodik des FEK (Stadt Ludwigsburg)

Stadt/Stadtteil	Ludwigsburg	Freiraumtypen	Von der barocken Parkanlage bis zu Plätzen und Alleen
Einwohner (Stadt)	92.973	Projekträger	Stadt Ludwigsburg
Entwicklungsdynamik	wachsend	Projektlaufzeit	2013 - 2016
Raumbezug/Quartierstyp	Gesamtstadt	Status	beschlossenes Konzept

Konzepten bildet die urbane grüne Infrastruktur. Der Schwerpunkt des FEK liegt dabei auf der Entwicklung eines vernetzten gesamtstädtischen Grünsystems, während das KliK die Stadtgesellschaft auf die Auswirkungen des Klimawandels vorbereitet.

Mit verschiedenen Analysebausteinen wurden Stadtteile mit besonderem Entwicklungspotenzial ermittelt. Genauer untersucht wurden dazu die Ausstattung mit Grünflächen, die Erreichbarkeit der öffentlichen Grünflächen und Erholungsflächen im Außenbereich, die stadtklimatische Ausgangssituation und Prognose für Stadtteile sowie die Einwohnerdichte. Als Gebiete mit hohem Freiflächenpotenzial werden Stadtteile eingestuft, die aufgrund der Analyse Defizite in der Grünflächenversorgung und -verfügbarkeit bzw. bei der Weiterentwicklung des vorhandenen Stadtgrüns haben.

Das Leitbild des FEK „Grüne Adern für eine lebendige Stadt“ wurde aus zwei Betrachtungswinkeln entwickelt: Das „Historische Ludwigsburg“ befasst sich mit der Entstehung der barocken Grünanlagen und Alleen, die heute den genetischen Code Ludwigsburgs bilden. Die Gegenwart „Neues Ludwigsburg“ zeigt, wie die Stadt bis heute gewachsen ist, ohne die Versorgung mit Grün- und Erholungsflächen ausreichend zu berücksichtigen. Dadurch sind die Wege ins Grün vielen Menschen zu weit geworden, bestehende Parkanlagen und Baumalleen stehen unter starkem Nutzerdruck und die Aufenthaltsqualität ist in vielen Quartieren unzureichend. Mit dem Leitbild „zukünftiges Ludwigsburg“ werden unter dem Motto „Grüne Adern für eine lebendige Stadt“ Leitziele formuliert, die langfristig die Vernetzung bestehender und neu zu schaffender Grünflächen und Stadtquartiere im Sinne der Umweltgerechtigkeit sicherstellen. Dabei wurden drei Bausteine zur Freiflächenentwicklung definiert:

- Neuschaffung und Qualifizierung von Parkanlagen
- Entwicklung eines grünen Verbundsystems
- Aufwertung des direkten Wohnumfeldes

Für Parkanlagen werden Potenzialflächen für Neuschaffungen genannt und Entwicklungsvorschläge für die Aufwertung der bestehenden Anlagen gemacht. Da die Potenziale für neue Parks eingeschränkt sind, kommt der Vernetzung der bestehenden Grünflächen und der Überwindung von Barrieren eine umso größere Bedeutung zu.

Das FEK benennt hier vier Elemente: Erweiterung und Qualifizierung des Alleensystems; Aufwertung

Ziele

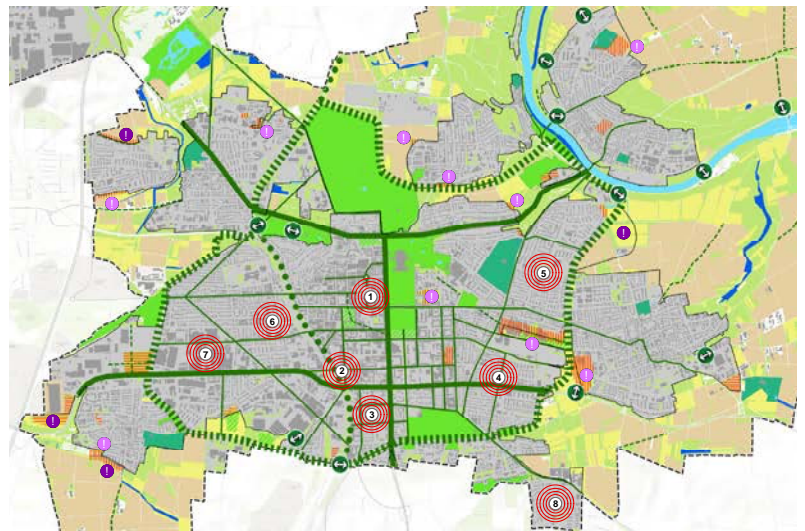
Im Hinblick auf die angestrebte „Doppelte Innenentwicklung“, „Reduzierung des Flächenverbrauchs“ und „Klimaanpassung“ sollten Antworten auf die folgenden Fragen gefunden werden:

1. Wo sind Grün- und Freiflächen zu erhalten, zu

entwickeln und zu vernetzen?
 2. Wie kann die Qualität des Wohnumfeldes erhalten und gesteigert werden?
 3. Welche Bereiche können baulich verdichtet werden und unter welchen Bedingungen?

der großen städtebaulichen Achsen zu grünen Boulevards; Vollendung des grünen Rings um die zentralen Stadteile; Entwicklung eines Radschnellwegs entlang der Bahnlinie als Teilstück eines potenziellen Radschnellwegenetzes der Region Stuttgart.

In Ludwigsburg zeigen ein Maßnahmenplan und ein Strategieplan die Handlungsoptionen für die konkrete Umsetzung des Freiflächenentwicklungskonzepts auf.



Ausschnitt aus dem Freiflächenentwicklungskonzept mit integriertem Grünordnungsplan (Freiflächenentwicklungskonzept Ludwigsburg)

Der Maßnahmenplan zum FEK benennt Leitprojekte und Einzelmaßnahmen, deren Umsetzung teilweise im Huckepackverfahren vorgesehen ist. So sollen etwa notwendige Sanierungsmaßnahmen an Straßen dazu genutzt werden, schrittweise die Gestalt- und Aufenthaltsqualitäten sowie die Benutzbarkeit von Straßen für Fußgänger und Radfahrer zu verbessern. Der Maßnahmenplan ist für alle Fachressorts im Intranet verfügbar und befindet sich in einer ständigen Fortschreibung. Der Strategieplan vertieft wichtige Bestandteile des Konzeptes und zeigt Handlungsoptionen und Checklisten für die konkrete Umsetzung des FEK zur Wohnumfeldverbesserung auf.

Das FEK bildet die Fachgrundlage Grün- und Freiraumentwicklung für die Fortschreibung des Flächennutzungs- und des Landschaftsplans. Ein wichtiger Schritt dazu ist die Bewertung der geplanten Nachverdichtungsprojekte im FEK, mit dem Ziel, die fachlichen Ziele frühzeitig auf gleicher Augenhöhe einzubringen.

Instrumente und Maßnahmen

Gesamtstädtisches übergeordnetes Konzept

- Analyse/Leitbild/Konzept
- Maßnahmenplan
- Strategieplan

Aktivierung und Beteiligung der Öffentlichkeit:

- Regelmäßige Zukunftskonferenzen (Dialog zwischen Bürgerschaft, Gemeinderat und Verwaltung)
- Auftaktveranstaltung „Grün in der Stadt in heißen Tagen“

Laufende Information und Steuerung

- „Kommunale Steuerungs- und Informationssystem“ (KSIS): Alle Fachabteilungen können auf konsolidierte Daten des FEK zugreifen. Auch der Allgemeinheit steht die Plattform zur Information zur Verfügung

Umsetzungsstrategien/Projektbeispiele

- Modul „Grünes Zimmer“ (Prototyp): Mit vertikalen Begrünungselementen sorgt das Grüne

Zimmer für eine Maximierung der Grünfläche und bildet, ausgestattet mit Bänken, eine grüne Insel an heißen Tagen für Schatten und Abkühlung (TURAS-Projekt gefördert durch verschiedene EU-Projektpartner).

- Zum Rahmenplan Grünbühl zeigt das FEK wie der Freiraum auch in einem dicht besiedelten Quartier eine hohe Qualität haben kann (Einspeisung einer Checkliste in den Wettbewerb).
- Alt-Württemberger-Allee: In die Straßensanierungsplanung wurden Gestaltungsanforderungen für die Alleen verankert (ansprechende Straßenraumgliederung und Vergrößerung der Baumscheiben auf 24 m²).
- Patenschaften: Die Stadt ermöglicht Patenschaften für Spielplätze, Baumscheiben und Grünflächen mit interessierten Bürgern und Bürgergruppen.
- Interkommunales Projekt „Grüne Nachbarschaft“: z. B. Pflege von Streuobstwiesen.

Finanzierung

- Budget für das FEK: 48.000 € Budget für Projekte <= 100.000 € (z. B. Entsiegelung, Alleenaufwertung): ~400.000 €/Jahr
- Budget Einzelprojekte >=100.000 €: Einzelgenehmigung durch Bauausschuss

„Nachhaltige Stadtentwicklung gelingt durch eine breite bürgerschaftliche Beteiligung. Die dadurch zum Ausdruck kommende Partizipationskultur der Verwaltung sorgt für gute Ergebnisse und schafft den Nährboden für eine große Akzeptanz bei Bevölkerung und Politik - gerade im Spannungsfeld zwischen Verdichtung und Schutz von Freiräumen.“

Michael Ilk, Stadt Ludwigsburg, Dezernat Bauen, Technik, Umwelt, Bürgermeister

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Akzeptanz

Angesichts der hohen Nachfrage nach Bauflächen ist die Akzeptanz der Freiraumentwicklung ein maßgeblicher Schlüssel für die Umsetzung der Freiraumziele. Das FEK und das KliK sind in der Politik und in der Bürgerschaft akzeptiert und für das Thema Grün in der Stadt besteht in der Bürgerschaft eine hohe Sensibilität. Ein Beleg hierfür ist der Beschluss des FEK und KliK im Gemeinderat und damit der notwendige politische Rückhalt für die Umsetzung. Die Akzeptanz für das FEK in den Fachämtern ist unterschiedlich. Hier hilft, dass das Tiefbau- und Grünflächenamt eine Einheit bildet, wodurch das „Dranbleiben“ an den Planungen und die Integration der Planungsziele einfacher fallen.

Planungskultur

In Ludwigsburg herrscht eine hohe Planungs- und Beteiligungskultur. Das beim Oberbürgermeister angesiedelte Referat für nachhaltige Stadtentwicklung hat ausreichend koordinierende Befugnisse. Außerdem wird eine proaktive Beteiligungskultur gelebt. Alle drei Jahre werden Zukunftskonferenzen zum Stadtentwicklungskonzept mit jeweils rund

300 Teilnehmern durchgeführt. Auf dieser Grundlage werden die Masterpläne fortlaufend aktualisiert. Bei einem Verwaltungsworkshop im Dezember 2016 wurden die thematischen Arbeitsgruppen von den jeweiligen Fachämtern geleitet. Solche Workshops fördern die Identifikation mit den fachlichen Masterplänen und dem integrierten Stadtentwicklungskonzept.

Auch die Verzahnung der unterschiedlichen Instrumente funktioniert gut. Durch die Parallelaufstellung der Masterpläne können die Fachkompetenzen und -belange frühzeitig eingebracht und abgewogen werden.

Qualitätssicherung im Bestand

Für die Freiraumqualitätssicherung in bestehenden Stadtstrukturen wird eine stärkere ökologische Komponente im § 34 BauGB gewünscht. Auch sollte geprüft werden, ob sich ein Freiflächengestaltungsplan in der Landesbauordnung verankern lässt. Ein weiterer Ansatz wäre ein Grünflächenfaktor gekoppelt mit den Klimazielen.



Links: Die Königsallee mit barocker Sichtache. Rechts: Das Klima-Modul „Grünes Zimmer“ am Kulturzentrum Ludwigsburg (bgmr Landschaftsarchitekten)

Förderprogramm für strategische Konzepte

Für die Umsetzung strategischer Konzepte fehlen i.d.R. Haushaltsmittel. Daher wäre ein Förderpro-

gramm hilfreich, das an ein strategisches Konzept gebunden ist (z. B. Förderung von Green Urban Labs mit Personalmitteln für die die Umsetzung des FEK).

Innovation und Vorbildcharakter

Der Masterplan steht beispielgebend für die enge Verzahnung von Stadt- und Freiraumentwicklung. Mit Bezugnahme auf die städtischen Herausforderungen werden Lösungsansätze in der Freiraumplanung aufgezeigt. Dabei steht der gesamtstädtische Blick im Vordergrund, es erfolgt aber zusätzlich eine Differenzierung in strategische Handlungsräume mit spezifischen Herausforderungen und Handlungserfordernissen für möglichst passgenaue Leitideen und Schlüsselmaßnahmen.

Wichtig für die Verständigung über die Ziele des Masterplans und die Akzeptanz war die intensive prozessbegleitende Kommunikation: Alle relevanten Fachämter sowie auch die Fachöffentlichkeit wurden aktiv beteiligt und konnten in Fachgesprächen mitdiskutieren und ihre Belange einbringen.

- 10/2015: Expertenworkshop
- 01/2016: Bericht KliK Gemeinderat
- 02/2016 Bürgerbeteiligung FEK + KliK mit gemeinsamer Auftaktveranstaltung
- 05/2016 Vorlage und Beschluss durch den Gemeinderat als informelle Planung nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB

Akteure

Projekträger FEK: Stadt Ludwigsburg, Fachbereich Tiefbau und Grünflächen, Abteilung Grünflächen und Ökologie.

Lenkungsgruppe: Referat für Nachhaltige Stadtentwicklung, Fachbereich Tiefbau und Grünflächen, Fachbereich Stadtplanung, ehemaliger Leiter Abt. Stadtklimatologie (Amt für Umweltschutz), Stuttgart.

Projekträger KliK: Referat für Nachhaltige Stadtentwicklung.

Bbeauftragtes Büro: faktorgruen Freie Landschaftsarchitekten BDLA

Projektchronologie

Freiflächenentwicklungskonzept (FEK):

- 11/2013 Vorberatung Grobkonzept FEK (Teil 1), Gemeinderat
- 02/2015 Vorberatung FEK (Teil 1 + 2) Gemeinderat
- 04/2015 Zukunftskonferenz (Bürgerbeteiligung strategische Ziele)
- 10/2015 Beschluss Fortschreibung strategischer Ziele aus der ZUKO 2015
- 02/2016 Bürgerbeteiligung FEK + KliK, gemeinsame Auftaktveranstaltung
- 12/2016 Vorlage und Beschluss durch den Gemeinderat als informelle Planung

Fachkonzept Klimaanpassung (KliK):

- 03/2015 Start
- 09/2017

Kontakt

Stadt Ludwigsburg, Fachbereich Tiefbau und Grünflächen
Mathildenstraße 29/1, 71638 Ludwigsburg
07141/910 2809
gruenflaechen@ludwigsburg.de

Weiterführende Informationen

FEK: <https://www.ludwigsburg.de>
KSIS: www.ksis-ludwigsburg.de
http://bit.ly/Ludwigsburg-Gruenes_Zimmer



München, Bayern

Allparteiliches Konfliktmanagement (AKIM)

Nutzungskonkurrenzen und -konflikte in urbanen Freiräumen der dichten Stadt nehmen zu. Neben regulativen Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Lösung gewinnen kommunikative und kooperative Ansätze an Bedeutung. Das Allparteiliche Konfliktmanagement in München ist hierfür ein gutes Beispiel.

Kontext

Mit der baulichen Verdichtung und steigenden Bevölkerungszahlen wächst in vielen Städten auch der Nutzungsdruck auf Plätze, Straßen und Grünanlagen. Flexible Arbeitszeiten und geändertes Freizeitverhalten tragen dazu bei, urbane Freiräume intensiver zu nutzen – auch nachts. So findet Feiern zunehmend auch losgelöst von der Gastronomie, Clubs oder Diskotheken statt.

In München wird seit ca. zehn Jahren vor allem an attraktiven Plätzen (z. B. Gärtnerplatz) in oder am Rand der Innenstadt gefeiert. Die politisch gewollte Entwicklung zur „24-Stunden-Stadt“ hat jedoch auch ihre Kehrseiten: Das urbane Nachtleben erzeugt Lärm, Müll und Konflikte, die im Widerspruch zu den Wünschen von Anwohnern nach Sicherheit, sozialer Kontrolle, nächtlicher Ruhe und Wohnqualität stehen.

Gab es in der Vergangenheit im öffentlichen Raum vor allem Konflikte mit Drogenabhängigen oder Obdachlosen, überwiegen heute die Ruhestörungen durch Veranstaltungen und informelle bzw. unorga-

nisierte Freizeitnutzungen. Aus Berührungspunkten werden Reibungspunkte, gleichzeitig sinken Toleranzschwellen und es fehlt an gegenseitiger Rücksichtnahme. In der Folge nehmen die Konflikte des Miteinanders der Stadtbewohner in der dichten Stadt zu. Auch neue, teilweise nur temporäre Trends können zu Konflikten in urbanen Freiräumen führen.

Der Münchener Gärtnerplatz ist seit vielen Jahren ein prominentes Beispiel für diese Nutzungskonflikte: Der Platz hat sich als sehr beliebter Feierort zwischen Innenstadt und Isar etabliert. Aus Sicht der Anwohner wird die nächtliche Nutzung des Platzes als „störend bis unerträglich“ bewertet. Die Mehrheit der Anwohner beschwert sich über einen hohen Lärmpegel, der in den vergangenen Jahren stetig zugenommen hat, besonders an Wochenenden. Als besonders störend werden die Lärmbelästigung durch Musikanlagen, Verstärker und Instrumente herausgestellt, ebenso die zunehmende Verschmutzung durch Müll sowie das Urinieren in der Öffentlichkeit.



Nächtliche Feier auf dem Gärtnerplatz (Oliver Bodmer)



Das AKIM-Team im Einsatz (Michael Nagy)

Stadt/Stadtteil	München	Freiraumtypen	Innerstädtische Plätze, Straßen, Grünanlagen
Einwohner (Stadt)	1.450.381 Einwohner	Projekträger	Landeshauptstadt München / Sozialreferat
Entwicklungsdynamik	Überdurchschnittlich wachsend	Projektlaufzeit	Seit 2015
Raumbezug/Quartierstyp	Stadtweit	Status	Laufend



Links: Außengastronomie in der Nähe des Gärtnerplatzes; Rechts: Gärtnerplatz tagsüber (HCU)

Projektbeschreibung

Der Münchener Stadtrat hat 2014 das „Allparteiliche Konfliktmanagement in München (AKIM)“ beschlossen. Für die Koordination wurde eine Stelle im Sozialreferat geschaffen und ein Team von Konfliktmanagerinnen gebildet (vier Vollzeitstellen sowie zusätzliche Honorarkräfte für die „Saison“). Unter dem Motto „Viele Interessen – ein öffentlicher Raum“ greift AKIM bei Nutzungskonflikten auf Straßen und Plätzen sowie in Grünanlagen im gesamten Stadtgebiet niedrigschwellig, vermittelnd und beruhigend ein. Die Interessen und Belange aller Nutzergruppen sollen berücksichtigt werden, um zwischen ihnen zu vermitteln.

Schwerpunkthemen von AKIM sind nächtliches Feiern, Obdachlose und „Wohnungsflüchter“, die sich an bestimmten Orten im öffentlichen Raum aufhalten, Konflikte in und um Flüchtlingsunterkünfte sowie Konflikte in Grünanlagen mit Jugendlichen oder Hundebesitzern.

Bei Anfragen nimmt AKIM eine erste Konfliktanalyse vor und ist ggf. vor Ort präsent. AKIM geht auf die Konfliktparteien zu, spricht mit allen Seiten, informiert über die geltenden Regelungen und sucht gemeinsam mit den Beteiligten nach Lösungen für den jeweiligen Konflikt. Im Schwerpunkt geht es um die Klärung und Koordination von Zuständigkeiten und Aktivitäten. AKIM selbst hat nur kommunikative Mittel zur Verfügung – für andere Aktivitäten und Maßnahmen braucht es weitere Akteure. Wenn Streetworker oder Polizei nicht zuständig sind, wird AKIM auch selbst vor Ort aktiv.

Ziele

- Alle Menschen sollen sich im öffentlichen Raum sicher und wohl fühlen
- Sensibilisierung der Nutzer öffentlicher Räume für Anwohner und andersherum
- Friedliche Konfliktregulierung im öffentlichen Raum durch Konsens aller Beteiligten statt durch Regulation und Sanktion
- „Verträglich feiern“

Auf dem Gärtnerplatz haben sich in den vergangenen Jahren im Sommer in mehreren Nächten über 1.000 Personen aufgehalten. Nachdem frühere Ansätze der Konfliktlösung nicht zu einer Beruhigung der Nutzungskonflikte geführt hatten, wurde von AKIM die direkte Ansprache der Feiernden als Intervention erprobt. Zweier-Teams von qualifizierten AKIM-Konfliktmanagern sind von Anfang Mai bis Ende September in warmen Nächten freitags und samstags sowie vor Feiertagen zwischen 23 Uhr und 4 Uhr morgens im Einsatz. Für 2019 ist der Bau einer festen Toilette im Umfeld geplant, um das wilde Urinieren in den Griff zu bekommen, nachdem zwei durch AKIM initiierte mobile Toiletten die Situation bereits verbessern konnten.

Ein zweiter räumlicher Schwerpunkt ist die Müllerstraße mit ihren Nebenstraßen. Die Situation hier unterscheidet sich vom Gärtnerplatz, da hier nicht verweilt wird, sondern die Feiernden eher durchziehen. Außerdem sind mit den Gastronomen Akteure vorhanden, mit denen verbindlich kooperiert werden kann. Im Rahmen des Konfliktmanagements konnten Maßnahmen vereinbart und umgesetzt werden, z. B. Türsteher, die auch für Lärmreduzierung sorgen, verbesserte Kommunikation mit Anwohnern oder die Aufstellung von zusätzlichen Mülleimern.

Die Rückmeldungen auf die Aktivitäten sind durchweg positiv. Die Anwohner schätzen den AKIM-Einsatz als einen Beitrag, sie in ihrem Anliegen ernst zu nehmen. Gleichzeitig äußert eine beträchtliche Zahl von ihnen, dass die AKIM-Präsenz aber nicht ausreichend sei, um die nächtlichen Störungen am Gärtnerplatz auf ein verträgliches Maß einzudämmen und die Lebensqualität der Anwohner zu sichern.

Instrumente und Maßnahmen

Ansprechpartner

- Anlaufstelle für Nutzungskonflikte

Konfliktanalyse und Aktionsplan

- Überblick über die Sichtweisen, Themen, Interessen und Spielräume aller Beteiligten
- ergänzt durch eine unabhängige Situationsbeschreibung des AKIM-Teams
- Vorschlag für das weitere Vorgehen

Vor-Ort-Präsenz

- Zweier-Teams während der nächtlichen Feierstunden an besonders „auffälligen“ öffentlichen Räumen

Runde Tische

- Ortsbezogen, u. a. mit Vertretern von Anwohnern, Gastronomie, Politik, Baureferat, Polizei etc. zur Klärung von Verantwortlichkeiten und zur Absprache des weiteren Vorgehens (mindestens einmal jährlich)
- Zielgruppenbezogen, z. B. mit Gastronomen zur Verabredung von Maßnahmen

Befragungen

- Bewertung der Situation durch Anwohner

Öffentlichkeitsarbeit

- Flyer und Hauswurfsendungen mit Informationen über das Konfliktmanagement

Selbstverpflichtungen

- z. B. von teilnehmenden Wirten: Bereitstellung von Türstehern mit erweiterten Aufgaben auch für das Umfeld der Kneipen – teilweise teilen sich mehrere Betriebe einen Türsteher. Einschränkung des To-Go-Verkaufs von Alkohol. Liste mit Kontaktnummern bei nächtlichem Lärm für Anwohner. Aufklärung der Gäste durch „psst-“Plakate.

Finanzierung

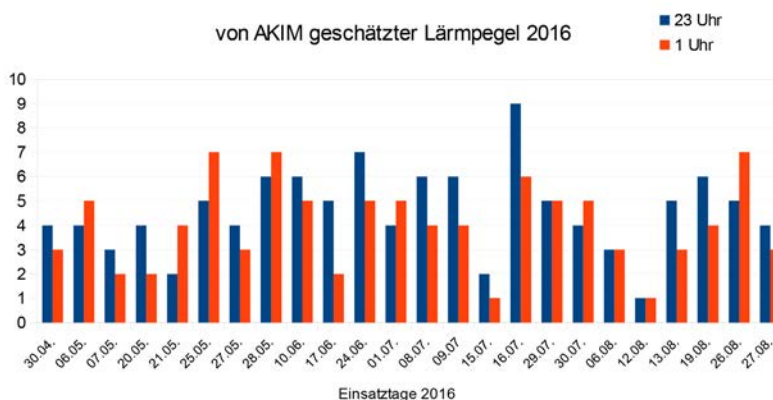
- 355.697 € p.a. (LH München, Sozialreferat / Amt für Wohnen und Migration) für Personalkosten und Sachkosten

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Die urbanen Freiräume in der dichten Stadt werden immer intensiver und vielfältiger genutzt. Verstärkt wird diese Entwicklung u. a. durch neue Trends wie informelles Feiern außerhalb von Gaststätten („cornern“), außer-Haus Konsum von Speisen und Getränken (To-go und Lieferservice), mobile Unterhaltungselektronik (Bluetooth Lautsprecher) oder auch interaktive Spiele (Pokémon Go). Dies führt häufig zu Nutzungskonkurrenzen und -konflikten mit anderen Nutzern und den Anwohnern. Gleichzeitig sind die rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen und Instrumente auf viele Entwicklungen (noch) nicht anwendbar und somit zur Lösung oder Entschärfung der Konflikte nicht geeignet, z. B. Lärmschutz oder Baunutzungsverordnung. Im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB) sind zudem die Möglichkeiten begrenzt, unerwünschte gewerbliche Nutzungen zu untersagen bzw. zu steuern, z. B. Gastronomie oder Discotheken.

Daher wird eine Überprüfung und ggf. Weiterentwicklung von planungs- und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten hinsichtlich der Herausforderungen des nächtlichen Feierns und anderer informeller Nutzungen urbaner Freiräume empfohlen. Ebenso die Einbeziehung der Hauseigentümer, um auf die Vermietung von Gewerbeflächen Einfluss zu nehmen. Auch ein Flächenmanagement für alternative Feierstandorte mit geringerem Störungspotenzial („Ausweichflächen“) ist zu prüfen.

Bezüglich der Art und Intensität von Nutzungen in urbanen Freiräumen, speziell hinsichtlich des nächtlichen Feierns, gibt es in der Regel keine Leitlinien und auch keinen Konsens der beteiligten und betroffenen Akteure. Kommunikative Ansätze wie AKIM sind ein wichtiger Baustein im Konfliktmanagement, brauchen aber auch das Engagement anderer Beteiligter, um die Situation nachhaltig verbessern zu können. Daher sollte der Ansatz in eine kommunale Gesamtstrategie für präventive Maßnahmen in Stadtentwicklung und -planung sowie für kuratives Konfliktmanagement vor Ort eingebunden werden. Eine solche Strategie sollte kooperativ mit Vertretern aus Stadtverwaltung, Politik, Polizei, Verbänden und Akteuren der urbanen Nachtökonomie erarbeitet werden. Der Münchner Stadtrat hat die Entwicklung von Handlungsstrategien zur Vorbeugung von Konflikten durch nächtliches Feiern beschlossen.



1 = sehr ruhig, 5 = Laute Gruppen/Verkehrsgereusche, 10 = sehr laut durch Verstärker, Musikinstrumente, Schreien, Hupen

Dokumentation des Lärmpegels durch nächtliches Feiern auf dem Gärtnerplatz (AKIM)

Die Zuständigkeiten für das Nutzungsmanagement (Place-keeping) urbaner Freiräume liegen nicht in einer Hand, sondern sind über verschiedene kommunale Ressorts und Institutionen verteilt. Es fehlt eine koordinierende Stelle, in der die Verantwortlichkeiten bzw. die Aktivitäten gebündelt werden. Aus den zersplitterten Zuständigkeiten resultieren u. a. Ressourcenkonflikte zwischen den beteiligten Ressorts. Für die Koordination der vielfältigen verwaltungsinternen Zuständigkeiten und Beteiligten braucht es eine Schnittstelle, die das Place-keeping urbaner Freiräume als Querschnitts- und Daueraufgabe versteht. Die Steuerung sollte als übergeord-

nete Aufgabe zur „Chefsache“ gemacht werden. Auch für das frühzeitige Erkennen von Konflikten braucht es geeignete Strategien.

Der rein kommunikative Ansatz des Allparteilichen Konfliktmanagements hat seine Grenzen, da er über keine eigenen Sanktionsmöglichkeiten verfügt. Es gibt eine Lücke zwischen den rein kommunikativen und auf Kooperation angelegten Mitteln und der Präsenz sowie der sofortigen Ahndung von Verstößen durch die Polizei oder das Ordnungsamt. Diese Lücke soll in München durch einen Kommunalen Außendienst geschlossen werden. .

Innovation und Vorbildcharakter

AKIM zielt auf situationsbezogene Konfliktlösungen ausschließlich mit kommunikativen Mitteln und koordinierenden Aktivitäten. Ein Schwerpunkt ist dabei die Sensibilisierung für das Thema Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum auf allen Seiten (Anwohner, Nutzer, Gastronomen, Verwaltungsressorts).

AKIM ist die Institution, die bezüglich der Konfliktsituation konsequent „am Ball bleibt“ und die Kommunikation mit den Beteiligten aufrechterhält. Durch die Rückmeldungen des Einsatzteams vor Ort und die Kontakte zu Beteiligten und Behörden können akute Probleme sofort angegangen werden. Der Gärtnerplatz und auch die Anliegen der Anwohner bleiben so im Blickfeld der verantwortlichen Akteure.

„AKIM berücksichtigt im Konfliktfall alle Interessen und nicht nur die Interessen einer einzelnen Zielgruppe.“

Brigitte Gans, AKIM



„Viele Interessen - ein öffentlicher Raum“ (AKIM)

Projektchronologie

- 2014 „Konzept zur Nutzung des öffentlichen Raumes“ vom Stadtrat beschlossen. AKIM startet als Pilotprojekt
- 2015 Feste Stelle für AKIM beim Amt für Wohnen und Migration. Fortführung des Saison-Einsatzes am Gärtnerplatz
- 2016 Start eines verwaltungsinternen Prozesses, um das Thema „Nächtliches Feiern“ stärker ressortübergreifend zu bearbeiten

Akteure

Projekträger: LH München, Sozialreferat

gemeinsam mit Baureferat, Kreisverwaltungsreferat KVR (Sicherheit und Ordnung, Gewerbe), Bezirksausschüsse, Streetwork, Sicherheits- und Aktionsbündnis Münchner Institutionen (SAMI), Bezirksinspektion, Polizei und REGSAM (Regionalisierung Sozialer Arbeit in München)

Akteure vor Ort: Anwohner und Gastronomen

Kontakt

Landeshauptstadt München, Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration, S-III-L/BEK
Allparteiliches Konfliktmanagement in München
AKIM
Leitung Dr. Eva Jüsten
Koordination: Brigitte Gans
Franziskanerstr.8, 81669 München
089/233 40456
akim.soz@muenchen.de

Weiterführende Informationen

www.muenchen.de/akim



Münster, Nordrhein-Westfalen

Das Konzept „Grünordnung“: ein vernetztes, multifunktionales Grünsystem

Seit 1966 entwickelt die Stadt Münster ihr gesamtstädtisches Grün- und Freiraumsystem kontinuierlich weiter. Die „Grünordnung“ ist eine erprobte Grundlage, aus der sich die Entwicklung und Nutzung der strategisch wichtigen Grün- und Freiflächen ableiten lässt.

Kontext

Die Stadt Münster ist Oberzentrum für eine Region mit 1,5 Millionen Einwohnern und Universitätsstadt mit über 50.000 Studierenden. Bis zum Jahr 2030 werden bis zu 30.000 neue Einwohner mit einem Flächenbedarf an 160 ha Grundfläche für Wohngebiete prognostiziert. Der steigende Wohnflächenverbrauch, zunehmende Einwohnerzahlen und die notwendige Anpassung und Erweiterung der Infrastrukturen stellen die Stadt vor große Herausforderungen der Freiraumentwicklung. Neben der ausreichenden Freiraumversorgung zählen hierzu die Biodiversität, Klimaanpassung und die Nachhaltigkeit der Stadtentwicklung insgesamt.

Münster hat bereits 1966 als erste deutsche Stadt ein umfassendes ökologisches Konzept eingeführt – die Grünordnung Münster. Seitdem wurde die Grünordnung kontinuierlich weiterentwickelt, so dass Münster heute ein Grünsystem aufweist, das für frische Luft in der ganzen Stadt sorgt und dessen

Erholungsanlagen und Naturräume durch ein geschlossenes Netz von Fahrrad- und Wanderwegen miteinander verbunden sind.

Dennoch erfordern das anhaltende Stadtwachstum und der hohe Druck auf das vorhandene Straßensystem, das für die steigende Zahl an Ein- und Auspendlern nicht ausgelegt ist, die Weiterentwicklung der Grünordnung. Gesamtstädtisches Ziel ist die städtebauliche Nachverdichtung in verträglichen Räumen und eine Verflechtung der Innenstadtgebiete mit dem grünen Rand. Um die Fachinteressen in die gesamtstädtische Perspektive einzubringen, hat die Stadt in der jüngeren Vergangenheit verschiedene Aktivitäten und Maßnahmen durchgeführt. Hierzu zählen ein Klimaanpassungskonzept, die Einführung der Planungswerkstatt, der Masterplan „100 % Klimaschutz“, das Modellprojekt „Global nachhaltige Kommune“ und der Zukunftsprozess „Münsters Zukünfte 2020, 2030, 2050“.



Blick auf die Altstadt mit dem 1. Grünen Ring (Presseamt Münster / Bernhard Fischer)

Projektbeschreibung

Das Leitbild von Münster ist das einer urbanen, kompakten und grünen Stadt. Dies ist v.a. auf das differenzierte Freiraumsystem aus Ringen, Grünzügen und quartiersbezogenen Freiräumen und Grünstrukturen zurückzuführen. Die eng bebaute Altstadt ist heute noch von einer grünen Promenade umgeben, da die Stadtplaner ab dem 18. Jahrhundert aus kluger Voraussicht die Fläche der ehemaligen Stadtmauer mit Wallanlagen und Gräben von einer Bebauung freigehalten haben. Mit den weiteren Stadtentwicklungsetappen sind zwei weitere grüne Ringe hinzugekommen. Der zweite Grünring setzt sich im Kern aus größeren Freiräumen zusammen, die der Stadtgliederung und Versorgung der Bevölkerung mit wohnungsnahem Erholungsgrün dienen. Lineare Grünverbindungen bzw. „grüne

Stadt/Stadtteil	Münster	Freiraumtypen	u. a. Promenaden, Parks, Grünzüge, quartiersbezogenen Freiräume
Einwohner (Stadt)	302.178	Projektträger	Stadt Münster, Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit
Entwicklungsdynamik	wachsend	Projektlaufzeit	ab 1996 bis heute weiterlaufend
Raumbezug/Quartierstyp	Gesamtstadt	Status	beschlossenes Konzept

Trittsteine“ in Form von Grün- und Freiflächen und Wegen verknüpfen diese größeren Freiräume. Der dritte Grünring umfasst die bis zur Stadtgrenze reichende freie Landschaft im Bereich der äußeren Stadtteile. Außerdem laufen sieben Grünzüge von der freien Landschaft radial auf die Innenstadt zu und der Dortmund-Ems-Kanal durchzieht das Stadtgebiet und bietet durch seine Nähe zum Stadtzentrum ein besonderes „maritimes“ Potenzial. In dieses Grünsystem eingebunden sind die öffentlichen Grünflächen mit Parkanlagen, Spielplätzen, Kleingärten und Friedhöfen.

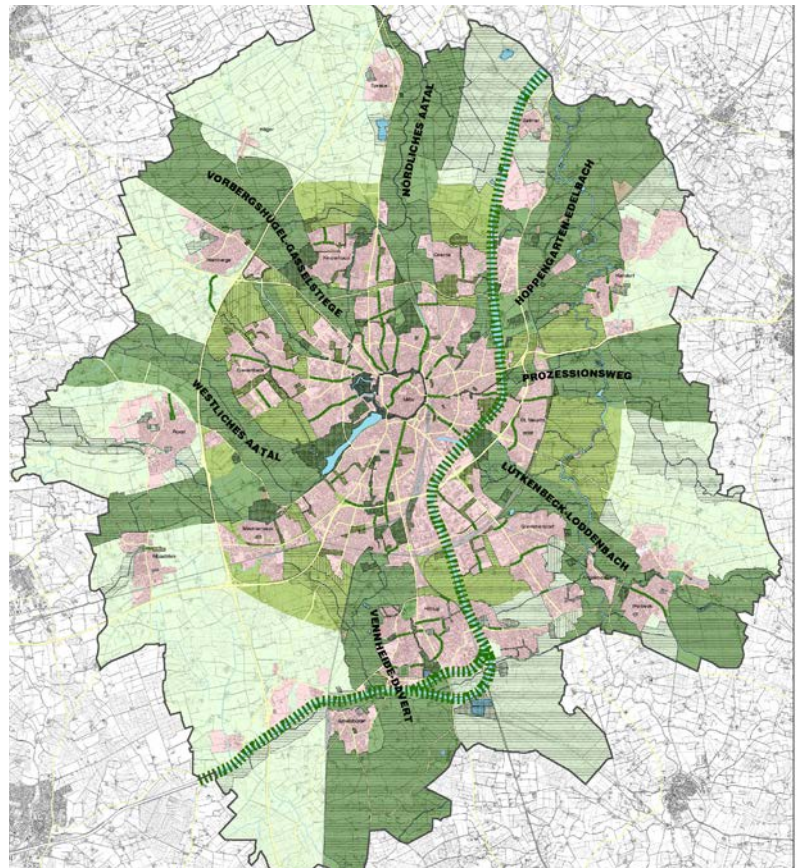
Das Konzept der Grünordnung erfasst die Freiräume der Stadt mit ihren jeweiligen Funktionen und Wertigkeiten als ein Gesamtsystem und untersetzt diese fachlich. Die Münsteraner Grünordnung ist dabei nicht zu verwechseln mit der rechtlich verankerten Grünordnungsplanung. In Münster steht sie für die Ordnung des Stadtgrüns als ein informelles Planungsinstrument auf der gesamtstädtischen Maßstabsebene.

Die Grünordnung Münster setzt sich aus verschiedenen thematischen Leitplänen und einem Maßnahmenplan zusammen. Die Karte „Grünsystem. Freiraumkonzept. Vorrangflächen Freiraumsicherung“ führt das Konzept räumlich zusammen und weist zwei Typen von Vorrangflächen zur Freiraumsicherung aus:

- Freiflächen, die zur Sicherung der Freiraumfunktionen grundsätzlich keine bauliche Entwicklung zulassen, und
- Freiflächen, in denen stadtoökologische und / oder grünstrukturelle Anforderungen Vorrang haben.

Durch die Aufnahme in den FNP 2020 sind diese Vorrangflächen zu behördenverbindlichen Zielen geworden und können als formell gesichert angesehen werden. Mit Hilfe unterschiedlicher Instrumente verfeinert die Stadt die gesamtstädtische Konzeption in teilräumlichen Konzepten und Planungen. So wurden beispielsweise grünordnerische Konzepte für den Grünzug Westlicher Aasee und die Entwicklung von Grünflächen aus der Grünordnung für den Park Kinderbachtal, den „Grünen Finger“ Gievenbeck und Park Sentmaring erarbeitet und größtenteils bereits umgesetzt.

Da der FNP 2020 nicht mehr den aktuellen Anforderungen der wachsenden Stadt gerecht wird, konkurrieren zunehmend Flächenansprüche bereits heute mit den Zielen der Grünordnung. „Ungeschützte Grünflächen“, die als Wachstumsreserven zur Diskussion stehen, sind dabei v. a. die Flächen, die nicht im öffentlichen Eigentum sind.



Grünsystem Freiraumkonzept Stadt Münster (Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit der Stadt Münster)

Aktuell werden die Anforderungen der Stadtentwicklung mit der Perspektive 2030 insbesondere in der Planungswerkstatt ausgehandelt. Die Planungswerkstatt bereitet größere Projekte vor, wobei trotz des steigenden Drucks auf die Freiflächen vorrangig nach Lösungen in der Innenentwicklung gesucht wird. So werden beispielsweise zwei größere Kasernenstandorte zu neuen Wohngebieten entwickelt.

Eine weitere wichtige Komponente des Konzeptes „Grünordnung“ ist ein aktives Marketing für das Stadtgrün, das die Stadt schon seit längerem aktiv betreibt („Werbung lohnt sich!“). Den Impuls gab der Beitrag im Rahmen der Entente Florale „Eine Stadt blüht auf“ (der damalige Bürgermeister wollte Münster als grüne Stadt bekannter machen). Hieran anknüpfend wirbt die Stadt mit den Slogans „Münster bekennt Farbe“ und „Industrie bekennt Farbe“ für aktive Partnerschaften bei der Gestaltung und Pflege des Stadtgrüns. Erfolgreich könnten so 107 Spielplatzpaten mit Vertrag und zahlreiche weitere Bürgerprojekte entwickelt werden, die auf der Internetseite der Stadt dokumentiert sind.

Ziele

- Sicherung des zusammenhängenden Systems der städtischen Grünzüge und Grünringe
- Entwicklung möglichst großer zusammenhängender Grünflächen
- Sicherstellung der Erreichbarkeit und Vernetzung von Grünflächen
- Ausstattung aller Stadtteile mit qualitativ hochwertigen, bedarfsgerechten Grünflächen

Instrumente und Maßnahmen

Gesamtstädtische / übergeordnete Instrumente

- Grünordnung Münster mit den Leitplänen Grünsystem, Naturraum, Freizeit und Erholung, Spielflächen, Kleingärten und Friedhöfe und dem Maßnahmenplan
- Klimaanpassungskonzept
- Rechtsverbindliche Landschaftspläne (Au-



Park Sentmaring (Stadt Münster)

ßenbereich) mit Festsetzungen zu ökologisch wertvollen Gebieten, zur Aufwertung des Landschaftsbildes sowie zur Optimierung des Biotopverbundes und der Biodiversität

Quartiers- und projektbezogene Instrumente

- Grünrahmenpläne
- Grünordnungsplan zum Bebauungsplan (für große Bebauungspläne)

Kommunikation und Kooperation

- Kampagnen „Münster bekennt Farbe“ und „Industrie bekennt Farbe“

Finanzierung

- Der Grün-Etat beträgt rund 12 Mio. €/Jahr, aus dem i.d.R alle Maßnahmen bedient werden

„Münster setzt auf die Doppelte Innenentwicklung, allerdings sind die Flächenreserven in der inneren Stadt endlich. Es muss auch über eine Außenentwicklung nachgedacht werden, da das weiterhin anhaltende Bevölkerungswachstum in Münster ohne Stadterweiterung auf längere Sicht nicht zu organisieren sein wird.“

Heinrich Bruns, Amtsleiter für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit Münster

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Umsetzung der Grünordnung auf lokaler Ebene

Münster arbeitet nur bei Spielplätzen und Kleingärten mit Richtwerten für die Freiraumversorgung. Ansonsten werden die Erfordernisse der Freiraumentwicklung jeweils aus dem strukturellen und örtlichen Zusammenhang abgeleitet. Auf der Stadtteilebene konkretisieren z. B. Grünrahmenpläne das „Wunschbild“ der Landschafts- und Freiraumentwicklung und formulieren damit die Belange des Stadtgrüns bei verbindlichen Planungen. Ein Beispiel ist der Grünrahmenplan Grünzug Gievenbeck Südwest „Grüner Finger“. Mit ihm konzipiert die Stadtverwaltung die Funktionen und Zuordnungen der Grünflächen. Die Flächensicherung und Vorbereitung der Realisierung erfolgt dann z. B. durch Verankerung in der verbindlichen Bauleitplanung. Flächen mit der Funktion einer ökologischen Ausgleichsfläche werden über die naturschutzrechtliche Eingriffsbewertung bestimmten Eingriffsflächen zugeordnet. Grünflächen mit vorrangiger Erholungs- und Freizeitfunktion werden den Bedarfen aus den festgesetzten Baugebieten zugerechnet. Die Grünrahmenpläne sind somit wichtige vorbereitende Planungen, um beispielsweise eine strategische Liegenschaftspolitik zu betreiben.

Planungskultur

Neben der formal geregelten Zusammenarbeit bei verbindlichen Planungen hat sich in Münster als Format der Arbeitskreis Stadtentwicklung (Planungswerkstatt) bewährt, der die strategischen Planungsprojekte und -ansätze vorbereitet. Ein weiterer Schlüssel für die gute Zusammenarbeit und Planungsabstimmung ist die Einführung von gemeinsamen Startergesprächen für alle größeren Projekte und Planungen (Bebauungspläne, Landschaftspläne, Umgestaltung Bahnhofumfeld). Die Federführung übernimmt die jeweils planende Behörde.

Bauen im Bestand

Etwa 50 % der baulichen Entwicklungen bis 2020 werden voraussichtlich im Bestand realisiert, häufig auf der Grundlage von § 34 BauGB, da für die Münsteraner Innenstadt nur teilweise Bebauungspläne vorliegen und erstellt werden können. Bislang konnte eine verträgliche bauliche Entwicklung in den Bestandsgebieten durch eine fachliche Beratung durch das Grünflächenamt erreicht werden.

Allerdings kann der enorme Entwicklungsdruck mit den vorhandenen Ressourcen kaum mehr ausreichend bewältigt werden. Daher plädiert das Grün-

flächenamt dafür, das Personal zur fachlichen Begleitung von Bauvorhaben aufzustocken, um die verbleibenden Spielräume für die Innenentwicklung aktiv mitgestalten zu können.

Bedeutsam ist auch, dass die vorhandenen Instrumente nur begrenzte Spielräume der Bestandsentwicklung zulassen. Hilfreich wäre aus der Sicht der Stadt die genauere Definition des Begriffs „gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse“ im BauGB (z. B. Erweiterung um Klima und Erholung). Gleichzeitig müsste die Grenze genauer definiert werden, wann eine Aufweitung der öffentlichen Planungsbelange die Aufstellung eines Bebauungsplans rechtfertigt, beispielsweise durch die Einführung eines Veränderungsquotienten: Wenn ein bestimmter Wert erreicht wird, dann muss ein koordinierender Bebauungsplan aufgestellt werden (evtl. gekoppelt mit dem Instrument „Grünflächenfaktor“).



„Grüner Finger“ Gievenbeck (Bernhard Fischer, Presseamt Stadt Münster)

Innovation und Vorbildcharakter

Eine ganze Reihe von Städten haben bereits gesamtstädtische Freiraumkonzepte erarbeitet. Die Besonderheit in Münster ist die Kontinuität der Weiterentwicklung der Grünordnung seit der ersten Fassung im Jahr 1966. Dadurch liegt eine verlässliche und erprobte Grundlage für Politik und Verwaltung vor, wenn es um Entscheidungen über die Entwicklung und Nutzung von Grünraum geht.

Die wichtigen Vorrangräume haben mit der Übernahme in den Flächennutzungsplan für die Planungen der Behörden eine Verbindlichkeit erhalten und die gesamtstädtische Konzeption wird von der Stadt in teilträumliche Konzepte und Planungen verfeinert. Mit jeweils geeigneten Instrumenten werden die Erfordernisse der Freiraumentwicklung aus dem strukturellen und örtlichen Zusammenhang abgeleitet. Gemeinsam mit der Stadtentwicklung und der Liegenschaftsabteilung arbeitet das Grünflächenamt systematisch an der Bereitstellung von Flächen und der Umsetzung von Teilprojekten.

Eine weitere wichtige Säule ist die gut etablierte Planungskultur mit einer vertrauensvollen und engen Zusammenarbeit der Bereiche Grün, Liegenschaften und Stadtentwicklung und eingespielten Formaten der Abstimmung. Zusätzlich zu den formell festgelegten Beteiligungsschritten werden die Formate „Planungswerkstatt“ sowie Startergespräche für die kontinuierliche und transparente Bearbeitung aller größeren Projekte und Pläne genutzt. Mit der Kampagne „Münster bekennt Farbe“ wendet sich die Stadt offensiv auch an die Bürger, um Patenschaften zur Gestaltung und Pflege des Stadtgrüns zu generieren.

Projektchronologie

- | | |
|---------|---|
| 1966 | Aufstellung der Grünordnung Münster mit Fortschreibung in den Jahren 1980, 1996, 2008 |
| 2012 | Letzte Fortschreibung der Grünordnung |
| 12/2015 | Klimaanpassungskonzept |

Akteure

Projekträger Grünordnung und Klimaanpassungskonzept: Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit der Stadt Münster

Partner im Dezernat für Wohnungsversorgung, Immobilien und Nachhaltigkeit: Ämter Immobilienmanagement, Wohnungswesen und Quartiersentwicklung, Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit und die Abfallwirtschaftsbetriebe Münster (AWM).

Weitere wichtige Partner: Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Verkehrsplanung, Tiefbauamt und Bauordnungsamt.

Kontakt

Heinrich Bruns und Reimer Stoldt, Stadt Münster,
Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit
Albersloher Weg 33, 48155 Münster
0251/492 67 00
BrunsH@stadt-muenster.de
StoldtR@stadt-muenster.de

Weiterführende Informationen

http://bit.ly/Muenster_Gruenordnung
http://bit.ly/Muenster_bekannt_Farbe



Nürnberg, Bayern

Master- und Aktionsplan Freiraum

Der Masterplan formuliert das Leitbild „Kompaktes Grünes Nürnberg 2030“ und die Ziele für die Entwicklung der Grünflächen in Nürnberg und seine Kulturlandschaften am Stadtrand. Mit dem Aktionsplan werden prioritäre Projekte benannt und die Umsetzung von ersten Maßnahmen vorbereitet.

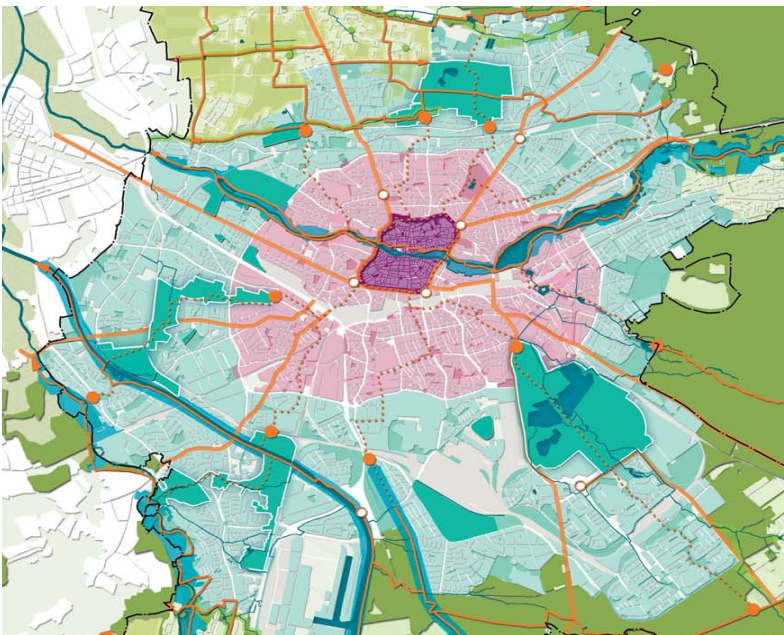
Kontext

Nürnberg gehört mit seinen ca. 529.400* Einwohnern zu den am dichtesten besiedelten Städten Deutschlands und die Entwicklungstendenz ist weiterhin steigend. Als eine typisch europäische Stadt ist Nürnberg sehr kompakt gebaut und größtenteils umschlossen von Wäldern und Kulturlandschaften. Die verschiedenen Stadträume sind sehr unterschiedlich mit Grün ausgestattet. Trotz Wachstum setzt die Stadt auf eine nachhaltige Stadtentwicklung mit der Zielsetzung „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Dies stellt die zukünftige

Freiraumentwicklung vor große Herausforderungen: Wie können Stadtwachstum und die ausreichende Versorgung mit Freiräumen gleichzeitig gesichert und entwickelt werden? Wie können die sozialen Funktionen des Grüns und die der Klimaanpassung verdeutlicht und Nachbesserungen auch in bestehenden verdichteten Stadtgebieten erreicht werden?

Der wirksame Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan aus dem Jahr 2006 ist für die Steuerung der Stadtentwicklung allein nicht mehr ausreichend. Daher verfolgt die Stadt Leitbilder in drei Planungssäulen: Der Masterplan Freiraum, ein Gutachten zum wohnungspolitischen Konzept „Wohnen im Jahr 2015“ und der in Arbeit befindliche Masterplan Gewerbe.

Ziel des Masterplans Freiraum ist die enge Verzahnung von Stadt- und Freiraumentwicklung, die sensibel in bestimmten Bereichen nachverdichtet und gleichzeitig neuen Freiraum schafft bzw. bestehenden qualifiziert. Der Masterplan verfolgt einen integrierten Ansatz und beschränkt sich nicht nur auf das Thema Grünflächen, sondern stellt sich den Herausforderungen der Stadtentwicklung: Erhalt der Biodiversität, Anpassung an den Klimawandel, sozio-demografische Veränderungen, Veränderungen im Mobilitätsverhalten sowie wirtschaftliche Transformationsprozesse. Neben der ausreichenden Versorgung mit attraktiven Freiräumen innerhalb des kompakten Stadtgrundrisses haben deshalb auch die stadtnahen Kulturlandschaften, naturnahen Räume und Gewässer eine besondere Bedeutung für die zukünftige Freiraumentwicklung.



Das gesamtstädtische Freiraumkonzept – strategische Handlungsräume und Leitideen (Masterplan Freiraum, Stadt Nürnberg)

Projektbeschreibung

Der im Jahr 2014 beschlossene Masterplan Freiraum setzt sich aus mehreren Bausteinen zusammen. Das Leitbild „Kompaktes Grünes Nürnberg 2030“ bildet den thematischen Rahmen mit den drei übergeordneten Leitthemen: Unverkennbar Nürnberg, Alltag im Grünen, Nürnberg auf neuen Wegen.

Diese Leitbilder werden räumlich mit dem Gesamtstädtischen Freiraumkonzept konkretisiert. Sechs strategische Stadträume werden genauer betrachtet und hierfür konkrete Leitideen der Freiraumentwicklung sowie wichtige Schlüsselmaßnahmen benannt:

Stadt/Stadteil	Nürnberg	Freiraumtypen	Innerstädtische Freiräume, Natur- und Kulturlandschaft am Stadtrand
Einwohner (Stadt)	529.407*	Projekträger	Stadt Nürnberg, Umweltamt
Entwicklungsdynamik	wachsend	Projektlaufzeit	2012 – 2020 ff
Raumbezug/Quartierstyp	Gesamtstadt	Status	beschlossenes Konzept / erste Maßnahmen in der Umsetzung

* Stand Ende 2016 (Amt für Stadtforschung und Statistik; Nürnberg in Zahlen 2017)

1. Äußere Landschaften – Natur- und Kulturlandschaften sichern, entwickeln und für die Naherholung qualifizieren.
2. Außenstadt – Freiräume aktiv entwickeln
3. Erweiterte Innenstadt – Freiräume qualifizieren & mehrfach nutzen
4. Altstadt – Freiräume profilieren
5. Flusstäler & Kanäle – Erlebbarkeit ermöglichen
6. Magistralen & Freiraumverbindungen – In Wert setzen.

Mit dem Masterplan werden außerdem Strategieansätze vorgeschlagen, wie sensibel in bestimmten Bereichen nachverdichtet und gleichzeitig neue Freiräume geschaffen und bestehende qualifiziert werden können. Der Baulandbeschluss der Stadt Nürnberg (2017) sieht Orientierungswerte für die Schaffung von öffentlichem Grün bei Baurechtsneuschaffung vor: je Einwohner 20 m² Grün im Geschosswohnungsbau und 10 m² im Einfamilienhausgebiet. Für verdichtete Stadtgebiete, in denen die ausreichende Grünflächenversorgung kaum oder nicht realisierbar ist, sieht der Masterplan einen Freiraum-Check vor. Auf dieser Grundlage soll ein geeigneter Ausgleich, z. B. in Form einer optimierten Grünvernetzung, ermittelt werden.

Die Erarbeitung des Masterplans war in einen umfassenden Beteiligungsprozess eingebunden. Die verschiedenen Fachämter und die interessierte Fachöffentlichkeit wurden in Diskussionsveranstaltungen und durch bilaterale Gespräche einbezogen. Mit einem Jugendworkshop konnten auch nichtorganisierte Akteure eingebunden werden.

Im Ergebnis wurde ein Aktionsplan 2020 erarbeitet, der 48 Schlüsselprojekte mit prioritärer Umsetzung vorsieht. Er wurde als fortschreibungsfähiger Plan entwickelt, der zukünftig auch neue Projekte aufnehmen bzw. weiterentwickelt werden kann. Für die Umsetzung des Aktionsplans hat die Stadt zunächst ein Budget von 6,5 Millionen € bis 2020 zur



Erlebbarkeit der Stadtflusses Pegnitz (Stadt Nürnberg, Christine Dierenbach)

Verfügung gestellt. Innerhalb von vier Jahren sollen zentrale und besonders impulsgebende Freiraumprojekte realisiert werden. Ab 2020 sollen weitere Gelder eingesetzt werden. Für die Organisation dieses Prozesses und die Begleitung der weiteren Umsetzung des Masterplans hat die Stadt zwei zusätzliche Stellen - im konzeptionellen Bereich (Umweltamt) und in der Objektplanung (Service öffentlicher Raum, SÖR) - geschaffen. Die Bereiche Umwelt und SÖR arbeiten eng verzahnt bei der Umsetzung des Aktionsplans zusammen.

Ergänzt und weiter konkretisiert wird der Masterplan durch stadtteilbezogene Freiraumkonzepte im Maßstab 1:5.000. Für die Weststadt liegt bereits ein solches Konzept vor (2012). Auf dieser Ebene werden u. a. Themen wie der Versorgungsgrad und notwendige Wegeverbindungen genauer behandelt. Für die strategischen Stadträume „Erweiterte Innenstadt“ und „Altstadt“ wird aktuell ein weiteres Freiraumkonzept auf Stadtteilebene vorbereitet. Für vier weitere Stadtteile liegen integrierte Stadtteilentwicklungskonzepte (INSEKs) vor, die das Thema Freiraum mit behandeln.

Ziele

- Engere Verzahnung von Stadtentwicklung und Freiraumplanung, um trotz Stadtwachstum Freiraumqualitäten zu sichern und neu zu schaffen
- Mehrdimensionale Planung zur Verknüpfung von Erholung und Ökologie mit den Herausforderungen des soziodemografischen Wandels, der Änderungen im Mobilitätsverhalten und der Anpassungen an den Klimawandel
- Einbeziehung der gesamten Stadt als Handlungsraum (z. B. Dächer, Straßenraum, Begleitflächen der Infrastrukturen)



Aktionsplan 2020 (Stadt Nürnberg)

Instrumente und Maßnahmen

Gesamtstädtisches Konzept mit Aktionsplan

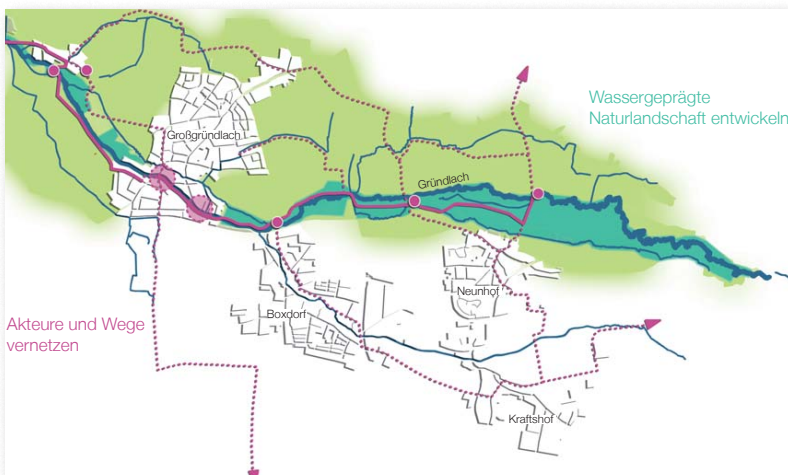
- Rahmensetzendes Konzept „Kompaktes Grünes Nürnberg 2030“ mit räumlicher Konkretisierung
- Aktionsplan 2020 als fortschreibungsfähiger Plan für die Umsetzung von Schlüsselmaßnahmen

Kommunikation und Zusammenarbeit

- Kernteam – regelmäßige Treffen und Informationsaustausch (Stadtplanungsamt, Servicebetrieb öffentlicher Raum, Umweltamt)
- Einzelgespräche sowie Diskussionsveranstaltungen mit Fachämtern
- Diskussionsveranstaltung mit Fachöffentlichkeit
- Jugendworkshop „Free Urban Styler“

Umsetzungsstrategien

- Öffentlichkeitsbeteiligung – Freiraummaßnahmen zum Mitmachen, z. B. Straßenbaumoffensive, Begrünungsmassnahmen auf privaten Hof-, Frei-, Fassaden- und Dachflächen, Agentur: Mehrfach- und Zwischennutzung, Kooperative Konzepte mit der Landwirtschaft
- Programmatische Strategien, z. B. Einführung Freiraum-Check, Grünflächenfaktor, Gestaltungsleitlinien für Gewässer, Integrierte Freiraumkonzepte auf Stadtteilebene
- Beschluss des Master- und Aktionsplans in den Stadtratsausschüssen
- Ausstattung mit Investitionsmitteln 6,5 Millionen € bis 2020 für die Umsetzung
- Schaffung von zwei zusätzlichen Personalstellen für die Koordinierung, Projektplanung und Umsetzung der Maßnahmen aus dem Aktionsplan



Leitbild Auenlandschaft Gründlachtal
(Vertiefender Baustein Wasser zum Gesamtstädtischen Freiraumkonzept, Stadt Nürnberg)

Finanzierung

- ca. 50.000 € für die Erstellung des Masterplans
- ca. 19.000 € für den Baustein Wasser zum Gesamtstädtischen Freiraumkonzept
- ca. 27.500 € Broschüre zum Masterplan
- Für das Jahr 2017 stehen im städtischen Haushalt ca. 90.000 Euro für die Konzeption, Planung und Beteiligung zur Verfügung
- Für die Jahre 2016-2020: 6,5 Millionen € in den Investitionsplan eingestellt, um Maßnahmen aus dem Aktionsplan umzusetzen, (geplant sind insgesamt 25 Mio. € bis 2030)

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Abstimmung der Interessenlagen

Der Masterplan Freiraum wurde im Stadtplanungs- und Umweltausschuss beschlossen und stellt somit verwaltungsintern einen verbindlichen Handlungsleitfaden für die strategische Freiraumplanung dar. Der Masterplan und die stadtteilbezogenen Freiraumkonzepte sind jedoch keine rechtsverbindlichen Instrumente. Daher muss die Stadtplanung bei allen grünrelevanten Planungen davon überzeugt werden, die Ansätze zur Sicherung und Entwicklung städtischer Grün- und Freiräume im Verwaltungshandeln ausreichend zu berücksichtigen und in den verbindlichen Planungen zu verankern. Die Arbeit der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe Masterplan Freiraum und die Diskussionen im Forum Stadtentwicklung der Stadt Nürnberg – unter der Federführung des Bürgermeisteramtes – werden als positiv und auch konstruktiv bewertet, um die Umsetzungen des Masterplans voranzubringen

und Abstimmungen bei unterschiedlichen Interessenlagen zu erzielen.

Spannungsfeld „Bauen ohne Grün“

Mit dem wachsenden Bauentwicklungsdruck auf die Freiflächen und mit zunehmender Intensivierung der Innenentwicklung rückt das problembehaftete Thema „Bauen ohne öffentliches Grün“ näher. Ein Beispiel für ein solches Spannungsfeld von Wachstum und Freiraumqualitätssicherung ist ein Wettbewerb, den ein Investor für die Konversion eines Gewerbegebietes zu einem verdichteten Wohnbaugebiet durchgeführt hat. Sowohl der Preisträger als auch der aus dem städtebaulichen Konzept entwickelte aktuelle Bebauungsplan sehen erstmalig kein öffentliches Grün vor, obwohl Wohnungen für über 300 Menschen neu entstehen sollen.

Das Umweltamt schlägt für dieses Vorhaben, neben der Forderung nach einem kleinen Nachbarschafts-

park mit Spielfläche, beispielhaft die Durchführung des Freiraum-Checks als Ausgleich vor, um dem Thema Grün(-bedarf) und Freiraum in diesem verdichteten Raum gerecht zu werden. Wünschenswert wären zusätzlich grundstücksbezogene Standards, wie sie mit dem Grünflächenfaktor festgelegt und vom Bauherrn flexibel gestaltet werden können. Beim Bauen nach § 34 BauGB und in vereinfachten Verfahren fehlt ansonsten die Handhabe für die Sicherung und Entwicklung von Frei- und Grünqualitäten.

Mit einem Aktionsplan und Investitionen überzeugen

Des Weiteren muss die Überzeugungsarbeit über konkrete Projekte erfolgen. Ein erster großer Erfolg

Innovation und Vorbildcharakter

Der Masterplan steht beispielgebend für die enge Verzahnung von Stadt- und Freiraumentwicklung. Mit Bezugnahme auf die städtischen Herausforderungen werden Lösungsansätze in der Freiraumplanung aufgezeigt. Dabei steht der gesamtstädtische Blick im Vordergrund, es erfolgt aber zusätzlich eine Differenzierung in strategische Handlungsräume mit spezifischen Herausforderungen und Handlungserfordernissen für möglichst passgenaue Leitideen und Schlüsselmaßnahmen.

Wichtig für die Verständigung über die Ziele des Masterplans und die Akzeptanz war die intensive prozessbegleitende Kommunikation, die federführend bei der Freiraumplanung lag. Der Prozess wurde eng mit weiteren Geschäftsbereichen wie dem Wirtschaftsreferat und Baureferat abgeführt. Die Fachöffentlichkeit wurde aktiv beteiligt, konnten in Fachgesprächen mitdiskutieren und ihre Belange einbringen.

Mit dem Aktionsplan bereitet der Masterplan die Umsetzung von ersten Maßnahmen vor. Außerdem werden verschiedene Umsetzungsstrategien dargestellt. Mit der Einstellung von Planungs- und Investitionsmitteln in den kommunalen Haushalt und der Schaffung von zwei Personalstellen für die Umsetzung des Aktionsplans geht die Stadt noch einen wichtigen Schritt weiter zur Aktivierung und Konkretisierung erster Umsetzungsprojekte.

Projektchronologie

- | | |
|-----------|---|
| 2012 | Beschluss zur Entwicklung eines Masterplans Freiraum; Erstellung des stadtteilbezogenen Grün- und Freiraumkonzeptes Weststadt |
| 2012-2014 | Erarbeitung des Leitbildes, des Gesamtstädtischen Freiraumkonzeptes und des Aktionsplans 2020 |
| 2014 | Beschluss Masterplan Freiraum inklusive Aktionsplan 2020; Veröffentlichung |

09/2017

zeichnet sich für die im Aktionsplan vorgesehenen Stadtteilparks (>10 ha) in den großen Siedlungserweiterungsgebieten Nürnbergs ab. Für die Neuplanungen von Stadtteilen ist die planerische Akzeptanz solcher Parks, die im Masterplan mit ihrer multifunktionalen Bedeutung herausgestellt werden, gegeben. Alle neuen Parkanlagen sollen mit einer breiten Öffentlichkeitsbeteiligung geplant werden. Entsprechend positive Erfahrungen dazu liegen bei der Stadt vor. Die Beteiligung an den o. g. Neuschaffungen lässt sich in Bayern über Städtebaufördermittel abbilden. Außerdem hat die Stadt Nürnberg im Jahr 2017 ca. 90.000 € Mittel für Planung und Beteiligung zur Verfügung gestellt.

„Die interdisziplinäre Zusammenarbeit in dem Projekt bot die Möglichkeit, die Wertschätzung grüner Belange in andere Fachrichtungen zu implementieren.“

Andrea Hilker, Umweltamt der Stadt Nürnberg, Umwelt- und Landschaftsplanung

- | | |
|------|--|
| | der Broschüre Masterplan |
| 2015 | Bereitstellung 6,5 Millionen € Investitionsmitteln bis 2020; 1. Sachstandsbericht zum Masterplan im Umweltausschuss |
| 2016 | Besetzung der zwei neu geschaffenen Stellen für die Umsetzung und Fortschreibung des Masterplans

Veröffentlichung von Faltblättern und Broschüren zu Einzelprojekten des Masterplans (z.T. in Vorbereitung) |
| 2017 | 2. Sachstandsbericht in verschiedenen Stadtratsausschüssen |

Akteure

Projekträger: Stadt Nürnberg, Umweltamt

Bbeauftragtes Büro: bgmr Landschaftsarchitekten GmbH (Gutachterbericht und Broschüre)

Begleitende Arbeitsgruppe: Servicebetrieb öffentlicher Raum, Stadtplanungsamt, optional weitere Mitarbeiter aus verschiedenen Dienststellen

Kontakt

Andrea Hilker, Umweltamt der Stadt Nürnberg,
Umwelt- und Landschaftsplanung
09 11/231 2319
Andrea.Hilker@stadt.nuernberg.de

Weiterführende Informationen

Kurzlink zum Masterplan Freiraum:
http://bit.ly/Nuernberg_Master-Aktionsplan

Homepage Umweltamt:
<https://www.nuernberg.de/internet/umweltamt>



Aachen, Nordrhein-Westfalen Suermond-Park

Auf der Basis eines intensiven Beteiligungsprozesses entstand in Aachens Innenstadt ein Grünzug mit vielfältigen Nutzungsangeboten. Zahlreiche Ideen der Anwohner wurden umgesetzt und bürgerschaftliches Engagement in Form des Gemeinschaftsgartens „HirschGrün“ in die Alltagsnutzung des Parks einbezogen.

Kontext

Das aus der Gründerzeit stammende Suermond-Viertel liegt zentral in Aachens Innenstadt. Es ist ein eng bebautes, lebendiges Quartier mit gemischter Bewohnerschaft, das neben einem Freiraumdefizit auch sozialen Handlungsbedarf aufweist. Bis auf den Suermond-Park gab es dort nur wenige private oder öffentliche Grünflächen (weniger als 0,1 m² Grünfläche pro Einwohner). Die vorhandenen Spielangebote waren marode und der Bolzplatz stand

bei Regen unter Wasser. Drogenhandel, -konsum und andere unerwünschte Nutzungen auf kaum einsehbaren Flächen bewirkten, dass die Grünflächen als Angstraum wahrgenommen und von vielen Bewohnern gemieden wurden.

Der notwendige Abriss eines ehemaligen Gewerbegebäudes in der Richardstraße bot die Chance, durch eine Modernisierung und Erweiterung der in die Jahre gekommenen und defizitären Freiräume eine positive Entwicklung im Quartier anzuschließen. Überlegungen für den Bau einer Dreifeld-Sporthalle an dieser Stelle standen jedoch im Vorfeld dem Wunsch nach mehr Grün entgegen.

Ausschlaggebend für die Änderung der Planungsziele waren verschiedene Faktoren. Die genauere Machbarkeitsprüfung ergab, dass für den Bau einer Dreifeld-Sporthalle große Teile der öffentlichen Grünflächen und wertvolle alte Bäume verloren gegangen wären. Außerdem führte der Bau des Einkaufszentrums „Aquis plaza“ am Rand des Suermond-Viertels mit dem Baustellenverkehr, der größtenteils durch das Viertel geführt werden musste, zu einer erheblichen Belastung für die Bewohnerschaft. Bürgerschaftliche Initiativen forderten daher verstärkt mehr Grün im Stadtquartier. Auf Antrag der damaligen schwarz-grünen Koalition beschlossen die Gremien des Stadtrats fraktionsübergreifend schließlich, die bestehenden Freiräume zu erhalten, aufzuwerten und zum neuen ‚Suermond-Park‘ zu verbinden.

Projektbeschreibung

Der intensive Dialog über die zukünftige Entwicklung des Quartiers und die Möglichkeiten der Parkumgestaltung wurde im weiteren Verfahren vertieft und ergänzt durch einen engen Abstimmungsprozess in der Verwaltung und mit der Politik. Mit unterschiedlichen Beteiligungsformaten wurde außerdem die Bewohnerschaft einbezogen. In einer Planungsworkstatt konnten Bürger in Form eines „Gallery



Entwurf Suermond-Park (Stadt Aachen)

Stadt/Stadtteil	Aachen-Mitte	Freiraumtypen	Neuer Quartierspark und Grünzug
Einwohner (Stadt)	245.885	Projekträger	Stadt Aachen
Entwicklungsdynamik	stabil	Projeklaufzeit	2013 bis 2016
Raumbezug/Quartierstyp	Gründerzeitliches Stadtquartier	Status	umgesetzt und in Nutzung

Walk“ Ideen und Wünsche zu den unterschiedlichen Teilräumen einbringen. Diese Methode, in Kombination mit Ortsbegehungen, sprach v. a. Gruppen an, die sich in größeren Runden weniger beteiligen und artikulieren können. Für die frei gewordene Fläche des ehemaligen Gewerbebaus entstand als Bottom-up-Bewegung die Idee, diesen Teilraum für ein Urban-Gardening-Projekt zwischenzunutzen. Um dieses Projekt bildete sich eine feste und größer werdende Gruppe von Bewohnern, die die Fläche gerne auch dauerhaft gärtnerisch bewirtschaften wollte. Es entwickelten sich außerdem pädagogische Angebote, z. B. für die Schulen in der Nachbarschaft.

Der Wunsch nach einer Verstetigung der Nutzung einer Teilfläche der „kostbaren“ und stark nachgefragten, öffentlichen Grünfläche für ein Urban-Gardening-Projekt führte zu intensiven und teils kontrovers geführten Diskussionen in Verwaltung, Politik und mit der Bürgerschaft. Besonders das große Engagement der Initiative sowie die grundsätzliche Offenheit der Verwaltung für das Projekt waren mit dafür ausschlaggebend, dass der Ge-

meinschaftsgarten ‚HirschGrün‘ in die weitere Planung integriert werden konnte und Wege für eine längerfristige Nutzung gefunden wurden.

Heute bildet ein zentral gelegener Weg, für dessen Hauptzugang an der Kreuzung Richard-/Gottfriedstraße ehemalige Verkehrsflächen genutzt wurden, das Rückgrat des Parks. An diesen beleuchteten Weg gliedern sich weitere neue Elemente an, die zu einer Belebung und Reaktivierung der öffentlichen Grünflächen geführt haben. Hierzu zählen attraktive Spiel- und Bewegungsflächen mit Kletter- und Ballspielangeboten sowie ein Spielplatz mit Wasserpumpe. Auch die vormalig schon vorhandene Hundefreilauffläche konnte erfolgreich in den Park eingegliedert werden. Mit intensiver Beteiligung wurde auch der Platz vor dem Berufskolleg mit unterschiedlichen Sitz- und Bewegungsangeboten neu gestaltet. Um diesen Platz optimal an den neuen Park anzubinden und die Querung v. a. für Kinder sicherer zu machen, plant die Stadt nun noch die Verkehrsberuhigung und Umgestaltung des Kreuzungsbereichs.

Ziele

- Verbindung und Aufwertung räumlich getrennter Freiräume zu einem innerstädtischen Quartierspark; Beseitigung von Angsträumen
- Aktivierung einer durch Abriss freigewordener Fläche und angrenzender Verkehrsflächen und Anlage eines multifunktionalen und einladenden Parks „für alle“
- Schaffung und Aufwertung von Aufenthaltsqualitäten und Spiel- und Bewegungsangeboten, Einbindung eines Gemeinschaftsgartens
- Verknüpfung mit dem umliegenden Verkehrs- und Stadtraum, Verkehrsberuhigung des angrenzenden Kreuzungsbereichs



Links: Der neue Zugang zum Park, ehemals ein Parkplatz



Oben: Umgestaltete Grün- und Spielanlage an der Richardstraße (Stadt Aachen)
Unten: Der Gemeinschaftsgarten „Hirsch Grün“ (Stadt Aachen)

Instrumente und Maßnahmen

Planungsrecht

- Änderung eines rechtskräftigen Bebauungsplans und Festsetzung als öffentliche Grünfläche
- Beprobung und Bodenaustausch auf der Gewerbefläche, um die Nutzung als öffentliche Grünfläche zu ermöglichen
- Umwidmung einer als Parkplatz genutzten Teilfläche, um einen zentralen Zugang zum neuen Suermond-Park schaffen zu können

Kommunikation und Beteiligung

- Abstimmung in der Verwaltung: Abstimmungsrunden zu verschiedenen Sachthemen
- Beteiligung der Öffentlichkeit: Park-Werkstatt („Gallery Walk“), Ortsbegehungen, Planungs-

spaziergänge, Einzelgespräche mit Gruppen, Web-Site, Presse, Facebook, Aushänge, Postwurfsendungen, Ausstellung

- Politik: interfraktionelle Gespräche, Vorlagen in Ausschüssen

Public-private-Partnership Gemeinschaftsgarten

- Herstellung eines Strom- und Wasseranschlusses an der Richardstraße
- Abschluss eines Pachtvertrages zwischen dem Immobilienmanagement und dem gemeinnützigen Verein „Urbane Gemeinschaftsgärten Aachen e.V.“, der die Rechte und Pflichten des Vereins in der öffentlichen Parkanlage regelt

Finanzierung

- Baukosten Park: ca. 720.000 €. Die Planung erfolgte vollständig als städtische Eigenleistung
- Umgestaltung Straßenraum: Geschätzte Baukosten: bis 510.000 €

„Die Aufgabe war, aus einem Sammelsurium vernachlässigter Freiräume das ‚Grüne Herz‘ des Quartiers zu machen. Und Dank der Beiträge vieler Menschen schlägt es heute recht kräftig.“

Dr. Christoph Ruckert, Stadt Aachen Umweltvorsorge- und Grünplanung

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Ermöglichung des Gemeinschaftsgartens

Die Ermöglichung des aus der Zwischennutzung als Urban-Gardening-Projekt hervorgegangenen Gemeinschaftsgartens war eine Herausforderung. Die größten Vorbehalte bestanden darin, dass das Projekt zu einer Ausgrenzung von Gruppen und der öffentlichen Nutzung führen könnte und eine Verwahrlosung eintritt. Als wirksames Instrument für die Umsetzung hat sich der Abschluss eines Pachtvertrages erwiesen. Auch die Organisation der Gruppe als gemeinnütziger Verein schafft eine Absicherung und stärkt das Vertrauen. Der Verein übernimmt eine

Pacht, er erhält Zugang zu Strom und Wasser und kann die Flächen für gärtnerische Zwecke nutzen. Allerdings müssen die vom Verein bewirtschafteten Flächen für die Allgemeinheit zugänglich bleiben. Der Verein übernimmt den Winterdienst (ohne den Hauptweg, der nicht zum Vereinsgelände gehört) und muss auf einen gefahrlosen Zustand der Einrichtungen auf dem Vereinsgelände achten.

Konfliktfeld Lärm

Die Intensivierung und Belebung der Freiflächenutzung führt in der engen Gemengelage gelegentlich zu Lärmbelästigung der Wohnnachbarschaft. Die bisherigen Erfahrungen zeigen allerdings auch, dass die große soziale Akzeptanz und Integrationswirkung der Grünfläche förderlich ist, wenn eine Moderation notwendig wird und für Verständnis geworben werden muss. Außerdem hat die Stadt bereits eine zeitliche Beschränkung der Bolzplatznutzung mit Einhaltung der Nachtruhe vorgesehen, da Wohnbebauung unmittelbar angrenzt.

Einbeziehung angrenzender Verkehrsräume

Ein längerer Prozess und höherer Aufwand ist die Einbeziehung der angrenzenden Verkehrsräume in die Freiraumnutzung. Für die barrierearme Gestaltung und gefahrlose Querung soll in einem weiteren Schritt der angrenzende Straßenraum umgestaltet werden. Dieses Vorhaben war bereits von Beginn an Teil des Gesamtkonzepts. Die Umsetzung wurde als Fördermaßnahme in das Innenstadtkonzept Aachen 2022 mit aufgenommen.



Aufruf zum Mitmachen im Gemeinschaftsgarten (bgmr Landschaftsarchitekten)

Innovation und Vorbildcharakter

Das Projekt zeigt, wie in einem stark verdichteten Innenstadtquartier ein urbaner Freiraum gesichert und weiterentwickelt werden kann. Aus dem maroden Park und den versiegelten Flächen konnten durch einen intensiven Beteiligungsprozess ein Grünzug in Aachens Innenstadt mit vielfältigen Nutzungsangeboten geschaffen und Ideen der Anwohner umgesetzt werden.

Mit dem Gemeinschaftsgarten „HirschGrün“ konnte bürgerschaftliches Engagement in die Alltagsnutzung des Parks einbezogen werden. Der Verein übernimmt die Verantwortung für diesen Gartenteil, sorgt im positiven Sinne für Belebung und soziale Kontrolle und trägt mit pädagogischen Angeboten zum Gärtnern und zur Umweltbildung zu einem besonders vielfältigen Nutzungsangebot bei.

Auch die Gestaltung des Parks mit intensivem Spiel- und Bewegungsangebot und die Öffnung ehemals versteckter und kaum einsehbarer Räume sorgen mit dafür, dass aus einem Angstraum ein belebter und positiv besetzter Grünraum geworden ist. Nicht zuletzt ist der erweiterte Park, der teilweise auf ehemals gewerblich und als Parkplatz genutzten Flächen entstanden ist, ein wichtiger Entsiegelungsbeitrag im Viertel.

Insgesamt kann das Projekt in Bezug auf die soziale Aufwertung und die mehrdimensionale Gestaltung kostbarer innerstädtischer Grünflächen als beispielhaft angesehen werden. Der Suermondtpark wird von der Allgemeinheit und den Medien positiv aufgenommen. Bewohner übernehmen Verantwortung für den Park und die Stadt ist bereit, weitere Patenschaften zuzulassen.

Projektchronologie

01/2013	Ratsantrag zur Planung und Umsetzung des Suermondtparks
05/2013	Planungsbeschlüsse der Bezirksvertretung und Fachausschüsse. Projektbeginn „Gemeinschaftsgarten“
09/2013	Öffentliche „Park-Werkstatt“ und „Planungsspaziergang“ mit Kindern
2013 - 14	Entwurfsplanung, verwaltungsinterne Abstimmung und interfraktionelles Gespräch, Vorstellung des Entwurfs in der Öffentlichkeit
11/2014	Bezirksvertretung und Fachausschüsse beschließen die Realisierung des Suermondtparks
2015	Ausführungsplanung, Ausschreibung und Vergabe an eine Firma für Garten- und Landschaftsbau
09/2017	



Bienenwirtschaft im Grünzug (Stadt Aachen)

- 01-03/2016 Bau und Fertigstellung des Suermondtparks
- 15.06.2016 Eröffnung des neuen Suermondtparks
- ab 2016 Weitergehende Planung für den umgebenden Verkehrsraum

Akteure

Projektträger: Stadt Aachen in Federführung des Fachbereichs Umwelt, Abteilung für Umweltvorsorge- und Grünplanung

Beteiligte Fachbereiche und Geschäftsbereiche: Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen mit den Verwaltungsressorts Vorbereitende und Verbindliche Bauleitplanung, Verkehrsmanagement, Straßenplanung, Stadterneuerung, Denkmalpflege, Geschäftsbereich Grünflächen und Friedhofswesen des Stadtbetriebs, Fachbereiche Immobilienmanagement sowie Kinder, Jugend und Schule

Zivilgesellschaftliche Akteure und Institutionen: Paul-Julius-Reuter-Berufskolleg, Grundschule Beeckstraße, Zentrum für Familien / Jugendtreff Martin-Luther-Haus, Kita St. Adalbert, Bischöfliche Marienschule, Suchthilfe Aachen, Urbane Gemeinschaftsgärten Aachen e.V., Anwohnerschaft und private Eigentümer

Kontakt

Dr. Christoph Ruckert
Umweltvorsorge- und Grünplanung
Stadt Aachen Fachbereich Umwelt
Reumontstr.1 52064 Aachen
0241/432 3621
Christoph.Ruckert@mail.aachen.de

Weiterführende Informationen
www.aachen.de/suermondtpark



Bad Wildungen, Hessen

Begegnungszone zwischen Altstadt und Kurbereich

Durch den Umbau eines ehemals stark befahrenen Verkehrsknotens zur „Begegnungszone“ konnten neue Aufenthaltsqualitäten im urbanen Freiraum der Innenstadt von Bad Wildungen geschaffen werden. Der Kfz-Verkehr dominiert heute nicht mehr den Übergang zwischen Altstadt und Kurbereich.

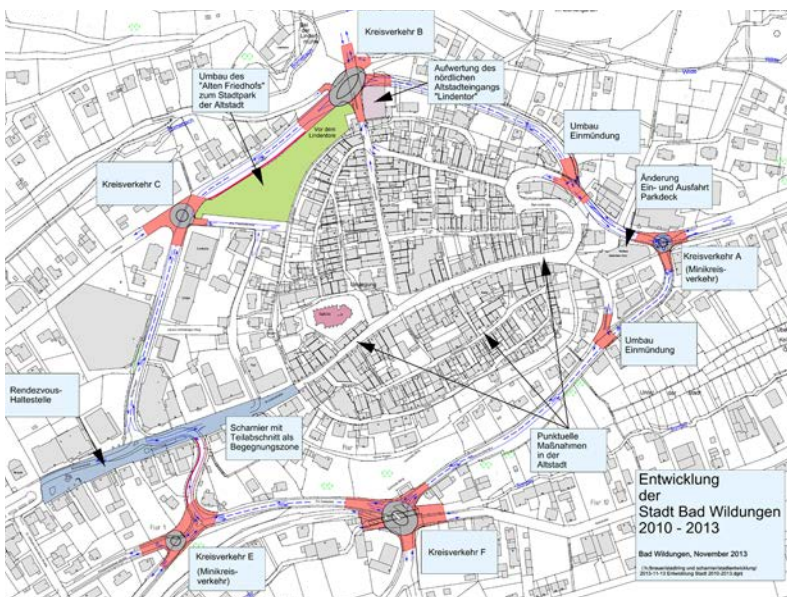
Kontext

Die Kurstadt Bad Wildungen mit mittelzentraler Funktion besuchen ca. 3.500 Gäste pro Tag. Die Kurkliniken und der Gesundheitstourismus prägen die Stadt in ihrer Gestalt und ihrer Wirtschaftskraft. Aktuell hat die Stadt ca. 1,5 Millionen Übernachtungsgäste/Jahr, einschließlich der Kurgäste.

Die mittelalterliche, verwinkelte und in jüngerer Zeit sanierte Altstadt (Sanierungsgebiet von 1984-2015) und der großzügige, „mondäne“ Kurbereich mit der repräsentativen Brunnenallee waren räumlich lange Zeit durch Verkehrsbarrieren getrennt. Insbesondere durch den 1,7 km langen Stadtring, der die Altstadt umgibt. Bis zum Umbau war der Stadtring eine zweispurige Einbahnstraße mit wenigen Querungsmöglichkeiten.

2008 wurden ca. 14.000 Kfz/Tag gezählt – im Schwerpunkt Durchgangsverkehr bzw. Umwegverkehr durch die Einbahnstraßenregelung. Bis zur Realisierung einer Umgehungsstraße Anfang der 1980er Jahre verlief der überörtliche Durchgangsverkehr auf der damaligen Bundesstraße sogar direkt durch die Altstadt.

Neben der starken Verkehrsbelastung auf dem Innenstadtring und dem gestalterischen Bruch zwischen Altstadt und Kurbereich waren weitere Defizite in diesem Bereich zu verzeichnen, z. B. geringe Aufenthaltsqualitäten in den Freiräumen, dauerhafte Leerstände im Einzelhandel, geringer Wohnanteil sowie keine barrierefreien Fußwegeverbindungen und keine klare Wegeführung für Radfahrer.



Übersicht Umbaumaßnahmen 2010-2013 (Stadt Bad Wildungen)

Projektbeschreibung

Auf Grundlage von Vorplanungen seit 2006 wurden von 2011 bis 2014 der Stadtring um die Altstadt sowie das 300 Meter lange sogenannte „Scharnier“ (Kurschattenbrunnen bis Postplatz) als Verbindung zwischen Altstadt und Kurbereich umgestaltet. Ein Teil des innerstädtischen Straßenraums wurde zu einer „Begegnungszone“ im Sinne des „shared space“-Ansatzes umgestaltet. Der ehemalige Verkehrsknotenpunkt hat durch den Umbau des Stadtrings und die Neugestaltung der Verkehrsführung seine Barrierewirkung verloren. Der Stadtring ist durch den Umbau (Zweirichtungsverkehr und Kreisverkehre) optimiert für Fußgänger, Radler, ÖPNV und

Kfz-Verkehr. Der fließende und ruhende Verkehr spielt heute nur noch eine untergeordnete Rolle (Ziel- und Quellverkehr mit ca. 3.500 Kfz/Tag).

Flächen, die bis zum Umbau ausschließlich dem Kfz-Verkehr zur Verfügung standen, werden nun multifunktional als Verkehrsfläche und Freiraum mit Erlebnis- und Aufenthaltsqualitäten zugleich genutzt. Entstanden ist ein „Blaues Band“ mit Aufenthaltsräumen, Wasserspiel, Möblierung und Kinderspielgeräten. Auch eine Rendezvous-Haltestelle in besonderer gestalterischer Qualität wurde realisiert, an der sich die Stadtbuslinien treffen.

Stadt/Stadteil	Innenstadt	Freiraumtypen	Verkehrsflächen, Stadtplatz, Grünfläche
Einwohner (Stadt)	16.777	Projektträger	Stadtbauamt
Entwicklungsdynamik	wachsend	Projektlaufzeit	2006-2014 (Baumaßnahme 2011-2014)
Raumbezug/Quartierstyp	Übergang zwischen Altstadt und Kurbereich	Status	In Nutzung



Schematische Darstellung des Scharniers zwischen Altstadt und Kurbezirk (AKP, Kassel)

Eine Besonderheit ist ein verkehrsberuhigter Bereich in einer Einbahnstraße, die sogenannte „Begegnungszone“ nach Schweizer Vorbild. Hier nehmen der fließende und ruhende Verkehr auf der gesamten Länge (ca. 200 m) nur eine untergeordnete Rolle ein. Im einseitig als Allee gestalteten Verkehrsraum dominieren Freiraum- und Aufenthaltsfunktionen. Da die Straßenverkehrsordnung die Ausweisung einer „Begegnungszone“ momentan nicht zulässt, wurde ein Tempo 20-Schild aufgestellt. Das Land Hessen hat eine wissenschaftliche Begleitung der Erfahrungen mit der Begegnungszone gefördert. Die Ergebnisse einer Vorher-Nachher-Betrachtung liefern Daten hinsichtlich der künftigen Umsetzbarkeit von Begegnungszonen in weiteren Städten. Die praktischen Erfahrungen zeigen, dass die gleichberechtigte Nutzung durch die unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer weitgehend konfliktfrei funktioniert.

Durch das sog. „Scharnier“ sind die Altstadt- und der Kurbereich nun durchgängig erlebbar. Beide Stadtquartiere, deren Angebote sich ergänzen, profitieren von der Verknüpfung durch die räumliche und deutlich wahrnehmbare lineare Struktur und werden als eine (Innen-)Stadt wahrgenommen. Einwohner, Stadtgäste und Kunden können das umfassende Angebot der Innenstadt nun ungehindert erreichen. Hierdurch werden der innerstädtische Einzelhandel und die Gastronomie gestärkt. Die neugeschaffene, durchgängige Einkaufs- und Flaniermeile wird als „Brunnenmeile“ bezeichnet und gemeinschaftlich vermarktet.

Verantwortlich für Unterhalt und Betrieb der Freiräume sind die Stadt Wildungen und private Eigen-

tümer auf privaten Grundstückflächen. Das Marketing für die „Brunnenmeile“, einschließlich der Durchführung von Veranstaltungen, wird vom Gewerbeverein in Zusammenarbeit mit der städtischen Marketingabteilung durchgeführt.

Die Nachfrage nach leerstehenden Gewerbeflächen hat sich positiv verändert, auch wenn es nach wie vor Leerstände und Fluktuationen im Bestand gibt. Manche Einzelhändler aus der Altstadt verlagern ihren Standort in den umgestalteten Bereich.



Neue Aufenthaltsqualitäten im Straßenraum (Stadt Bad Wildungen)

Eine Befragung von Gewerbetreibenden im Juli 2014 hat ergeben, dass sich aus ihrer Sicht die Situation durch den Umbau deutlich verbessert (21 %) bzw. verbessert (64 %) hat.

Mit privaten Grundeigentümern wurde eine öffentliche Nutzbarkeit von Wegeflächen für 25 Jahre vertraglich vereinbart. Manche Eigentümer haben in ihre Immobilien investiert.

Ziele

- Grundlegende Verbesserung der verkehrlichen und städtebaulichen Strukturen im Stadtzentrum
- Städtebauliche Verknüpfung von Altstadt und Kurbereich (Stadtentwicklungsachse stärken)
- Verkehrsführung auf dem Stadtring ändern (Aufhebung Einbahnstraße) und Minimierung des Durchgangsverkehrs in der Innenstadt
- Schaffung einer „Begegnungszone“
- Nutzungskonkurrenzen und Nutzungskonflikte lösen
- Komfort des Fußverkehrs nachhaltig verbessern / Aufenthaltsqualitäten erhöhen
- Barrierefreiheit herstellen
- Radverkehr verbessern
- Einzelhandel stärken durch Qualifizierung der Brunnenstraße / Brunnenallee

Instrumente und Maßnahmen

Konzepte und Pläne

- Integriertes Handlungskonzept
- Einzelhandelsgutachten 2008 / Fortschreibung 2013
- Verkehrsuntersuchung Stadtringumbau
- Städtebaulicher Wettbewerb für den Stadtringumbau und das Scharnier 2010
- Gutachten (z. B. Verkehrsmodelle)
- Städtebaulicher Wettbewerb

Beteiligung und Aktivierung

- Beteiligungsprozesse und Vorstellung von Planungsvarianten
- Platzgestaltung auf Initiative der Bürgerschaft
- Beteiligung der Bevölkerung an Grünarbeiten
- Postwurfsendungen und Flyer mit Projektinformationen
- Einzelgespräche des Bauamtes mit

Grundeigentümern und Gewerbetreibenden

- Sprechstunden auf der Baustelle
- Workshops und Wettbewerbe zu Einzelobjekten
- Werbung/Vermarktung als „Brunnenmeile“

Finanzierung

- Gesamtvolumen 6,6 Millionen €: 3,8 Millionen € (Scharnier) und 2,8 Millionen € (Stadtringumbau)
- Kommunale Eigenmittel: ca. 25 – 33 % des Gesamtvolumens
- Ko-Finanzierung durch Verkehrsinfrastrukturförderung
- Aktive Kernbereiche Hessen seit 2008
- Landesinitiative „Ab in die Mitte! Die Innenstadt-Offensive Hessen“ 2012 und 2014: Finanzierung der Veranstaltungen und Events rund um die Baustelle

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Das Mittelzentrum Bad Wildungen konnte die anspruchsvolle Umgestaltung nur durch umfangreiche Fördermittel des Bundes und Landes realisieren. In diesem Zusammenhang wird eine Überbürokratisierung bei der Vergabe von Fördermitteln bemängelt, z. B. Berichtspflichten und tlw. widersprüchliche Auflagen unterschiedlicher Programme. Der hohe

sind. Dabei wurde deutlich, dass die Verkehrsfunktion als Hauptstraße und Vorfahrtsstraße erhalten bleiben muss. Verkehrsberuhigte Bereiche gehören straßenverkehrsrechtlich zu Wohnstraßen und sind daher nicht förderfähig. Ebenso gibt es für „Begegnungszonen“ nach Schweizer Vorbild kein Verkehrsschild in Deutschland. Die Beschilderung war daher strittig. Realisiert wurde eine „Tempo 20“ und eine Radweg-Beschilderung.



Rendezvous-Haltestelle (Stadt Bad Wildungen, Klaus Heubusch)

Aus Sicht der Qualifizierung urbaner Freiräume besteht Handlungsbedarf, die „Begegnungszone“ rechtlich abzusichern bzw. offiziell einzuführen und Förderbedingungen entsprechend anzupassen. Auch die Förderprogramme für Verkehrsmaßnahmen sollten an die Ziele der Verkehrsreduzierung bzw. Rückdrängung des Kfz-Verkehrs angepasst werden.

Aufwand für die Kommunen ist tlw. nur durch externe Dienstleister abzuwickeln. Gewünscht werden eine Vereinfachung der Abwicklung von Förderprogrammen sowie mehr Spielräume für kreative und flexible Lösungen.

In der Nutzung nach dem Umbau stellten sich weitere Herausforderungen wie die Organisation des ruhenden Verkehrs und des Lieferverkehrs. Die Verlagerung und die dezente gestalterische Markierung von Parkplätzen waren während der Planungsphase und auch in der Nutzung bei den Gewerbetreibenden nicht unumstritten, obwohl die Anzahl der Parkplätze durch den Umbau nicht reduziert wurde. Aufgrund des Bedarfs wurde vor Kurzem eine Haltemöglichkeit für Lieferverkehre im Bereich der Begegnungszone geschaffen.

Besondere Herausforderungen lagen in der Finanzierung / Förderung von Verkehrsmaßnahmen und dem Modellvorhaben „Begegnungszone“. So musste geklärt werden, ob ein Rückbau oder eine Verkehrsberuhigung von Hauptstraßen förderfähig

Hieran wird deutlich, dass neue Verkehrsraumgestaltungen auch neue bzw. angepasste Strategien für die Nutzung brauchen. Hierzu zählen Verkehrserziehung, Aufklärung und Überzeugungsarbeit, aber auch die restriktive Regulierung von Fehlnutzungen.

Bei der Umgestaltung wurde großer Wert auf die Barrierefreiheit gelegt, z. B. stufenloser Zugang zu Geschäften, kontrastierende Gliederung von Gehwegbereichen, Rinne statt Bordstein sowie differenzierte Bordhöhe bei Haltestellen. Hierbei ist zu beachten, dass es Gestaltungen gibt, die für Blinde zwar gut geeignet sind, für Rollstuhlfahrer und Rollatoren allerdings ein Hindernis darstellen.

Eine weitere Herausforderung war die einheitliche Gestaltung der Freiräume bzw. die Abstimmung mit den Eigentümern. Da die Vorzonen der Häuser im Bereich der Begegnungszone teilweise im Privatbesitz sind, war die Zustimmung der Grundeigentümer zur durchgehend einheitlichen Umgestaltung und einer öffentlichen Nutzung in Form eines Wegerechts für 25 Jahre erforderlich. Dies ist aus unterschiedlichen Gründen nicht überall gelungen und führt tlw. zu gestalterischen Brüchen, z. B. bezüglich Bodenbelägen, Rampen und Treppen oder Abgrenzungen und Pflanzungen.

Bei komplexen Umbaumaßnahmen ist es nicht einfach, die geplanten Veränderungen zu vermitteln.

Innovation und Vorbildcharakter

Der Umbau eines ehemals stark befahrenen, innenstädtischen Verkehrsknotens zur „Begegnungszone“ zeigt, dass eine Entschärfung von Verkehrskonflikten und Nutzungskonkurrenzen durch gestalterische und verkehrsplanerische Maßnahmen möglich ist. Bad Wildungen ist ein gutes Beispiel dafür, wie durch multifunktionale Nutzung von Verkehrsflächen neue Freiräume und Aufenthaltsqualitäten geschaffen werden können.

Projektchronologie

2006	Beginn der Vorplanungen für einen Stadtringumbau
2008	Aufnahme in das Programm Aktive Kernbereiche in Hessen
2010	Förderantrag „Stadtringumbau“ bewilligt Städtebaulicher Wettbewerb für das „Scharnier“
2011	Start der Begleituntersuchung zum Modellprojekt (2011-2014) Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Umsetzung Baubeginn
2012	Baustellenmanagement „Das Scharnier verbindet ...!“ („Ab in die Mitte!“ Aktion)
2013	Ende des Jahres Abschluss der Bauarbeiten
2014	Offizielle Einweihung und Veranstaltungswoche „Brunnenmeile – Das Rendezvous“ („Ab in die Mitte!“ Aktion)

09/2017

Pläne kann nicht jeder Laie lesen. Die Kommunikation und Vermittlung von Planungen und Maßnahmen ist jedoch von großer Bedeutung für die Akzeptanz von Freiraumentwicklungen. Daher muss auf die „Übersetzung“ von Fachplanungen sowie die verständliche Darstellung und Visualisierung geachtet werden.

Von großem Vorteil bei der Abstimmung und Klärung von Problemen waren die kurzen Wege innerhalb der Verwaltung und auch innerhalb der Stadt. Auch während der Bauphase konnten viele Details kurzfristig und informell gelöst werden. Dies lag zum Teil an den Bauleitern vor Ort, die intensiv kommuniziert haben und ansprechbar waren, aber auch an den verantwortlichen Verwaltungsmitarbeitern, der Baustellen-PR und dem Verhalten einzelner Händler. Dieses Beispiel zeigt, dass Kommunikation nicht nur über spezielle Strukturen funktioniert, sondern auch informell, wenn die Akteure in gutem und offenem Kontakt sind.

„In einer kleinen Stadt läuft die Abstimmung häufig schnell und unkompliziert - zwei Telefonate und wir sitzen zusammen.“

Robert Hilligus, Stadtbauamt

Akteure

Projekträger: Stadt Bad Wildungen / Stadtbauamt

Ordnungsamt, Stadtmarketing, Kommunale Arbeitsgemeinschaft Mittleres Edertal, Land Hessen (Fördermittelgeber)

Altstadtverein e.V., Gewerbeverein AWWiN!, einzelne Gewerbetreibende, Schulen, Kirchen, einzelne Bürger

Planungsbüros

Begleitforschung „Begegnungszone“ durch IKS

Kontakt

Stadtbauamt Bad Wildungen
Robert Hilligus
Am Markt 1, 34537 Bad Wildungen
05621/701-411
robert.hilligus@bad-wildungen.de

Weiterführende Informationen

Kurzlink Begegnungszone Bad Wildungen:
<http://bit.ly/2xri0ZZ>



Bamberg, Bayern

Urbaner Gartenbau

Die Sicherung und Qualifizierung von Flächen für den urbanen Gartenbau im Welterbe Bamberg erfordert besondere Anstrengungen und neue Wege. Die Gärtnerstadt mit ihren besonderen Freiraumqualitäten ist heute sowohl für die Einwohner als auch für Touristen wieder ein attraktives Ziel.

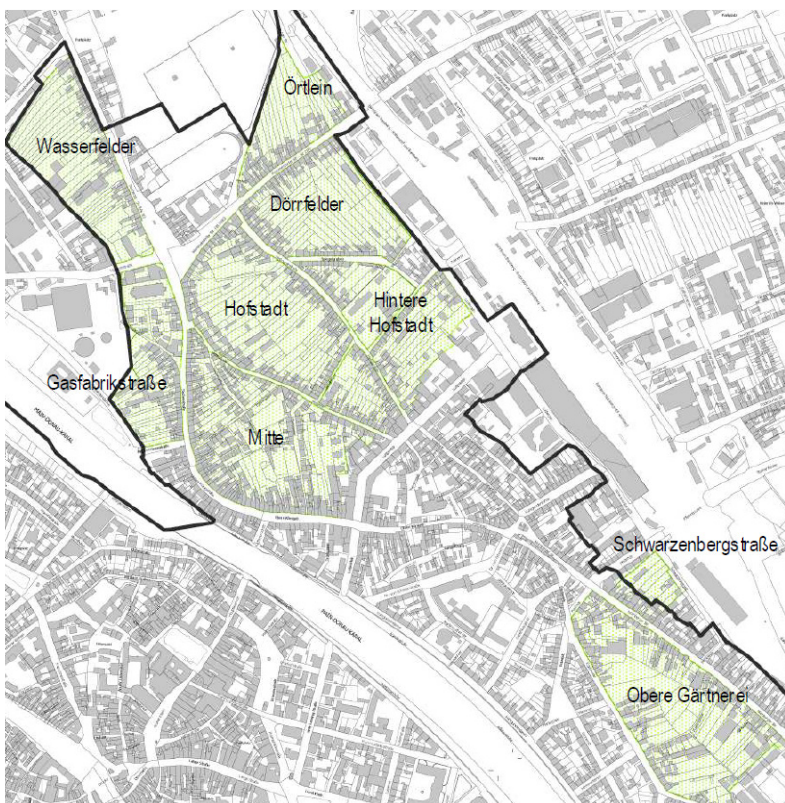
Kontext

Seit 1993 ist Bamberg als Flächendenkmal Bestandteil der UNESCO-Welterbeliste. Die Bamberger Altstadt besteht aus drei Siedlungsbereichen: Die „Bergstadt“ war im Mittelalter die kirchliche Stadt, die „Inselstadt“ die Bürgerstadt und die „Gärtnerstadt“ dient bis heute der Versorgung mit ihren typischen großen bewirtschafteten Hausgärten. Die gärtnerisch genutzten, landwirtschaftlichen Flächen sind ein wichtiges Kriterium für den Welterbe-Status und prägen zudem das Bild der grünen Stadt. Um 2010 galt die Gärtnerstadt jedoch als touristisch noch nicht erschlossen und wurde von Besuchern kaum als Teil des Welterbes bzw. Stadtdenkmals wahrgenommen.

Bei den innerstädtischen Gärtnerfluren (Gärtnerflächen) der Oberen und Unteren Gärtnerei handelt es sich um kleinteilige schmale Parzellen, die stadthistorisch seit dem 14. Jahrhundert eine überragende Bedeutung haben und bis heute das Bild und die Kultur der Innenstadt mit prägen. Für den Arten- oder Biotopschutz bzw. die Freiraumversorgung spielen die Gärtnerflächen heute zwar nur eine nachgeordnete Rolle, sie leisten jedoch einen wichtigen Beitrag für die „Durchgrünung“ und das Kleinklima der historisch eher steinern geprägten Kernstadt. Durch die Randbebauung und Feldsteinmauern zwischen den Grundstücken entsteht ein besonderes Mikroklima, das für die Anzucht und den Anbau von Obst, Gemüse und Blumen besonders geeignet ist.

Noch heute werden insbesondere größere Flächen erwerbsgärtnerisch genutzt. Ein Großteil der noch aktiven Gärtner vermarktet seine Produkte direkt an den Endverbraucher - über Märkte, Hofverkaufsstellen oder eigene Ladengeschäfte. Darüber hinaus liefern die Gärtner ihre Produkte an den kleinstrukturierten Einzelhandel, vereinzelt an die Gastronomie oder an Großküchen. Allerdings ist wegen der kleinteiligen Parzellierung und der eingeschränkten Zugänglichkeit der Grundstücke nur durch die straßenseitigen Vorderhäuser keine Bewirtschaftung mit großen Maschinen möglich. Zusätzlich führen Umstrukturierungen im Erwerbsgartenbau dazu, dass große Teile der ursprünglichen Gärtnerflächen an Bedeutung verlieren, brachfallen oder nur noch als Haus- oder Ziergärten genutzt werden. Hinzu kommen Veränderungen in den Familienbetrieben, z. B. Überalterung und keine Nachfolger, mit der Folge weiterer Betriebsaufgaben.

Daher sind die innerstädtischen Gärtnerflächen heute wirtschaftlich vergleichsweise eher unbedeutend und die Zahl der Erwerbsgärtner seit Jahren rückläufig. Allein zwischen 2000 und 2010 ist der Anteil der bewirtschafteten Gärtnerflächen um die Hälfte zurückgegangen. Zudem ist durch die knappe Flä-



Die Bamberger Gartenstadt (Stadt Bamberg)

Stadt/Stadteil	Bamberg Gärtnerstadt	Freiraumtypen	Gartenbau-Flächen / Urbane Landwirtschaft
Einwohner (Stadt)	73.331	Projekträger	Zentrum Welterbe Bamberg
Entwicklungsdynamik	Überdurchschnittlich wachsend	Projektlaufzeit	2009-2013 (Modellprojekt)
Raumbezug/Quartierstyp	Altstadt	Status	Laufend

chenverfügbarkeit in der Stadt der Druck, die Gärtnerflächen für andere Nutzungen wie Wohnen oder verträgliches Gewerbe bereitzustellen, sehr hoch.

Projektbeschreibung

Grundlage für den Prozess zur Zukunft der Gärtnerstadt war die 2009 abgeschlossene Studie „Die Landesgartenschau Bamberg 2012 als Chance zur Entwicklung der Gärtnerstadt“. In der Folge konnte das Modellprojekt „Urbaner Gartenbau“ im Investitionsprogramm Nationale UNESCO-Welterbestätten (INUW) erfolgreich beantragt und von 2009 bis 2013 durchgeführt werden.

Der Förderantrag wurde von zahlreichen Projektpartnern gemeinsam gestellt. Die frühzeitige Einbindung unterschiedlicher Akteure sollte dafür sorgen, dass sowohl die Belange der Stadtplanung als auch des Denkmalschutzes, des Tourismus und des Erwerbsgartenbaus entsprechend berücksichtigt werden.

Das Modellprojekt „Urbaner Gartenbau – Strukturierungs- und Vermarktungskonzept für den seit dem Mittelalter bestehenden Gartenbau in der Altstadt von Bamberg“ verfolgte drei Schwerpunkte:

1. Vermarktung: Gründung der Interessengemeinschaft Bamberger Gärtner als Zusammenschluss von 19 Gärtnerfamilien / Bildung und Bewerbung der Marke „Gutes aus der Gärtnerstadt“ / Tag der offenen Gärtnereien / Einkaufsführer Gärtnerstadt / Premiumprodukt Bamberger Rauch-Knoblauch.

2. Didaktische Vermittlung: Neues Konzept für das Gärtner- und Häckermuseum mit Neugestaltung des Vorplatzes / Schaffung eines Rundweges mit Aussichtsplattform durch die Gärtnerstadt.

3. Flächennutzung: Neue Bewirtschaftungsformen wie z. B. die Einrichtung des Bamberger Sortengartens und die Gründung der Süßholz-Gesellschaft.

Ein Ziel des Projekts war, die Gärtnerbetriebe und -flächen als prägende stadtstrukturelle Elemente zu

Ziele

- Landesgartenschau als Katalysator für das Thema „Urbaner Gartenbau“ nutzen
- Erhaltung und Weiterentwicklung der innerstädtischen Gärtnerstadt (Gärtnerbetriebe und Anbauflächen) im Welterbe als prägendes stadtstrukturelles Element durch touristische und wirtschaftliche Aufwertung
- Verbindung der Aspekte Stadtplanung, Denkmalschutz, Tourismus und Erwerbsgartenbau
- Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung für die Gärtnerstadt
- Aufwertung und touristische Erschließung der Gärtnerstadt



Bewirtschafteter Hausgarten des Gärtner- und Häckermuseums (Hubertus Habel)

erhalten und weiterzuentwickeln. Im Rahmen einer „Flächennutzungsoffensive“ wurde versucht, die noch vorhandenen Gärten zu sichern und brachliegende Flächen wieder einer gärtnerischen Nutzung zuzuführen. Darüber hinaus wurde ein Vermarktungskonzept entwickelt, das zur Erhaltung und Weiterentwicklung der Bamberger Gärtnerkultur beitragen soll. So wurde die Direktvermarktung besser koordiniert und die touristische Nutzung gefördert. Zur Neupositionierung der Gärtnerstadt für die Stadtbevölkerung und die Besucher wurde das Gärtner- und Häckermuseum zu einer zentralen Anlaufstelle ausgebaut. Ebenso hat sich die „Interessengemeinschaft Bamberger Gärtner“ als Zusammenschluss von Betrieben gegründet – eine solche Kooperation hat es zuvor noch nie gegeben.

Es gab unterschiedliche Ideen für neue gärtnerische Nutzungen insbesondere der brachliegenden Gärtnerfluren, z. B. Begegnungsgarten, Mietäcker oder Schulgärten. Diese Projekte konnten jedoch nicht realisiert werden, da sie von den Eigentümern der Flächen nicht gewünscht waren und zudem die Zugänglichkeit der Grundstücke für „öffentliche Nutzungen“ problematisch ist, da sie nur durch die straßenseitigen Häuser erfolgen kann.



Marketing für die Gärtnerstadt (Stadt Bamberg)

Instrumente und Maßnahmen

Grundlagenstudie zur Gärtnerstadt (2009)

- Breite Bestandsaufnahme und Erarbeitung von drei Szenarien für die zukünftige Entwicklung. Empfehlung unterschiedlicher Zielsetzungen und Vorschläge für Maßnahmen zur Umsetzung. Durch die Erkenntnisse und Maßnahmenvorschläge dieser Studie konnte schnell auf die Ausschreibung der Modellförderung aus dem Investitionsprogramm INUW reagiert werden.

Beteiligung und Aktivierung

- Zu Beginn des Prozesses wurden Workshops und Arbeitskreise gemeinsam mit Gärtnern, Hauseigentümern, Anwohnern sowie Vertretern aus Stadtgesellschaft und Verwaltung durchgeführt. Die Mobilisierung und Aktivierung von ca. 30 projektbeteiligten Institutionen stand lange Zeit im Vordergrund des Prozesses. Durch die Gründung der „Interessengemeinschaft Bamberger Gärtner“ in 2011 konnte die Vernetzung und Zusammenarbeit der Gärtnerbetriebe untereinander sowie mit externen Akteuren verbessert werden.

Werbung/Vermarktung

- Diverse Informationsbroschüren zur Vorstellung der lokalen Gartenbaubetriebe/Gärtnerereien, Gärtnerrundweg mit Beschilderung, Label für die Direktvermarktung.

Bauleitplanung

- Im Flächennutzungsplan von 1996 wird ein Großteil der Gärtnerflächen als Wohnbauflächen bzw. als Flächen für Mischgebiete dargestellt. Im Blockinneren sind teilweise

großzügige Grünflächen dargestellt. Im Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan bzw. Landschaftsplan wird klargestellt: „Die gärtnerische Nutzung ist erwünscht und erlaubt. Diese Nutzung ist in einem eigenen Konzept festzulegen“. Das entsprechende Konzept für die zukünftige Entwicklung der Flächen im Sinne des Gartenbaus wurde jedoch bis heute nicht erstellt.

- Anfang 2017 wurde ein Bebauungsplan für die „Obere Gärtnererei“ beschlossen, um die charakteristische Struktur der Freiflächen vor allem aus städtebaulichen und denkmalpflegerischen Gesichtspunkten durch die Ausweisung der rückwärtigen Bereiche als „Fläche für die Landwirtschaft – gartenbauliche Erzeugung / Urbane Gartenbau“ planungsrechtlich zu sichern. Eine Durchwegung mit öffentlichen Gehrechten war nicht möglich, da einzelne Eigentümer dies nicht wollten.

Finanzierung

- Gesamtvolumen des Modellprojektes: 1.348.226 € für Projektierung und Projektmanagement, Direktvermarktung, Didaktische Vermittlung, Aufwertung öffentlicher Raum, Flächennutzungsoffensive
- Förderung (901.650 €) durch Investitionsprogramm Nationale UNESCO-Welterbestätten
- Förderung durch die Landesgartenschau Bamberg 2012, z. B. Konzepterstellung
- Weitere Fördermittel des Landes Bayern
- Private Sponsoren für den Rundweg durch die Gärtnerstadt

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Die Landesgartenschau Bamberg 2012 war von zentraler Bedeutung als Initialzündung / Impuls für das Projekt, da in diesem Rahmen die Gärtnerstadt wieder in den Fokus der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit gerückt werden konnte und außerdem konzeptionelle Grundlagen für das Modellprojekt erarbeitet wurden. Entsprechende Ressourcen standen zur Verfügung, die unter kommunalen „Alltagsbedingungen“ nicht verfügbar gewesen wären.

Ohne die Förderung aus dem Investitionsprogramm Nationale UNESCO-Welterbestätten (INUW) wäre das Projekt nicht möglich gewesen. Sowohl die Fördermittel selbst als auch die Flexibilität ihrer Verwendung waren dabei entscheidend – auch wenn sich Vorgaben und formale Anforderungen immer wieder verändert haben und erhöhten Aufwand für das Projektmanagement bedeuteten. Bedau-

ert wird lediglich die relative kurze Projektlaufzeit bzw. die fehlende Möglichkeit, den Förderzeitraum zu verlängern.

An dem Projekt war eine Vielzahl von unterschiedlichen Akteuren beteiligt, die aktiviert und koordiniert werden mussten. Für diese Aufgabe braucht es ausreichende Ressourcen sowie ein Vertrauensverhältnis. Da die Gärtner gegenüber der Stadt (und auch untereinander) sehr misstrauisch waren, war das mit dem Projektmanagement beauftragte externe Büro als Schnittstelle und zur Vermittlung von großer Bedeutung.

Die „kurzen Wege“ innerhalb der Mittelstadt Bamberg waren im Rahmen des Modellprojektes teilweise von Vorteil, manchmal aber auch von Nachteil. „Man kennt sich in der Stadt“ und daher sind häufig informelle Kontakte wichtig. Teilweise halten sich aber auch Vorurteile und Vorbehalte hartnä-

ckig. Das Gelingen von Projekten ist häufig auch personenabhängig und basiert auf Vertrauen und Kontaktpflege.

Eine zentrale Herausforderung bei der Revitalisierung der gärtnerisch genutzten Flächen liegt in den Eigentumsverhältnissen. Die im Welterbe Bamberg liegenden Flächen befinden sich alle im Privatbesitz und sind nicht öffentlich zugänglich, da sie nur durch die straßenseitigen Gebäude erreichbar sind. Diese Flächenstrukturen erschweren eine alternative Nutzung, etwa durch interkulturelle Gärten,

Innovation und Vorbildcharakter

Das Modellprojekt versucht mit unterschiedlichen Maßnahmen die historischen und stadtbildprägenden innerstädtischen Gärtnerfluren zu sichern und weiterzuentwickeln. Neben einer erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit für die Gartenbaubetriebe und die Gärtnerstadt konnten durch Verknüpfung der einzelnen Projektbausteine Synergieeffekte erzeugt werden, z. B. Museumsbesucher suchen anschließend die umliegenden Gärtnereien auf und kaufen dort lokale Produkte.

Von besonderer und nachhaltiger Bedeutung ist der Aufbau neuer Netzwerke, z. B. zwischen Gartenbaubetrieben, Eigentümern und Stadt. Die Gründung einer Interessengemeinschaft der Bamberger Gartenbaubetriebe war ein historischer Schritt, da es eine solche Zusammenarbeit der Gärtner in der Vergangenheit nicht gab.

Projektchronologie

- 2008 Zukunftsworkshop mit Stadtverwaltung, Gärtnern, Eigentümern und Anwohnern
- 2009 Studie zur Gärtnerstadt, Modellprojekt im Investitionsprogramm Nationale UNESCO-Welterbestätten
- 2010 Bildung des Arbeitskreises Gärtnerstadt
- 2011 Gründung der Interessengemeinschaft Bamberger Gärtner (IG), Beginn der Instandsetzung des Gärtner- und Häckermuseums
- 2012 Landesgartenschau Bamberg 2012, Eröffnung des Rundweges und Wiedereröffnung des Gärtner- und Häckermuseums, Einführung des Qualitätssiegels „Gutes aus der Gärtnerstadt“
- 2013 Ende der Förderung des Modellprojektes
- 2014 Aufnahme des „Innerstädtischen Erwerbsgartenbaus in Bamberg“ in das Bayerische Landesverzeichnis des immateriellen Kulturerbes

09/2017

Schulgärten, Sortengärten, Selbsterntegärten, Gemeinschaftsgärten oder andere Mietgärten, bzw. verhindern diese sogar. Selbst die Verpachtung der Flächen an andere Gärtner wird von den meisten Eigentümern (bislang) nicht gewünscht. Häufig haben sich die Grundeigentümer zudem Baulandhoffnungen gemacht, die nur durch verbindliche Bauleitplanung geregelt werden können. Für die Sicherung innerstädtischer Freiräume ist daher eine planungsrechtliche Absicherung erforderlich, um Begehrlichkeiten bezüglich einer „höherwertigen“ Nutzung zu verhindern.

„Das historische Erbe erhalten und zeitgemäße Nutzungsanforderungen berücksichtigen, ist eine Herausforderung.“

Patricia Alberth, Zentrum Welterbe Bamberg

- 2015 Urbaner Gartenbau wird Themenschwerpunkt im entstehenden Managementplan für das Welterbe „Altstadt von Bamberg“
- 2016 Aufnahme des „Innerstädtischen Erwerbsgartenbaus in Bamberg“ in das Deutsche Bundesverzeichnis des immateriellen Kulturerbes

Akteure

Projekträger: Stadt Bamberg / Zentrum Welterbe Bamberg

Weitere Beteiligte: Referate Kämmerei, Kultur und Bau der Kommunalverwaltung sowie Gartenbaubetriebe

Weitere Akteure: Landesgartenschau Bamberg 2012 GmbH, Förderverein Landesgartenschau Bamberg e.V., Verein Gärtner- und Häckermuseum Bamberg e.V., Bamberger Süßholz-Gesellschaft, Interessengemeinschaft Bamberger Gärtner, Verein Grünes Erbe Bamberg e.V., Kompetenzzentrum für Ernährung (KERN) und Weitere

Kontakt

Zentrum Welterbe Bamberg
Patricia Alberth und Diana Büttner
Geyerswörthstraße 3, 96047 Bamberg
0951/87 1814
diana.buettner@stadt.bamberg.de

Weiterführende Informationen

<http://www.welterbe.bamberg.de>
<http://www.gaertnerstadt-bamberg.de>
<http://www.ghm-bamberg.de>
<http://www.bamberger-sortengarten.de>
<http://www.bamberger-suessholz.de>



Braunschweig, Niedersachsen

Mobilitätskonzept Nördliches Ringgebiet: Bebauungsplan Taubenstraße

Für das Nördliche Ringgebiet wird eine nachhaltige und zukunftsorientierte Gesamtentwicklung angestrebt. Auf der Grundlagen einer Städtebaulichen Rahmenplanung, die von einem Mobilitätskonzept und Freiraumplanungen untersetzt wird, sollen trotz höherer Dichte eine hohe Qualität des öffentlichen Raumes gesichert und negative Auswirkungen des Pkw-Verkehrs reduziert werden.

Kontext

Für die Stadt Braunschweig wird bis zum Jahr 2030 ein Bevölkerungswachstum von ca. 1,5 % prognostiziert. In der gesamtstädtischen Perspektive sind die Flächenreserven für die Wohnraumentwicklung jedoch knapp und die Infrastruktur muss für das Gemeinwesen bezahlbar bleiben. Auch werden Ausgleichsräume für die Klimaanpassung, die Nah-

erholung und den Naturschutzausgleich benötigt. Die Stadt Braunschweig aktiviert daher vorrangig innenstadtnahe Potenzialflächen, die derzeit untergenutzt sind. Ziel ist es dort, die Vielfalt und Qualität des Wohnungsangebotes zu erweitern.

Eines der größten Potenziale ist das Nördliche Ringgebiet, ein von Mischnutzungen geprägter Stadtteil, der trotz der Nähe zur Innenstadt vergleichsweise schlecht angebunden ist und bis heute keine eigene Identität entwickeln konnte. Für die Transformation des ca. 20 ha großen Areals sollen qualitätsvolle Lösungen für den Wohnbau und die Grün- und Freiflächen konzipiert und umgesetzt werden, um eine eigenständige Quartiersidentität und ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu entwickeln. Bedeutsam ist außerdem die Optimierung der verkehrlichen Anbindung und der inneren Erschließung mit einem Schwerpunkt auf die Förderung des Umweltverbundes.

Der erste Bauabschnitt liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplans Taubenstraße. Er wird der am dichtesten bebaute Teil des neuen Stadtviertels und als ein Modellprojekt für flächensparendes und zugleich möglichst kostengünstiges Bauen mit der städtischen Wohnungsgesellschaft als Erschließungsträger realisiert. Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH befasst sich bereits mit der Förderung neuer Mobilitätsformen in ihren Bestandsgebieten und will das Mobilitätskonzept bei Erfolg auf weitere Wohnungsbestände übertragen.





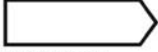






Zum Mobilitätskonzept gehören „harte“ infrastrukturelle und „weiche“ organisatorische Maßnahmen mit denen die verkehrsbedingten Umweltbelastungen und die Inanspruchnahme von Flächen für private Pkw-Stellplätze in dem neuen Stadtteil minimiert werden sollen. Neben der Beruhigung des Wohnumfeldes sollen mit der Reduzierung der ebenerdigen Stellplätze auch Spielräume für wohnungsnah Freiraumangebote geschaffen werden.

MOBILITÄTSKONZEPT

infrastrukturelle Maßnahmen:

 Grundvoraussetzungen	 Anbindung an Radroutennetz	 Anbindung an Nahversorgung	 ÖPNV-Anbindung (Erweiterung des Liniennetzes)
 Bausteine des Mobilitätskonzepts	 Fahrradparken Quantität + Qualität	 Carsharing Bereitstellung von Stellplätzen Kooperation mit Anbietern	 Mobilitätsstation Fahrradwerkstatt Packstation Ticket-Verkauf und Info Cafe Bäckerei Kiosk
			 Ladestation Verfügbarkeit einer Ladeinfrastruktur für elektrisch betriebene Fahrzeuge

»weiche« Maßnahmen des Mobilitätskonzepts:

 Information Kommunikation	 Neubürgerpaket	 Smartphone App Website	 Mitfahrerportal Treffpunkt ("Kurzzeitparker")
 Flankierende Maßnahmen	 Transportmittel-Verleih (Sackkarren, Fahrradanhänger etc.)	 e-Bike Pedelec-Verleih	
 Organisation	 zielgruppenspezifische Mobilitätspakete	 Bewohnertickets (ÖPNV-Abonnement)	 Kooperation mit Lieferservices

Infrastrukturelle und „weiche“ Maßnahmen des Mobilitätskonzepts (ARGUS Stadt- und Verkehrsplanung)

Stadt/Stadtteil	Braunschweig	Freiraumtypen	wohnungsnah Freiräume
Einwohner (Stadt)	247.227	Projektträger	Stadt Braunschweig
Entwicklungsdynamik	wachsend (in Relation zum Bundesmittel)	Projektlaufzeit	2012 bis etwa 2020
Raumbezug/Quartierstyp	gemischtes Stadtquartier	Status	beschlossenes Konzept / in der Umsetzung

Projektbeschreibung

Verschiedene Planungskomponenten greifen für den Umbau des Stadtquartiers ineinander: Eine Städtebauliche Rahmenplanung und das rahmengebende Mobilitätskonzept betrachten die Stadtteilebene und die Einbindung des Stadtteils in die Gesamtstadt. Bebauungspläne schaffen das nötige Planungsrecht und die Genehmigungsplanungen mit einem bauantragsbezogenen Mobilitätskonzept zu den einzelnen Hochbaumaßnahmen konkretisieren die Umsetzung der Rahmenplanung und des rahmengebenden Mobilitätskonzeptes.

Eine Grundvoraussetzung des Mobilitätskonzeptes ist neben der relativ zentralen Lage im Stadtgebiet und die Nähe zur Technischen Universität die bessere Anbindung des Rad- und Fußverkehrs. Hierzu ist eine zentrale Fuß- und Radwegeverbindung Richtung Innenstadt mit niveaugleicher Querung eines Industriebahngleises geplant. Sie verkürzt den Weg zur Technischen Universität und Innenstadt deutlich. Gleichzeitig ist diese Verbindung als zentrale grüne Achse im Quartier vorgesehen. Neben dem Ausbau des Busnetzes ist längerfristig die Nutzung des Industriebahngleises für eine neue Stadtbahnlinie mit Haltepunkten im Planungsgebiet geplant.

Ein weiterer bedeutender Baustein ist die Einrichtung einer zentralen Mobilitätsstation im Stadtquartier, mit Angeboten wie eine Fahrradwerkstatt, eine Packstation, Ticketverkauf und Informationen. Idealerweise wird dieses Angebot mit anderen alltäglichen Angeboten (Café/Bäckerei/Kiosk) verknüpft. Weitere infrastrukturelle Maßnahmen sind Möglichkeiten zum Fahrradparken in ausreichender Anzahl und Qualität sowie Angebote für das Car-Sharing und die Elektromobilität in Form von Stellplätzen, Kooperationen und Ladestationen. „Weiche“ Maßnahmen wie etwa eine Mobilitäts-App, Ausleihangebote (Lasten-Fahrräder, E-Bikes) sowie organisatorische Maßnahmen (wie Bewohnertickets oder Kooperationen mit Liefer-Services) unterstützen die Wirksamkeit des Konzeptes.

Neben ihrer Rolle als Erschließungsträgerin setzt die städtische Wohnungsbaugesellschaft im ersten Bauabschnitt im Zuge der Errichtung von frei finanzierten und geförderten Mietwohnungen für den eigenen Bestand das Mobilitätskonzept mit fast allen Bausteinen modellhaft um. Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH hat hierzu ein Detaillierungskonzept für

die Baufelder A1 und A2 - bestehend aus einem Lageplan Freianlagen sowie einer „Anwendung des Mobilitätskonzeptes“ in Form des bauantragsbezogenen Konzeptes - vorgelegt. Diese Anlagen zum Bauantrag zeigen der Genehmigungsbehörde an, wie welche Bausteine aus dem Mobilitätskonzept umgesetzt werden und bilden die Referenz für den zugrunde zu legenden Stellplatzschlüssel.



Lageplan Freianlagen zum Bauantrag für die Baufelder A1 und A2 (Chora Blau Landschaftsarchitektur)

Anstelle des üblichen durchschnittlichen Stellplatzschlüssels von 1,5 Stellplätzen je Wohneinheit kann die Nibelungen-Wohnbau-GmbH durch die konsequente Konzeptumsetzung den Schlüssel auf 0,8 Stellplätze je Wohneinheit reduzieren (53 %). Bei einem durchschnittlichen Flächenbedarf für Pkw-Stellplätze von 25 m² je Stellplatz ergibt sich für die geplanten 174 Wohneinheiten im 1. Bauabschnitt ein reduzierter Flächenbedarf von rund 3.100 qm, der für andere Zwecke genutzt werden kann.

Der Freianlagenplan zeigt den geringen Anteil an oberirdischen Stellplätzen für Kurzzeit-Parker und Besucher-Stellplätze. Hofbereiche bleiben komplett autofrei und werden vorwiegend als Aufenthaltsbereiche für die Anwohner bzw. für die integrierte Kindertagesstätte genutzt. Etwa drei Viertel der Bauflächen werden mit Tiefgaragen unterbaut. Es bleiben noch ausreichend Freiflächen, um Bestandsbäume zu erhalten und das gesamte auf den Wohnungsbauflächen anfallende Regenwasser vor Ort über die Grünflächen zu versickern.

Ziele

- Schaffung eines kompakten, vor allem für Fußgänger und Radfahrer gut vernetzten Quartiers mit einer guten ÖPNV-Anbindung
- Nutzung der Außenflächen als Aufenthalts- und Erholungsraum für die Bewohner, Mini-

mierung versiegelter Flächen, Konzentrierung notwendiger Stellplatzfläche in räumlicher Trennung von den öffentlich nutzbaren Freiräumen

Instrumente und Maßnahmen

Städtebau

- Städtebauliche Rahmenplanung
- Städtebaulicher Wettbewerb
- Bebauungsplan
- Bauantrag mit Freianlagenplan

Bausteine des Mobilitätskonzeptes

- Verkehrsuntersuchung
- Rahmengebendes Mobilitätskonzept
- Anwendung des Mobilitätskonzeptes (Bauantragsbezogenes Konzept, Bauherrennachweis als Anlage zum Bauantrag)

Kommunikation und Zusammenarbeit

- Projektgruppensitzungen (etwa alle drei Monate

im größeren Kreis)

- Arbeitsgruppensitzungen (alle 1-2 Wochen mit dem Kernteam aus Erschließungsträger, Projektleitung, Projektsteuerung unter aufgabenabhängiger Hinzuziehung verschiedener Fachdienststellen und Fachplaner)

Aktivierung und Beteiligung der Öffentlichkeit

- Öffentliche Planungswerkstatt zur Rahmenplanung

Finanzierung

- Mobilitätskonzept (noch ohne Evaluation): ca. 35.000 €
- Freianlagenplanung für die Gebäude A-1/A-2 (vorerst bis LPh. 5): ca. 83.000 €

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Orientierungswerte für den Stellplatznachweis

Insbesondere in dicht bebauten Stadtquartieren stellt die Anwendung des üblicherweise anzuwendenden Schlüssels für den Nachweis privater Pkw-Stellplätze eine Herausforderung dar und geht zu Lasten anderweitig nutzbarer Freiraumqualitäten. Mit dem rahmengebenden Mobilitätskonzept wurde als ein innovatives Instrument eine Matrix entwickelt, die einen Zusammenhang zwischen der Realisierung der einzelnen Bausteine, den Qualitäten des Mobilitätskonzeptes und dem Schlüssel zum Nachweis privater Pkw-Stellplätze herstellt.

Bestimmte Maßnahmen, wie die Mobilitätsstation, werden dabei als besonders wichtig bewertet. Auf andere Maßnahmen können die Bauherren verzichten, müssen dafür allerdings eine höhere Anzahl an privaten Stellplätzen nachweisen. Mit diesem Instrument werden bestimmte Grundstandards hervorgehoben. Gleichzeitig verbleibt für die Bauherren eine Flexibilität, um unterschiedliche Wohnangebote für die jeweiligen Zielgruppen herzustellen.

Der Ausschnitt aus der Tabelle „Orientierungswerte für den Stellplatznachweis“ unten zeigt, dass unter Berücksichtigung einer optimierten ÖPNV-Anbin-

Maßnahmen	Wirkung			ohne Mobilitätskonzept		Beispielrechnungen mit Mobilitätskonzept			
	allgemein	MIV-Anteil	Stellplatzschlüssel	0 (bestehende Rahmenbedingungen)	I (optimierte Rahmenbedingungen)	II.1	II.2	III	IV
Grundvoraussetzungen: Bahnquerung Erweiterung des ÖPNV-Netzes	Grundvoraussetzung für das Mobilitätskonzept					
Infrastruktur (privat): hochwertige Fahrradabstellplätze Carsharing Mobilitätsstation ...	mittel mittel gering ...	-2,0% -2,0% -0,5% ...	-0,05 -0,05 -0,02 ...			X X X X	X X X X	X X X X	X X X X
Information und Kommunikation Neubürgerpakete (Info-Broschüren) ...	gering ...	-0,5% ...	-0,02 ...			X ...	X ...	X ...	X ...
	Rechnerische Wirkung:			Stpl/WE	1,00	0,89	0,80	0,76	0,66
	MIV-Anteil				42%	39%	36%	35%	31%



Ermittlung von Orientierungswerten für den Stellplatznachweis (Ausschnitt aus dem rahmengebenden Konzept (ARGUS Stadt- und Verkehrsplanung))

derung sowie einer Bahnquerung für den Rad- und Fußverkehr ein Stellplatzschlüssel von 1,0 Stellplätzen je Wohneinheit angesetzt werden soll. Werden weitere Maßnahmen des Mobilitätskonzepts vom Bauherren umgesetzt, ist eine Reduzierung auf minimal 0,7 Stellplätzen je Wohneinheit möglich (gilt nicht für Eigentumswohnungen).

Freiwilligkeit der Maßnahmenumsetzung

Das Mobilitätskonzept setzt auf Freiwilligkeit. Auf die planungsrechtliche Vorgabe eines autofreien Gebietes wurde bewusst verzichtet und im Bebauungsplan lediglich vorgegeben, dass die Bauherren für eine Reduzierung des Stellplatznachweises ein mit der Verkehrsplanung abgestimmtes bauantragsbezogenes Mobilitätskonzept vorzulegen haben. Sollten die Bauherren kein solches Mobilitätskonzept vorlegen, sind Stellplätze nach den oben beschriebenen Rahmenbedingungen von 1,0 Stellplätzen je Wohneinheit nachzuweisen. Sollte sich das Mobilitätskonzept in der Realität nicht bewähren, ist eine Anpassung des Konzeptes erforder-

Innovation und Vorbildcharakter

Die Städtebauliche Rahmenplanung und das Mobilitätskonzept verfolgen eine nachhaltige und zukunftsorientierte Gesamtentwicklung für das zentrumsnahe Stadtquartier „Nördliches Ringgebiet“. Modellhaft wird die Umsetzung im ersten Bauabschnitt mit dem städtischen Wohnungsunternehmen als Erschließungsträger und Hochbautreibender aufgezeigt. Neben einer deutlichen Verringerung des Stellplatzbedarfes für private Pkws unterstreicht die Anwendung des Mobilitätskonzeptes den innovativen Charakter nachhaltiger Mobilität und ermöglicht einen Imagegewinn für das Quartier. Darüber hinaus führt ein solches Konzept zu einer höheren Qualität des öffentlichen Raumes, indem die negativen Auswirkungen des Pkw-Verkehrs sowohl in fahrender (Lärm- und Luftemissionen) als auch in ruhender Form (Flächeninanspruchnahme) reduziert werden.

Projektchronologie

2013	Städtebaulicher Wettbewerb für den Bereich Taubenstraße
2014	Rechtskräftige Festsetzung des Bebauungsplans Taubenstraße
2016	Bauantrag Baufelder A1 und A2 mit Freiflächenplan und bauantragsbezogenes Mobilitätskonzept zum 1. Bauabschnitt Nördliches Ringgebiet
bis 2020	Realisierung der Baugebiete in baulichen Abschnitten

09/2017



Luftbildaufnahme Nordbahnhof / Taubenstraße (Prof. Walter Ackers)

derlich. Für eine notwendig werdende Anpassung wurde im bauantragsbezogenen Mobilitätskonzept eine Evaluation in mehreren Schritten für die ersten Jahre der Umsetzung vereinbart.

„Da keinerlei Flächenreserven bestehen, um zusätzliche Pkw-Stellplätze zu schaffen, hat die Stadt bewusst auf eine Rückfalloption verzichtet. Sollte sich das Mobilitätskonzept in der Realität nicht bewähren, ist eine Anpassung erforderlich.“

Bernd Schmidbauer, Stadt Braunschweig, Abt. Stadtplanung

Akteure

Projekträger Rahmenplanung, Städtebaulicher Wettbewerb und Bebauungsplan: Stadt Braunschweig FB Stadtplanung und Umweltschutz

Erschließungsträger für den ersten Bauabschnitt und Bauherr Hochbau für die Baufelder A1 und A2: Nibelungen-Wohnbau-GmbH

Beauftragte Büros: Mobilitätskonzept: ARGUS Stadt- und Verkehrsplanung, Hamburg
Freianlagenplanung 1. BA: chora blau Landschaftsarchitektur, Hannover.

Kontakt

Stadt Braunschweig, Fachbereich 61 Stadtplanung u. Umweltschutz, Abteilung Stadtplanung
Bernd Schmidbauer
0531/470 2619
Bernd.Schmidbauer@braunschweig.de

Nibelungen-Wohnbau-GmbH, Neubau
Susanne Butt
0531/30003 151
s.butt@nibelungen-wohnbau.de

Weiterführende Informationen

http://bit.ly/Braunschweig_Mobilitaetskonzept



Freie Hansestadt Bremen

Neues Hulsberg-Viertel: Lebenswert-urban-vernetzt

Das verdichtete Wohnquartier wird stadtverträglich eingebunden und mit attraktiven öffentlichen und privaten Freiräumen geplant. Erfolgsfaktoren sind eine offensive Beteiligungs- und Kommunikationsstrategie sowie eine städtebauliche Planung mit integriertem Mobilitäts- und Freirflächenkonzept.

Kontext

Nach Phasen des Bevölkerungsrückgangs und der Stagnation verzeichnet Bremen seit den letzten Jahren wieder einen Einwohnerzuwachs. Mit dem Leitbild „Urban und vernetzt“ wird auf die Verdichtung im Inneren gesetzt, wobei gleichzeitig die vorhandenen Qualitäten gesichert werden sollen.



Stadräumliche Einbindung des Innenentwicklungsprojektes Neues Hulsberg-Viertel (Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Bremen der Freien Hansestadt Bremen)

Zu den Innenentwicklungsprojekten gehört u. a. das 19 ha große Gelände des Klinikstandortes „Bremen-Mitte“ im Bremer Stadtteil Östliche Vorstadt. Durch die Konzentration des Klinikbetriebs auf einer 5 ha großen Teilfläche des bisherigen Areals stehen etwa 14 ha für die Umwandlung zu einem gemischten Stadtquartier zur Verfügung. Das bisherige Klinikgelände liegt inmitten der Stadt und ist umgeben von beliebten Wohnadressen und dem Bremer Szene-Stadtteil „Das Viertel“. Ein Teil der Klinikgebäude stehen als Ensemble unter Denkmalschutz. Ansonsten ist die Bausubstanz gemischt und spiegelt die über die Jahrzehnte erfolgte Wandlung und Nutzungserweiterung des Klinikbetriebs wider. Neben den Klinkersteinengebäuden aus dem 19. Jahrhundert ist der alte, teils in den Gründerjahren angelegte Baumbestand gebietsprägend.

Mit der Konversion des Neuen Hulsberg-Viertels sollen ca. 1.100 WE sowie auch Geschossflächen für gewerbliche Nutzungen entstehen. Sehr frühzeitig hat die Stadt ihre Planungsabsichten öffentlich bekannt gegeben und die Bürgerschaft zu einem regen Dialog über die Weiterentwicklung und auch die geplante städtebauliche Nachverdichtung auf dem Klinikgelände informiert.

Projektbeschreibung

Die Planungen für die Quartiersentwicklung sind bereits weit fortgeschritten. Frühzeitig wurde mit einem umfassenden und mehrstufigen Beteiligungsprozess mit unterschiedlichen Formaten begonnen. Das Angebot zur Beteiligung an der Quartiersentwicklung ist bei der Lokalpolitik und den Bewohnern der benachbarten Viertel auf große Resonanz gestoßen. Besonders intensiv wurde über den Eingriff in den Baumbestand und Mobilitätsthemen diskutiert. Es entwickelte sich ein Planungsprozess, der alle Themen und Facetten der Planung

einbezog. In den Beteiligungsrunden wurden als wichtige Aspekte der stadtverträglichen Einbindung des neuen Wohnquartiers u. a. die Themen Mobilität, Baumschutz und Freiraumversorgung benannt. Bei der Konzeptentwicklung des Stadtviertels sollte die Verminderung neuer zusätzlicher MIV-Verkehrsströme sowie die Vermeidung großer oberirdischer Stellplatzanlagen angestrebt werden. Außerdem sollten der alte Baumbestand und die wenigen verfügbaren Freiräume möglichst weitgehend gesichert werden.

Stadt/Stadtteil	Bremen	Freiraumtypen	Wohnhöfe, Mietergärten, öffentliches Grün, Parkanlage
Einwohner (Stadt)	548.547	Projektträger	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Bremen / Städtische Grundstücksentwicklungsgesellschaft GEG
Entwicklungsdynamik	wachsend	Projektlaufzeit	2010 bis voraussichtlich 2020
Raumbezug/Quartierstyp	Stadtquartier / Konversion Krankenhausstandort	Status	Konzept

Auf dieser Grundlage wurde ein städtebaulich-freiraumplanerischer Wettbewerb ausgeschrieben. Das Planungsteam aus Stadt- und Freiraumplanung sollte im Hinblick auf ein zukunftsweisendes Mobilitätskonzept ausdrücklich auch verkehrsplanerische Kompetenz einbinden. Als Preisträger ist das Team Lorenzen Architekten, relais Landschaftsarchitekten und ARGUS hervorgegangen, da ihr Konzept die rahmensetzenden Ziele aus dem Beteiligungsprozess am besten aufgegriffen hat. Mit dem vorgelegten Bebauungs-, Freiraum- und Mobilitätskonzept konnten die vorhandenen Freiraumqualitäten, der erhaltenswerte Gebäudebestand und die Einbindung in die umliegenden Quartiere optimal berücksichtigt bzw. erreicht werden.

Das Freiraumkonzept sieht für das neue Quartier ein zusammenhängendes System aus öffentlichen Freiräumen (Grüne Mitte und Grüne Finger) sowie Wohnhöfe und halbprivate Grünflächen vor. Als Mischverkehrsflächen geplante Wohnstraßen sowie allgemein nutzbare Wege auf Privatgrundstücken erschließen als durchgängiges Netz die Baugebiete (Sicherung der Wegerechte für die Allgemeinheit im B-Plan) und stellen die räumliche Einbindung in das umliegende Freiraumsystem her.

Bedeutsam ist, dass sich das gestalterische Leitbild für die Freiraumentwicklung auch auf die privaten Grundstücke erstreckt. Ein Quartiersverein soll eine qualitätsvolle Pflege der geplanten Wohnhöfe und halbprivaten Grünflächen sicherstellen und als Kümmerer und Ansprechpartner fungieren. Anteilig

wird sich dieser Verein auch an der Pflege der öffentlichen Grünflächen beteiligen. Dadurch wird eine ganzheitliche Pflege und Entwicklung der urbanen Freiräume sichergestellt.

Auf der Grundlage des Mobilitätskonzeptes werden die Straßenverkehrsflächen und die Flächen für den ruhenden Verkehr auf ein Minimum reduziert. Die Parkierung ist überwiegend in Parkhäusern (teils in Doppelnutzung mit dem Krankenhaus: Benutzung tagsüber v. a. durch den Krankenhausbetrieb und über Nacht für privates Parken) und einzelnen Tiefgaragen vorgesehen.

Durch die gute ÖPNV-Anbindung, ein enges Radverkehrssystem sowie die Integration von Carsharing-Angeboten konnte der ansonsten für Neubaugebiete übliche Stellplatzschlüssel auf 50 % abgesenkt werden. Hierdurch konnten oberirdisch auf den Mischverkehrsflächen und in den Wohnhöfen nur eine geringe Anzahl an Stellplätzen für Besucher, behinderte Menschen und für Car-Sharing-Angebote ausgewiesen und Raum für nutzbare urbane Freiräume im neuen Stadtquartier geschaffen werden. Der Straßenquerschnitt der Mischverkehrsflächen beträgt nur 7,5 Meter und der Anteil an Verkehrsflächen beträgt lediglich 10 % des Gesamtgebietes. Gleichzeitig ergänzen die Verkehrsräume aufgrund der geringen zu erwartenden Frequenz an motorisiertem Verkehr das Netz der grünen Freiräume und können zusätzlich als Spiel- und Bewegungsfläche herangezogen werden.



Links: Hofsituation auf dem Krankenhausareal mit prägendem Altbaumbestand (bgmr Landschaftsarchitekten)

Rechts: Mit einem Modell wurde die städtebauliche Nachverdichtung in den Beteiligungsforen simuliert (Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Bremen)

Ziele

- Umbau des Krankenhausgeländes zu einem lebenswerten, vernetzten und urbanen Quartier für Wohnen und Arbeiten
- Schaffung unterschiedlicher Wohnangebote und einer sozialen Durchmischung (30 % geförderter Wohnungsbau, 20 % Baugemeinschaften) mit insgesamt 160.000 qm BGF für ca. 1.000 Wohnungen und Gewerbe
- Integration der Bestandsgebäude und Erhalt eines wesentlichen Teils des Baumbestandes, Schaffung eines großen gemeinschaftlichen Grünraums
- Entwicklung neuer Mobilitätsformen und Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs

Instrumente und Maßnahmen

Partizipation als Planungsstrategie

- Öffentliche Foren zur Entwicklung gemeinsamer Planungsziele und zum Erkennen von Zielkonflikten zu den Themen „Städtebau / Wirtschaftlichkeit“, „Mobilität, Verkehr und Freiraum“, „Nutzungs- und soziale Mischung“, „Gebäudebestand/Nachhaltigkeit“
- Ausschreibung des Gutachterverfahrens unter Berücksichtigung der Beteiligungsergebnisse
- Fortführung der Beteiligungsforen nach Abschluss des Wettbewerbs und im Bebauungsplanverfahren.

Informelle und verbindliche Planungen

- Städtebaulicher Rahmenplan mit Freiraum- und Mobilitätskonzept
- Bebauungsplan mit Grünordnungsplan
- geplant: Freiraumplanerischer Wettbewerb für die grüne Mitte und die angrenzenden öffentlichen Freiräume

Umsetzung

- Gründung einer städtischen Entwicklungsgesellschaft und Einbindung eines erfahrenen Geschäftsbesorgers für die Betreuung der Immobilien
- Geplant: Gründung eines Quartiersvereins, als Kümmerer für die Gemeinschaftsflächen und die Grünflächenpflege

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Vorbereitung auf gesamtstädtischer Ebene

Mit dem Leitbild „Urban und vernetzt“ setzt Bremen auf die Innenentwicklung und will gleichzeitig die vorhandenen Qualitäten sichern. Diesem Ansatz folgend, wurde der FNP und das Landschaftsprogramm (LaPro) parallel aufgestellt. Eine grüne, aus dem Landschaftsprogramm abgeleitete Schraffur, kennzeichnet im FNP Bauflächen mit besonderen Grünfunktionen (Freiraum-, Klimafunktionen, Regenwasserbewirtschaftung). Dieses Planzeichen wurde bewusst nicht genauer spezifiziert, hat aber in der Praxis eine Signalwirkung, da es ein besonderes Planungserfordernis anzeigt. Ergänzend stellt das LaPro Problemgebiete mit besonderem Nachbesorgungsbedarf dar.

Kommunikation der Quartiersentwicklung

Für die verträgliche städtebauliche Entwicklung des Hulsberg-Viertels wurden unterschiedliche Beteiligungsformate genutzt (aufsuchende Beteiligung, Planungsspaziergang und Themenwerkstätten) und die Ergebnisse mit zur Grundlage des städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerbs gemacht. Auch danach wurden die identifizierten Kernthemen in Themenrunden öffentlich weiterbearbeitet. Hierzu gehörten auch spezielle Themenrunden zum Bebauungsplanverfahren und zu den Eckpunkten des städtebaulichen Vertrags.

Grünordnungsplan als konzeptionelles Instrument

Mit dem Grünordnungsplan (GOP) hat Bremen ein Planungsinstrument wiederbelebt, um die grünordnerischen und freiraumplanerischen Belange offensiv in Bebauungsplanverfahren einzubringen und auch an die städtebaulichen Verträge zu adressieren. Der GOP ist ein informelles Instrument. Rechtswirksam werden nur die Teile, die in den Bebauungsplan oder in städtebauliche Verträge aufgenommen werden.

Eine Besonderheit des neuen GOP in Bremen ist, dass er auch dazu genutzt wird, eine positive Vision der Freiraumentwicklung aufzuzeigen und dadurch zu einem konzeptionellen und funktionalen Pendant zum Bebauungsplan wird. Dazu enthält der Umweltbericht zum Bebauungsplan auch einen konzeptionellen Teil für die nachhaltige Freiraumentwicklung. Der GOP zum Bebauungsplan Neues Hulsberg-Viertel überlagert beispielsweise anschaulich die unterschiedlichen Nutzungsanforderungen an den Freiraum. Er ist genauso wie der Bebauungsplan im Internet einsehbar.

Pflegekonzepte und Quartiersbetreuung

Aus Ermangelung ausreichender Kapazitäten für die Unterhaltung neuer öffentlicher Freiräume beschreitet die Stadt neue Wege. Im Hulsberg-Viertel ist die Gründung eines Quartiersvereins (QV) vorgesehen. Er soll künftig die privaten gemeinschaftlichen Grünflächen und anteilig auch die öffentlichen Grünflächen pflegen und als Kümmerer und Ansprechpartner im Quartier fungieren. Alle zukünftigen Eigentümer sollen über die Kaufverträge dazu verpflichtet werden, einen Beitrag zu den Aufgaben des Quartiersvereins zu leisten. Auch die Klinik, die von den neuen öffentlichen Freiräumen profitiert, soll künftig einen Beitrag zum QV leisten.

Die Umsetzung dieses Modells wird dadurch erleichtert, dass sich die Grundstücke im städtischen Eigentum befinden. Das Praxisbeispiel „Quartier 21“ in Hamburg-Barmbek, wo ein ähnliches Modell erfolgreich praktiziert wird, befinden sich die Grundstücke im Eigentum eines privaten Entwicklers. Sowohl bei den Bewohnern als auch bei den Investoren hat dieses Modell eine hohe Akzeptanz gefunden.

Für das gesamte Neue Hulsberg-Viertel ist zur Qualitätssicherung der Freiraumgestaltung eine Gestaltungsfibel vorgesehen, die auch private Grünflächen einbeziehen soll.

Innovation und Vorbildcharakter

Mit der Konversion des Klinikstandortes zu dem neuen Wohnquartier verbindet die Stadt einen hohen Anspruch: Das Hulsberg-Viertel soll zu einem lebenswerten, vernetzten und urbanen Wohnstandort mit einem attraktiven System aus öffentlichen und privaten Freiräumen entwickelt werden.

Dazu wurden die interessierten Stadtbewohner und Nachbarn mit unterschiedlichen Formaten der Ansprache und Mitnahme offensiv und kontinuierlich an der Planung beteiligt. Die Ergebnisse dieser Beteiligung wurden zu wichtigen Fragestellungen für den städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerb und die Beteiligung über das übliche Maß hinaus auch bei der verbindlichen Umsetzung im Bebauungsplanverfahren fortgeführt. Ein Quartiersverein soll die Kommunikation und Mitgestaltung des Wohnumfeldes auch im Betrieb sicherstellen.

Die Behutsamkeit und doch auch sehr weitgehende Intervention in den Bestand wurden durch eine ganzheitliche Planung erreicht, die Städtebau, Mobilität und Freiraumentwicklung integriert zusammen betrachtet. Hierdurch konnte z. B. eine erhöhte bauliche Ausnutzung bei Beibehaltung der Abmessung der grünen Mitte erreicht werden. Auch konnten die Voraussetzungen für unterschiedliche Wohnangebote, eine soziale Durchmischung und die weitgehende Sicherung erhaltenswerter Bestandsgebäude und alter quartiersprägender Bäume erreicht werden.

Ein Mobilitätskonzept wird dazu genutzt, den Verkehr im Umweltverbund zu fördern und im dichten Quartier Raum für neue urbane Freiräume zu sichern, die wenig von Pkw-Verkehr beeinträchtigt werden.

Projektchronologie

2010	Beschluss der Bürgerschaft für das Konversionsprojekt
2011/12	Beteiligungsphase: Öffentliche, fachlich begleitete Foren zu verschiedenen Themen
2012/13	Öffentliche Zwischenpräsentation erster Ideen aus dem kooperativen Wettbewerbsverfahren der drei Architekturbüros / Entscheidung des Preisgerichts
2013-15	Überarbeitung des Rahmenplans und 2. Beteiligungsphase zum Bebauungsplan in verschiedenen Themenforen und in einem Bilanzforum
2016	Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Beginn der Grundstücksvergabeverfahren

Akteure

Planungsträger: Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr für die Freie Hansestadt Bremen.

09/2017



Städtebaulicher Rahmenplan Neues Hulsberg-Viertel (Lorenzen Architekten GmbH, relais Landschaftsarchitekten BDLA, ARGUS Stadt- und Verkehrsplanung, Stand 27.04.2015)

„Die Bürgerbeteiligung zum Hulsberg-Viertel kann als Hüterin der städtebaulichen Ziele bezeichnet werden.“

Marion Skerra, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Koordination der Realisierung und Grundstücksverkauf: Städtische GEG (Grundstücksentwicklung Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co.KG)

Geschäftsbesorgung für die GEG: Hamburg Team (bringt Erfahrung aus ähnlichen Projekte wie z. B. dem Quartier 21 in Hamburg-Barmbek ein).

Kontakt

Marion Skerra
Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Referat 63, Planung, Bauordnung Bezirk Mitte
Contrescarpe 72, 28195 Bremen
0421/361 2482
marion.skerra@bau.bremen.de

Florian Kommer
GEG – Grundstücksentwicklung Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co. KG
Domshof 8-12, 28195 Bremen
0421/792 732 22
florian.kommer@geg-bremen.de

Weiterführende Informationen

<http://www.neues-hulsberg.de>
<http://www.geg-bremen.de>



Essen, Nordrhein-Westfalen

Umbau des Wohnquartiers Johanniskirchgärten

Der Umbau des Quartiers Johanniskirchgärten ist ein Leuchtturmprojekt im Stadtteil Essen - Altenessen. Mit hohen Qualitätsansprüchen an das Bauen und sensiblen Eingriffen in den Bestand ist ein attraktives Wohnquartier mit abwechslungsreichen Freiräumen gestaltet worden.

Kontext

Der Stadtteil Altenessen liegt im Essener Norden und war lange durch Kohle und Stahl geprägt. Auch die Vivawest Wohnen GmbH, die mit 120.000 Wohnungen zu den größten Wohnungsunternehmen in Deutschland zählt, hat ihre Wurzeln im Bau von Werks- und Bergmannswohnungen. Viele ihrer Siedlungen entstanden in der Nähe von Zechenstandorten, so auch die etwa 250 Wohnungen umfassende Siedlung im Quartier Bausemshorst, das heute „Johanniskirchgärten“ genannt wird.

Das Unternehmen ist auf eine langfristige und nachhaltige Bewirtschaftung der Bestände ausgerichtet. Hauptanteilseigner ist die RAG-Stiftung, die die sozialverträgliche Beendigung des subventionierten Steinkohlenbergbaus der RAG Aktiengesellschaft zum Ende des Jahres 2018 gewährleistet. Darüber hinaus wird die RAG-Stiftung die Finanzierung der Verpflichtungen aus den Ewigkeitsaufgaben des Steinkohlenbergbaus der RAG ab 2019 übernehmen. Die hierfür benötigten Mittel erhält die Stiftung in erheblichem Umfang über Beteiligungs- und Kapitalerträge.

Das drei Hektar große Quartier Johanniskirchgärten um den Bausemshorst ist aus einer in den 40er-Jahren errichteten Arbeitersiedlung hervorgegangen. Vor dem Umbau standen etwa 25 % der Siedlung leer und die einfachen Wohngebäude wiesen einen hohen Instandhaltungs- und Modernisierungstau und Kleinstwohnungen mit nicht mehr zeitgemäßen Wohnungsgrundrissen auf. Der Innenhof war durch Stellplätze und Garagen sowie einen Bunker belegt und auch der öffentliche Spielplatz war nicht mehr zeitgemäß gestaltet.

Altenessen gilt im Stadtgebiet Essen als Teil des „schwierigen Nordens“ mit sozialer Destabilisierung. Bei genauerer Betrachtung der Mikrolage ergaben sich für das Unternehmen jedoch zahlreiche positive Faktoren für eine Investition in den Standort: Das Quartier ist verkehrlich gut angebunden (ÖPNV und Auto), es gibt im Nahbereich gute Einkaufsmöglichkeiten und die Wohnzufriedenheit war, trotz des Negativ-Images des Stadtteils, vergleichsweise hoch. Als weitere Qualitäten wurden die Durchgrünung und der Altbaumbestand erkannt.



Links: Straßenansicht vor und nach dem Umbau (Vivawest/bgmr Landschaftsarchitekten); Mitte und rechts: Lageplan vor und nach dem Umbau (Vivawest)

Stadt/Stadtteil	Essen - Altenessen	Freiraumtypen	Wohnhöfe, Mietergärten
Einwohner (Stadt)	573.784	Projekträger	Vivawest Wohnen GmbH
Entwicklungsdynamik	wachsend	Projektlaufzeit	2007 – 2016
Raumbezug/Quartierstyp	Stadtquartier / Wohnsiedlung der 40er Jahre	Status	in Nutzung



Links: Gestalten mit Flächen für das Regenwasser; Rechts: durchgängig gestalteter Wohnhof mit differenzierten Freiräumen (Dirk Bannert)

Projektbeschreibung

Mit dem Umbau wollte die Vivawest Wohnen GmbH einen Impuls für eine Trendumkehr der negativen Entwicklung im Gebiet setzen und wählte hierfür einen ganzheitlichen Quartiersentwicklungsansatz. Ein insgesamt hoher, aber im Umbauaufwand differenzierter Qualitätsanspruch sollte schrittweise für einen größeren Mix an Wohnangeboten sorgen. Außerdem wollte das Unternehmen die vorhandenen Bewohner möglichst weiter als Mieter an das Quartier binden und auch neue Mieter hinzugewinnen. Der Umbau erfolgte orientiert an der Bestandsituation, wodurch die prägende Grundstruktur der offenen Blockrandbebauung erhalten geblieben ist.

Nach Abriss einiger Gebäude entstanden im ersten Bauabschnitt neue barrierefreie Wohnungen als Angebot für die zahlreichen älteren Bewohner im Gebiet. Gleichzeitig hat die Vivawest Wohnen GmbH ihr Kundencenter an den Standort Johanniskirchgärten verlagert und für die Mieter zusätzlich ein kostenloses Raumangebot für Feste und Gemeinschaftsaktivitäten geschaffen. In den weiteren Bauabschnitten wurden Wohnungen mit einem höheren Wohnstandard sowie Familien-Wohnen neu errichtet, um einen größeren Altersmix im Quartier zu erreichen. Für einen Teilbestand erfolgte eine einfache Modernisierung (v.a. der Außenfassaden), um den Wohnwert zu erhöhen, aber gleichzeitig die Mieterhöhung einzugrenzen.

Zur Quartiersaufwertung und höheren Wohnqualität tragen auch die neuen wohnungsbezogenen Freiräume bei. Als zentrales, räumlich verbindendes Element wurde der Innenhof durchgängig und

nutzbar gestaltet. Durch den Bunkerrückbau und die Verlagerung der Garagenhöfe an den Quartiersrand steht der gesamte Innenhof heute unter dem Leitbegriff „Garten der Generationen“ als nutz- und erlebbarer Freiraum zur Verfügung. Anstelle von Zäunen sorgen allein Hecken für Einfriedungen. Der in der Quartiersmitte gelegene und ohne Straßenquerung erreichbare öffentliche Spielbereich wurde mit finanziellen Mitteln des Wohnungsunternehmens und der Stadt modernisiert und durch neue Spielangebote ergänzt. Bewohner organisieren jedes Jahr ein gemeinsames Fest und werben hierfür Spenden bei den Bewohnern und dem Wohnungsunternehmen ein.

Balkone, Mietergärten in der Erdgeschosszone und Verandagänge vor den Wohnungen schaffen eine optimale Verbindung zwischen Innen- und Außenraum. Besonders die großzügigen, nach außen durch Lammellenvorsätze gefassten Verandagänge werden als alltägliche, niedrighschwellige Begegnungsräume von den unmittelbaren Nachbarschaften sehr gut angenommen.

Neue Gestaltungselemente im Innenhof sind offene Wasserflächen und Feuchtzonen. Über offene Bodenrinnen gelangt das Regenwasser von den Dächern zu den bepflanzten Wasserbecken mit Überläufen zu angrenzenden Versickerungsflächen. Dieses von Mulden und Rigolen ergänzte Regenwassersystem gewährleistet, dass die Siedlung heute vollständig von der Regenwasserkanalisation abgekoppelt ist und die Betriebskosten durch eingesparte Abwassergebühren gesenkt werden konnten.

Ziele

- Schaffung von Wohnraum für verschiedene Zielgruppen und Generationen und Anpassung der Grundrisse an heutige Bedürfnisse
- Abriss und Neubau zur Abschöpfung der Grundstücksreserven (Bauen im Bestand)
- Modernisierung der Bestände
- Ortsspezifische Identifikation durch qualitätsvolle Architektur und einen autofreien Quartiersgarten mit vielfältigen Nutzungsangeboten und hoher Aufenthaltsqualität
- Verbesserung des Mikroklimas und des Landschaftsbildes durch Wasserflächen

Instrumente und Maßnahmen

Umbau im Bestand

- Umbau in vier Bauabschnitten durch Abriss, Neubau und Modernisierung auf der Grundlage von Baugenehmigungen nach § 34 BauGB
- Ermittlung der Bewohnerbedarfe in Einzelinterviews. Am häufigsten wurden dabei die Barrierefreiheit und Erhöhung des Wohnungsstandards gewünscht
- Nutzung des Leerstandes in Altenessen für das Umzugsmanagement; Übernahme der Umzugskosten durch die Vivawest

Wohn- und Freiraumqualitäten für Jung und Alt

- Herstellung von Wohnungen für unterschiedliche Zielgruppen: optimierte 2-Zimmer-Wohnungen (rd. 60-67 m²), kleine 3-Zimmer-Wohnungen (rd. 75m²), komfortable 2- und 3-Zimmer-Wohnungen (rd. 80-110 m²), kleine und große Haus-in-Haus Wohnungen (rd. 80 m²/140 m²), Einfamilienhäuser als Kettenhäuser (rd.120 m²), Wohnungen im Bestand (rd. 30/45/60 m²)
- Mietergärten an Erdgeschosswohnungen, Balkone und Verandagänge, großzügige Hausflure und ein Mietertreff
- Autofreier, durchgängig gestalteter Innenraum mit Grün- und Spielflächen, Ruhe- und Kommunikationszonen
- Modernisierung und Neubau des zentralen, gut erreichbaren öffentlichen Spielplatzes (an-

stelle kleinteiliger Spielflächen)

- Regenwasserkonzept mit flachen Mulden und Rigolen, offenen Bodenrinnen und bepflanzten Wasserbecken
- Auszeichnung des Quartiers Johanniskirchgärten mit dem „Wasserzeichen“ im Rahmen der „Route des Regenwassers“ durch die Emshergenossenschaft (Gütezeichen für einen intakten Wasserkreislauf und eine naturnahe Regenwasserbewirtschaftung)

Pflege- und Unterhaltung des Freiraums

- Bündelung des Grünflächenmanagements und der Verkehrssicherung im Hause von Vivawest (auch die Grundpflege für die privaten Mietergärten wird als Angebot übernommen)
- Die öffentliche Spielplatzfläche und die öffentlichen Grünflächen werden teilweise vom Wohnungsunternehmen mit gepflegt

Finanzierung

- Durchschnittliche Monatsmiete vor Quartiersumbau: etwa 4,20 €/m²
- Investitionskosten Neubau / Modernisierung: rd. 20 Mio €
- KfW-Mittel in Höhe von 2,1 Mio. €
- Nettokaltmieten nach dem Umbau: im Neubau zwischen 7,75 bis 8,75 €/m², im Einfamilienhaus bei 8,25 €/m² und im modernisierten Altbau zwischen 5,10 und 5,60 €/m²

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Hohe Qualitätsstandards beim Bestandsumbau

Für eine zeitgemäße Neubebauung, die zum bestehenden Quartier passt und gleichzeitig die Spielräume für die bauliche Flächenausnutzung ausnutzen

sollte, waren gute Lösungen erforderlich. Erfolgsfaktoren waren v. a. die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Stadt und der nachhaltige, an einer qualitätsvollen Bestandsentwicklung und -haltung orientierte Planungsansatz des Unternehmens. Beispielhaft steht hierfür das Regenwasserkonzept, das allein auf den Gestaltungs- und Nachhaltigkeitsanspruch des Architekten zurückgeht und keine Vorgabe der Stadt war.

Die Stadt bewertet das Bauvorhaben der Vivawest Wohnen GmbH als vorbildlich. Gleichzeitig stellt die Stadt auch fest, dass dieser Nachhaltigkeitsanspruch nicht selbstverständlich ist. Die erreichten Freiraumqualitäten lassen sich rechtlich nicht einfordern, wenn sich das Vorhaben ansonsten in den Bestand einfügt und die „gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse“ gewahrt werden (unbestimmter Rechtsbegriff!). Stadt und Wohnungsunternehmen plädieren daher für einen höheren Standard im Sinne architektonischer und städtebaulicher Qualität, sowie einer nachhaltigen Freiraumentwicklung bei Bauvorhaben nach § 34 BauGB.



Die großzügigen Verandagänge sind zu beliebten nachbarschaftlichen Treffs geworden. Sie vermitteln zwischen Innen und Außen und lassen auch Platz für z. B. eine Bank vor der Tür (Dirk Bannert)

Innovation und Vorbildcharakter

Der Umbau des Quartiers Johanniskirchgärten ist ein Leuchtturmprojekt für Altenessen und für bestandsorientierte Umbauvorhaben. Durch das „Denken in Quartieren“ und die besonderen Qualitätsansprüche an das Bauen und Gestalten ist ein attraktives, lebenswertes Wohnquartier mit abwechslungsreichen Freiräumen entstanden. Sorgsam auf die unterschiedlichen Zielgruppen abgestimmte Angebote für unterschiedliche Generationen und die Gemeinschaftsnutzung von Räumen und Flächen vervollständigen den ganzheitlichen Ansatz.

Beispielhaft ist auch die klimaangepasste Bauweise, die mit einem hohen Gestaltungsanspruch für die Hof- und Gartenflächen verknüpft wurde. Hierdurch konnte die Siedlung vollständig von der Regenwasserkanalisation abgekoppelt werden. Das Mikroklima und das Landschaftsbild in der Siedlung werden durch die offenen Wasserflächen verbessert. Die Mieter profitieren von einem unverwechselbaren Umfeld und den sinkenden Mietnebenkosten, denn durch die Abkopplung entfallen die Abwassergebühren für das Regenwasser. Insgesamt konnten so rund 10.000 m² von der Kanalisation abgekoppelt werden – das entspricht etwa 6.600 m³ Wasser im Jahr.

Das Ziel, möglichst viele Bewohner im Quartier zu halten, ist nur eingeschränkt erreicht worden. Die Bewohner der Neubauten sind überwiegend zugezogen, in den einfachmodernisierten Wohngebäuden konnten die Bewohner jedoch größtenteils gehalten werden. Eine überraschende Erkenntnis für das Wohnungsunternehmen war, dass zahlreiche ältere Menschen, die in die Johanniskirch-

gärten zugezogen sind, vorher am Stadtrand oder im Umland in Einfamilienhäusern gewohnt haben. Diese haben sie meist an jüngere Familienmitglieder weitergegeben, zugunsten des qualitätsvollen Wohnens in den Johanniskirchgärten in barrierefreien Wohnungen mit Garten oder Veranden, mit optionalen Dienstleistungsangeboten, wie einer Betreuung auf Wunsch und dem Mietertreff sowie den Vorzügen einer guten städtischen Infrastruktur.

„Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile. Leider ist das Denken in Quartieren nicht bei allen größeren Bauvorhaben selbstverständlich.“

Architekt Michel Raimo Famulicki, Vivawest Wohnen GmbH

Projektchronologie

2006	Beginn Bauvorbereitung und Planung
2009	1. Bauabschnitt (Süd): Neubau: barrierefreie Wohnungen, Mietertreff und Kundencenter, Modernisierung im Bestand
2011	2. Bauabschnitt (Mitte Süd): 2 Neubauten: barrierefreie 2,5- und 3,5-Zimmer-Wohnungen mit Mietergärten oder Balkonen sowie Modernisierung im Bestand
2013	3. Bauabschnitt (Mitte Nord): 4 Neubauten: Maisonette-Haus-in-Haus-Wohnungen und rd. 100 m ² große Geschosswohnungen
2015	Spielplatz im „Garten der Generationen“
2016	4. Bauabschnitt (Nord): 11 (Miet-)Kettenhäuser für Familien, Modernisierung im Bestand mit Anbau von Balkonen

Akteure

Projekträger: Vivawest Wohnen GmbH; Dipl.-Ing. Architekt: Michel Raimo Famulicki; Stadt Essen: Detlef Robrecht, Leiter Bauaufsicht und Frau Gräwe, Leiterin Bauberatung Nord, beide im Amt für Stadtplanung und Bauordnung.

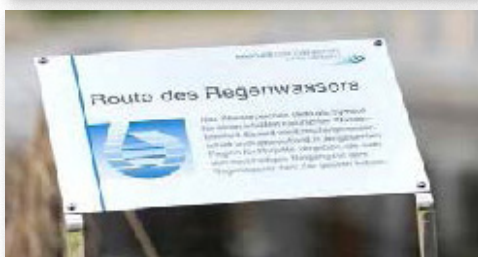
Kontakt

Architekt Michel Raimo Famulicki
Vivawest Wohnen GmbH
Nordsternplatz 1, 45899 Gelsenkirchen
0209/380 13178
michel-raimo.famulicki@vivawest.de

Vivawest Kundencenter Essen
Johanniskirchstraße 76, 45329 Essen
0201/36404-0

Weiterführende Informationen

www.vivawest.de



Auszeichnungen für die Gestaltung (Vivawest Wohnen GmbH)



Freie und Hansestadt Hamburg

Spot ON Hamm Horn: Integriertes Freiraumkonzept und Freiraummanagement

In diesem Pilotvorhaben wurde ein Integriertes Freiraumkonzept für zwei Stadtteile als Grundlage für die zukünftige Qualifizierung, Rückgewinnung und Sicherung urbaner Frei- und Grünräume erarbeitet. Das begleitende Freiraummanagement konnte Akteure identifizieren und motivieren, sich an einer kooperativen Umsetzung von Schlüsselprojekten zu beteiligen.

Kontext

In den beiden Hamburger Stadtteilen Hamm und Horn leben ca. 75.000 Einwohner. Die städtebauliche Struktur der Gebiete ist heterogen – im Schwerpunkt Wohnungsbau der Nachkriegszeit (Zeilenbauten) mit einem hohen Anteil an Genossenschaftswohnungen sowie teilweise großflächige Gewerbegebiete. Die Stadtteile sind Teilräume des strategischen Konzeptes „Stromaufwärts an Elbe und Bille“ der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen. Ein Schwerpunkt der zukünftigen Stadtentwicklung soll auf den Hamburger Osten gelegt werden. Auch die aktuell in der Überplanung befindliche Landschaftsachse Horner Geest verläuft durch den Planungsraum.

In beiden Stadtteilen ist eine Vielzahl öffentlicher Freiflächen mit ca. 210 ha Gesamtfläche vorhanden: große zusammenhängende Grünverbindungen (Landschaftsachse Horner Geest), bedeutende Parkanlagen (Hammer Park, Blohmspark, Horner Park), quartiersbezogene Grünzüge (Hamm-Mitte, Elisabethgehölz), Quartiersparks und -plätze bis hin zu großen Kleingartenflächen. Hinzu kommen halb-öffentliche und private Grünflächen, insbesondere im Bereich des Geschosswohnungsbaus.

Neben den Grünzügen tragen baumgeprägte Straßen und grüne Wege zur Vernetzung der Freiflächen bei.

Insbesondere die quartiersbezogenen Grünflächen sind jedoch häufig von geringerer Qualität für die Nutzer (z. B. Abstandsgrün zwischen Zeilenbauten). Der Pflegezustand im öffentlichen Grün ist vielfach unzureichend. Viele Freiräume machen insgesamt einen eher verwahrlosten Eindruck. Oft sind die Freiraumangebote nicht mehr zeitgemäß gestaltet und es fehlen Angebote für unterschiedliche Nutzergruppen. Eine integrierte Betrachtung aller Freiräume im Projektgebiet gab es bislang nicht.

Projektbeschreibung

Das Freiraumkonzept mit einem begleitenden Freiraummanagement war ein 2,5-jähriges Pilotvorhaben im Rahmen des Leitprojektes „Innenentwicklung“ der Metropolregion Hamburg, die zwei Drittel der Planungskosten finanziert hat. Initiiert wurde das Pilotprojekt durch die Untersuchung „Mehr Stadt in der Stadt: Gemeinsam zu mehr Freiraumqualität in Hamburg“ der Behörde für Umwelt und Energie im Rahmen der Qualitätsoffensive Freiraum, die Instrumente und Verfahren zur Qualifizierung von Freiräumen in der verdichteten Stadt im Sinne der Doppelten Innenentwicklung aufzeigt.

Das Pilotprojekt SpotON Hamm Horn erprobt zwei innovative Ansätze der quartiersbezogenen Freiraumentwicklung in der Praxis: Ein Integriertes Freiraumkonzept zur Analyse der räumlichen und funktionalen Zusammenhänge sowie als konzeptionelle Grundlage für die Freiraum- und Quartiersentwicklung und ein Freiraummanagement zur Beförderung der Umsetzung von Maßnahmen in Schwerpunkträumen durch die prozessbegleitende Aktivierung von Kooperationspartnern und Akteuren in den Quartieren.



Freiraumkonzept Hamm Horn (Behörde für Umwelt und Energie / Bruun & Möllers; Ausschnitt)

Stadt/Stadtteil	Hamburg Hamm und Horn	Freiraumtypen	Grünzug, Parks, Grünflächen, Plätze, Wohnumfeldgrün
Einwohner (Stadt)	1.787.408	Projektträger	Behörde für Umwelt und Energie der FHH
Entwicklungsdynamik	wachsend	Projektlaufzeit	Oktober 2014 - März 2017
Raumbezug/Quartierstyp	Heterogen strukturierte Stadtteile (v. a. Nachkriegsbebauung)	Status	Abgeschlossen

Im Rahmen der Erarbeitung des Freiraumkonzeptes wurden eine flächendeckende Bestandsaufnahme aller öffentlichen und privaten Freiräume in den beiden Stadtteilen und eine Potenzialanalyse durchgeführt. Im Rahmen einer Planungswerkstatt mit Schlüsselakteuren erfolgte eine Auswahl von Schwerpunkträumen zur vertiefenden Bearbeitung, in denen Schlüsselprojekte vorbereitet bzw. realisiert werden sollten.

Zentrale Aufgaben des Freiraummanagements waren die Identifizierung und Aktivierung von Akteuren (Bevölkerung, Initiativen und Wohnungswirtschaft), die Sammlung von Projektideen, die Konzeptionierung von ausgewählten Projekten gemeinsam mit Akteuren in den Stadtteilen, die Bildung von Kooperationen und die Erschließung von Mitteln zur Finanzierung. Von zentraler Bedeutung war zudem die Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt: Logo, Infolyer und Plakate, eine Internetseite und laufende Pressearbeit sowie Vorstellung des Projektes in politischen Gremien, Beiräten und Stadtteilkonferenzen.

Die Akteure vor Ort wurden vor allem im Rahmen von Quartiersspaziergängen und durch konkrete projektbezogene Ansprache in den eher kleinräumigen Identifikationsräumen erreicht. Neben dem Erfahrungsaustausch dienten die Spaziergänge als Informationsveranstaltungen für das Gesamtprojekt sowie als Motivation für eine spätere Beteiligung im Rahmen der Umsetzung von Maßnahmen. In ausgewählten Schwerpunkträumen wurden unterschiedliche Beteiligungsformate angewendet, um vor Ort möglichst viele Nutzergruppen zu erreichen, um mit ihnen über die Räume und mögliche Maßnahmen der Freiraumentwicklung zu diskutieren bzw. diese zu entwickeln.

Zur beispielhaften Umsetzung von Maßnahmen wurden im Freiraumkonzept Schwerpunkträume in den Stadtteilen identifiziert. In diesen Räumen bzw. für die Projektideen wurden gezielt Akteure zusammengebracht, um Kooperationen zur Finanzierung und Umsetzung der Projekte zu bilden. Das Pilotprojekt verfügte jedoch über kein eigenes investives Budget und konnte daher nur „Hilfe zur Selbsthilfe“ leisten.

Ziele

- Erprobung und Weiterentwicklung der Instrumente Freiraumkonzept und Freiraummanagement in der Praxis
- Übertragbarkeit auf andere Stadtteile
- Erarbeitung einer stadtteilbezogenen konzeptionellen Grundlage für die Freiraumentwicklung
- Sensibilisierung, Aktivierung und Motivierung unterschiedlicher Akteure für die Freiraumentwicklung in den Quartieren (Bevölkerung, Initiativen, Wohnungswirtschaft)
- Konzepterstellung für Teilprojekte als Vorbereitung für die Umsetzung
- Akquise von Mitteln für die Realisierung von Maßnahmen (Fördermittel, Kofinanzierung, Sponsoring)
- Bildung von Kooperationen zur Umsetzung und Verstetigung von Maßnahmen bzw. Projekten („Hilfe zur Selbsthilfe“)



Beteiligung bei der Erstellung des Freiraumkonzeptes (Behörde für Umwelt und Energie / BIG Städtebau)

Zur Koordinierung und Abstimmung gab es regelmäßige Verwaltungsrunden mit den Fachbehörden und den verantwortlichen Fachämtern der Bezirksverwaltung. Zur Vermeidung von Doppelstrukturen wurden die zahlreichen bestehenden Gremien durch aufsuchende Informationen über die jeweiligen Schwerpunkträume eingebunden. Auch die Politik wurde regelmäßig informiert, aber nicht formal in den Prozess eingebunden.

Über das Bezirksamt und die Gremien wurden Schlüsselakteure aus verschiedenen Interessensgruppen in den Quartieren identifiziert und angesprochen. Diese Schlüsselakteure wurden in Planungswerkstätten zur Qualifizierung des Konzeptes und die Auswahl der Schwerpunkträume eingebunden. Auch die Zusammenarbeit mit Vereinen und Initiativen wurde gezielt gesucht, um sie für die Freiraumentwicklung zu gewinnen. Die Wohnungswirtschaft wurde als besonders relevanter Akteur gesondert angesprochen – im Schwerpunkt Wohnungsbaugenossenschaften und das kommunale Wohnungsunternehmen SAGA GWG.

Instrumente und Maßnahmen

Integriertes Freiraumkonzept

Auf Grundlage einer breiten Bestandsaufnahme öffentlicher und privater Freiräume sowie einer Potenzialanalyse im räumlichen und funktionalen Zusammenhang bildet das Konzept eine Grundlage für die Qualifizierung, Rückgewinnung und Sicherung urbaner Frei- und Grünräume in Hamm und Horn.

Identifizierung von Schwerpunkträumen

Auf Grundlage des Freiraumkonzeptes sowie der Einschätzungen von Verwaltung und Schlüsselakteuren wurden in einer Planungswerkstatt Schwerpunkträume identifiziert. Kriterien für die Auswahl der Räume waren die Berücksichtigung unterschiedlicher Freiraumtypologien (z. B. Grünzug, Straßenraum, Wasserlagen, Quartiersplatz), die Bearbeitung verschiedener Themen und Ansätze der Freiraumentwicklung (z. B. Natur in der Stadt, temporäre Nutzung, Mehrfachnutzung) sowie die Übertragbarkeit auf andere Projekte.

Freiraummanagement

Das Freiraummanagement diente der Identifizierung und Aktivierung von Akteuren in den Stadtteilen, der Öffentlichkeitsarbeit für die Freiraumentwicklung sowie der Konzeptentwicklung für Teilprojekte in den Schwerpunkträumen und der Bildung von Kooperationen für die Umsetzung von Aktivitäten sowie Akquise von Finanzmitteln.

Konzepte bzw. Handlungsleitfäden wurden für folgende Projekte erarbeitet:

- Joggingstrecke: Schaffung einer Laufstrecke zur Verbindung von Teilräumen bzw. Freiräumen.
- Carl-Petersen-Straße: Verbesserung der Aufenthaltsqualitäten in einer Wohn- und Geschäftsstraße. Die Grundeigentümer

diskutieren die Einrichtung eines Business Improvement Districts (BID).

- Quartiersplatz: Entwicklung einer Straßenkreuzung zum Quartiersplatz. Ein Nachbarschaftsfest soll aufgrund des großen Erfolgs verstetigt werden.
- Horner Park: Vertiefungsthema StadtNatur.
- Grünzug Hamm-Mitte: Sicherung und Aufwertung bzw. Herstellung von Verbindungen zwischen den heterogenen Teilräumen zur Herstellung eines qualitativvollen Grünzuges.
- Löschplatz Hamm: Freifläche am Wasser mit vielfältigen Potenzialen für das Quartier nutzbar machen und Synergieeffekte mit der Nachverdichtung im Umfeld nutzen.
- Green Gym: Mit einem mobilen Ansatz (Lastenrad) ist das Projekt an unterschiedlichen Orten aktiv. Ziel ist, durch Bewegung und Parkpflege im öffentlichen Grün die Integration, soziale Kontakte sowie körperliche und seelische Gesundheit zu fördern.

Finanzierung

- Gesamtbudget ca. 210.000 € für die Konzepterstellung und das Freiraummanagement – kein Budget für investive Maßnahmen
- 80 % Förderung durch das „Leitprojekt Innenentwicklung“ der Metropolregion Hamburg
- Kofinanzierung und Sponsoring für Teilprojekte / Maßnahmen:
GreenGym (35.000 € von Wohnungsbaugenossenschaften und Bezirksamt)
Stadtteilstadt (2.500 € von Sponsoren)
Grünzug Hamm-Mitte (100.000 € Fördermittel für Impulsmaßnahmen vom Bezirksamt Hamburg-Mitte und der BUE)
Joggingstrecke (Akquise von Sponsoren läuft)
Carl-Petersen-Straße (Zusage der Grundeigentümer zur privaten Finanzierung von Maßnahmen im Rahmen eines BID)

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Die Aktivierung von Akteuren, die Bildung von Kooperationen und die Konkretisierung von Schlüsselprojekten sind zeitaufwändig und benötigen entsprechende Ressourcen für die Betreuung und Kommunikation vor Ort. Auch in der Verwaltung müssen ausreichende Ressourcen und Kompetenzen bereitgestellt werden, damit eine kontinuierliche Abstimmung gewährleistet werden kann. Im Pilotprojekt standen diese Ressourcen in einem begrenzten Umfang zur Verfügung – in der kommunalen Alltagspraxis ist dies jedoch keine Selbstverständlichkeit.



Der Löschplatz in Hamm: Ungenutzte Qualitäten als urbaner Freiraum (Behörde für Umwelt und Energie / BIG Städtebau)

Für die Bildung von Kooperationen lassen sich aus den Erfahrungen Handlungsempfehlungen ableiten. Die Identifizierung und Aktivierung von Schlüsselakteuren ist von zentraler Bedeutung und muss auskömmlich kalkuliert werden. Die Akteure müssen vor Ort angesprochen werden. Dabei sind konkrete Bezüge der Akteure zu einzelnen Freiräumen (Identifikationsräume) wichtig. Mögliche Kooperationspartner wie Wohnungswirtschaft, Grundeigentümer, Vereine und Institutionen müssen mit Bildern und Visionen konkret angesprochen werden. Die Nutzung bestehender Strukturen (z. B. Gremien oder Netzwerke) ist sinnvoll, um die Bildung von Doppelstrukturen zu verhindern.

Im Rahmen des Projektes standen weder investive Mittel zur Umsetzung von Maßnahmen noch Mittel für Aktionen und Veranstaltungen zur Verfügung. Dies hat die Akquise von Sponsoringmitteln und privaten Kofinanzierungen deutlich erschwert. Für die Sichtbarmachung von Aktivitäten und die Realisierung von Schlüsselmaßnahmen müssen investive Mittel verfügbar sein, um die Aktivierung und Beteiligung zu erleichtern. Ebenso ist ein Verfügungsfonds für Aktionen zur Beteiligung und Aktivierung notwendig, auf den unmittelbar und unbürokratisch

Innovation und Vorbildcharakter

Das Pilotvorhaben hat exemplarisch für die Stadtteile Hamm und Horn ein Integriertes Freiraumkonzept erarbeitet und liefert so eine konzeptionelle Grundlage für die zukünftige Qualifizierung, Rückgewinnung und Sicherung urbaner Frei- und Grünräume in diesen Gebieten. Durch die Erprobung in der Praxis wurden Erkenntnisse für die Weiterentwicklung des Instrumentes und die Anwendung in anderen Quartieren gewonnen.

Durch das begleitende Freiraummanagement konnten Akteure (Bevölkerung, Initiativen und Wohnungswirtschaft) identifiziert und motiviert werden, sich an der integrierten und kooperativen Freiraumentwicklung im Gebiet zu beteiligen. Dieses Instrument hat sich bewährt, um die identifizierten Schlüsselprojekte mit interessierten Akteuren im Rahmen freiraumplanerischer Konzepte soweit vorzubereiten, dass eine Umsetzung kurz- bis mittelfristig möglich wird.

Projektchronologie

- 2014 Bewilligung der Fördermittel und Projektstart
- 2015 Freiraumkonzept: Bestandsaufnahme und Potenzialanalyse
Freiraummanagement: Akteursanalyse, Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit
- 2016 Freiraumkonzept: Bildung von Schwerpunkträumen, Abstimmung des Konzeptes

09/2017

zugriffen werden kann. Nach den Erfahrungen in Hamm Horn würde ein Budget von 10.-15.000 € pro Jahr ausreichen, um Akteure zu motivieren und Maßnahmen zu unterstützen.

Der Planungsraum war mit zwei Stadtteilen zu groß und zu heterogen. Die Größe und die breit angelegte Beteiligung erfordern einen sehr hohen Arbeits- und Betreuungsaufwand für das Freiraummanagement. Es ist zu empfehlen, Identifikationsbezüge beim Gebietszuschnitt zu berücksichtigen, um Akteure zu mobilisieren.

Für die Steuerung des Verfahrens müssen eine Vielzahl von Akteuren im Stadtteil und aus dem Bezirk bzw. der Gesamtstadt koordiniert werden. Die Erfahrungen im Pilotprojekt zeigen, dass die Einrichtung einer Lenkungsgruppe (hier Planungswerkstatt) mit Schlüsselakteuren sinnvoll ist. Allerdings müssen Erwartungen/Zielstellungen realistisch formuliert werden und das Gremium in seiner Größe arbeitsfähig sein (nicht mehr als 15 oder 20 Mitglieder). Die Koordinierung der Verwaltung muss verwaltungsintern erfolgen. Möglichst alle relevanten Akteure sollten eingebunden werden, die für die Realisierung von Maßnahmen bzw. parallele Planungen verantwortlich sind, z. B. Fachämter, Investoren.

„Es ist gelungen, die Freiraumentwicklung in Hamm und Horn zum Thema zu machen und Akteure zu motivieren.“

Cordula Rasuli, Behörde für Umwelt und Energie

Freiraummanagement: Konkretisierung und Umsetzung von Einzelmaßnahmen

2017 Projektabschluss und Dokumentation

Akteure

Projekträger: Behörde für Umwelt und Energie / Referat Gesamtstädtische Freiraumentwicklung in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Hamburg-Mitte

Beauftragte: Bruun & Möllers (Konzept) und BIG Städtebau (Management)

Beteiligte Akteure in den Stadtteilen: Bevölkerung, Initiativen, Wohnungswirtschaft, Institutionen

Kontakt

BUE Behörde für Umwelt und Energie
Amt für Naturschutz, Grünplanung und Energie,
Referat Gesamtstädtische Freiraumentwicklung
Cordula Rasuli
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
040/42840 8054, cordula.rasuli@bue.hamburg.de

Weiterführende Informationen

<http://www.hamburg.de/spot-on-hamm-horn>



Hannover, Niedersachsen

Grüne Mitte Hainholz

Die integrierte Quartiersentwicklung in Hainholz ist ein gutes Beispiel für die Rückgewinnung und Qualifizierung von verwahrlosten und mindergenutzten Freiräumen im Zentrum des Stadtteils. Die Grüne Mitte verbindet attraktive urbane Freiräume mit einer vielfältigen sozialen und kulturellen Infrastruktur.

Kontext

In Hainholz am nördlichen Innenstadtrand von Hannover leben 7.180 Einwohner (1.1.2015) aus fast 90 Nationen. Hainholz ist vor allem ein Wohnquartier mit Kleingewerbe, Einzelhandel und Gastronomie in den Randbereichen. Neben gründerzeitlicher Blockrandbebauung in mehrgeschossiger Bauweise unterschiedlichen Alters, gibt es auch Zeilenbebauung, aber kaum Einfamilienhäuser. Die Freiraumstruktur im Stadtteil ist vielfältig: Ausgedehnte Kleingartenbereiche, Spielplätze, teilweise wohnungsbezogene Freiflächen sowie viele frei zugängliche öffentliche Grünflächen.

Seit 2001 wird die Quartiersentwicklung im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ geför-

dert. Die Entwicklung des Stadtteils wurde jahrzehntelang durch eine Vorhaltetrasse für eine vierspurige Stadtautobahn (Niedersachsenring) behindert. Das Zentrum des Quartiers war durch brachliegende und mindergenutzte Flächen gekennzeichnet, teilweise verwahrlost und umzäunt. Zentrale öffentliche Infrastruktureinrichtungen (Grundschule, Naturbad, Kulturtreff, Kita) waren modernisierungsbedürftig. Voraussetzung für die Schaffung der Grünen Mitte Hainholz war die 2005 erfolgte Aufhebung der geplanten Trasse als Hauptverkehrsstraße im Flächennutzungsplan. Anschließend erfolgt die Änderung des Bebauungsplans und die Umsetzung konnte starten.

Projektbeschreibung

Herzstück des Gesamtprojektes „Neue Mitte Hainholz“ ist die Grüne Mitte. Unter Einbeziehung des alten Baubestandes wurde ein vier Hektar großer „Park der Generationen“ geschaffen, der die

räumliche Klammer zwischen den Teilprojekten der Neuen Mitte bildet und so die wichtigen sozialen und kulturellen Einrichtungen verbindet: im Süden ein belebter Stadtplatz mit der „Bank der Generationen“ vor dem Kulturhaus und dem Familienzentrum, ein verbindendes Spiel- und Aktionsband für alle Altersgruppen (Spielplatz, Bolzplatz, Fitness-Parcours) zwischen dem urbanen und dem landschaftlich-grünen Teil der Anlage, im Norden eine Parklandschaft mit dem neu gestalteten Eingangsbereich des Naturbades und dem Lückenschluss des innerstädtischen Radrundwegs.

Der Park und seine angrenzenden Einrichtungen bieten allen Bevölkerungsgruppen unabhängig von Alter oder Nationalität einen Ort der Begegnung und der Kommunikation sowie einen Treffpunkt für spielerische und sportliche Aktivitäten. Die Nutzungsfrequenz der Einrichtungen belebt die Freiräume und macht sie sicher durch soziale Kontrolle. Gleichzeitig bieten die Freiräume zusätzliche Aktivitätsmöglichkeiten, die wiederum auch den Einrichtungen zu Gute kommen.



Kulturhaus Hainholz in der Grünen Mitte (HCU Hamburg)

Stadt/Stadteil	Hannover Hainholz	Freiraumtypen	Parkanlage, Grünzug, Spiel- und Sportplätze, Stadtplatz
Einwohner (Stadt)	532.163	Projektträger	LH Hannover, Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Entwicklungsdynamik	Überdurchschnittlich wachsend	Projektlaufzeit	2008-2013
Raumbezug/Quartierstyp	Gründerzeitquartier und Nachkriegsbebauung	Status	In der Nutzung



Details des Spiel- und Aktionsbandes in der Grünen Mitte (HCU Hamburg)

Die offene Gestaltung und die Einsehbarkeit der Freiräume erhöhen zudem das Sicherheitsempfinden der Nutzer. Aus dem früheren Angstraum ist durch die Umgestaltung ein attraktiver multifunktionaler, grüner Freiraum geworden.

Ein wichtiges Infrastruktur-Projekt war die Umnutzung der ehemaligen Schule zum „Kulturhaus Hainholz“, ein Zentrum für stadtteilbezogene Kultur- und Bildungsarbeit in der Stadtteilmitte. Weitere Teilprojekte im Stadtteil haben ebenfalls starke Bezüge zu den urbanen Freiräumen. Am Stadtteileingang Süd wurde durch Veränderung der Verkehrsführung ein kleiner Stadtplatz geschaffen. Der Lückenschluss des innerstädtischen Radrundwegs (Julius-Trip-Ring) wurde realisiert.

Durch den Neubau eines Parkplatzes im Umfeld konnte der ruhende Verkehr verlagert und die Grüne Mitte autofrei gestaltet werden. Die umzäunte Liegewiese des Naturbades wird außerhalb der Badesaison geöffnet und als Stadtteilpark genutzt.

In Hainholz existierte bereits vor dem Projekt eine ausgeprägte Beteiligungs- und Mitsprachekultur. Daher wurde von Anfang an großer Wert auf eine sowohl breite als auch zielgruppengerechte Beteiligung gelegt. Hierzu wurde auf Netzwerke und Beteiligungsformate aus dem vorherigen Sanierungsprozess zurückgegriffen. Zudem wurden durch aufsuchende Beteiligung gezielt die Gruppen angesprochen, die sich im Rahmen üblicher Beteiligungsformate meist nicht äußern bzw. nicht erreicht werden.

Ziele

- Entwicklung einer identitätsstiftenden Mitte durch Umgestaltung einer langjährigen Planungsbrache
- Grüne Mitte als verbindender Raum zwischen den Teilprojekten der Neuen Mitte
- Förderung eines durchmischten Quartiers: Entwicklung und Verstetigung „stabiler Nachbarschaften“
- Integrierte Quartiersentwicklung mit enger Verzahnung von Maßnahmen zur wirtschaftlichen Gesundung mit Projekten zur Verbesserung der Aufenthaltsqualitäten sowie der sozialen, kulturellen und Bildungsinfrastruktur
- Verbesserte Vernetzung mit anderen Stadtteilen (innerstädtischer Radrundweg)



Maßnahmenplan Sanierungsgebiet Hainholz, Stand Juni 2017 (Stadt Hannover)

Instrumente und Maßnahmen

Konzepte und Pläne

Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich des Hainhölzer Marktes (Aufhebung der Vorhaltetrasse Niedersachsenring)

Änderung des gültigen Bebauungsplans im Bereich der Grünen Mitte Hainholz

Integriertes Handlungskonzept Hainholz (seit 2004 jährlich fortgeschrieben) als gemeinsame Leitlinie für die Umsetzung im Rahmen von Soziale Stadt

Städtebaulicher Rahmenplan Hainholz 2005

Vorhabenbezogene Bebauungspläne für den Hainhölzer Markt

Umgestaltung der Freiräume

Umsetzung in vier Bauabschnitten:

- 1. BA: Wegeverbindung am Naturbad
- 2. BA: Platz mit Bank der Generationen vor dem Kulturhaus sowie Spiel- und Aktionsband mit Spielplatz, Bolzplatz und Fitness-Parcours
- 3. BA: Landschaftspark mit alten Baumbeständen, Neugestaltung des Vorplatzes des Naturbades, neue Fuß- und Radwege auf der ehemaligen Niedersachsenringtrasse
- 4. BA: Radweg und Grünzug westlich der Schulenburger Landstraße (Lückenschluss Julius-Trip-Ring)

Soziale und kulturelle Infrastruktur

Der Umbau der sozialen und kulturellen Infrastruktur war von großer Bedeutung für die Grüne Mitte. Hierzu zählt die Sanierung und Nachnutzung eines alten Schulgebäudes als Kulturhaus (Kulturtreff Hainholz und Volkshochschule mit Tages- und Abendralschule) und die Modernisierung einer Sporthalle.

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Die ressortübergreifende Zusammenarbeit, die Bündelung von Ressourcen (Personal und Mittel) sowie die räumliche und zeitliche Konzentration vieler Aktivitäten und Investitionen in einem Projektzeitraum von nur fünf Jahren waren die zentralen Herausforderungen der integrierten Quartiersentwicklung in Hainholz. Viele unterschiedliche Fachbereiche und Dezernate waren aufgrund der Zuständigkeiten beteiligt und haben in einer verwaltungsinternen Projektsteuerungsrunde zusammengearbeitet.

Das Sachgebiet Stadterneuerung musste die Finanzierung und auch die Realisierung der Projekte koordinieren, hatte im Verfahren jedoch keine Durchführungskompetenz bzw. war anderen Bereichen gegenüber nicht weisungsbefugt. Entsprechend war die Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung nicht

in unmittelbarer Nachbarschaft zum Kulturhaus hat das kommunale Wohnungsunternehmen mit EFRE-Förderung einen Neubau errichtet und an die Stadt vermietet. Das 2012 eröffnete Familienzentrum bietet Krippe, Kindergarten und Hort sowie Elterncafé.

Beteiligung und Zusammenarbeit

- Ressortübergreifende Zusammenarbeit in der Stadtverwaltung
- Quartiersmanagement von Baudezernat und Sozialdezernat
- Breites Akteursspektrum aus Verwaltung, Politik und Einwohnerschaft
- Mehrstufiger Beteiligungsprozess: Anwohnerforen, Beteiligungs- und Planungsworkshops
- Formelle Beteiligungsgremien (Stadtteilforum und Sanierungskommission)
- Sonstige Zusammenschlüsse (Stadtteilrunde und Gewerbeverein)
- Quartiersfonds (25.000 € p.a.)

Finanzierung

Die Finanzierung der umfangreichen Investitionen erfolgte durch Bündelung unterschiedlicher öffentlicher und privater Finanzierungsquellen:

- Städtebauförderung
- EFRE (2007-2013)
- Landeshauptstadt Hannover (Straßenbau, Schulsanierung etc.)
- Investitionspakt
- Richtlinie Investitionen Kinderbetreuung (RIK)
- Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH GBH
- Stiftungen und private Mittel

immer konfliktfrei und es gab auch unterschiedliche Intensitäten des Engagements. Hilfreich wären hier Dienstanweisungen oder Projektvereinbarungen als Grundlage für die ressortübergreifende Kooperation sowie Projektsteuerungsgruppen auf Arbeitsebene.

Durch die Bündelung von Ressourcen und Kapazitäten konnte die Zeit zwischen Ideen, Planung und Realisierung verkürzt werden und Veränderungen waren schnell sichtbar. Ebenso konnte die Freiraumentwicklung als Impuls für (private) Folgeinvestitionen genutzt werden. Eine Finanzierung durch Fördermittel aus unterschiedlichen Quellen ist üblich bei der Umsetzung von vielen Projekten. Gleichzeitig sind die Verfahren komplex und die Vorgaben für die Mittelverwendung unterschiedlich und teilweise restriktiv.

Hilfreich wäre, eine mittelfristige Finanzplanung auch bei Fördermitteln zu ermöglichen (z. B. Übertragung von Mitteln ins nächste Haushaltsjahr), Abrechnungsmodalitäten zu vereinfachen und auch nicht-investive Aktivitäten zu fördern.

Die Grüne Mitte hat als verbindender Raum zwischen den Teilprojekten der Neuen Mitte Hainholz besonders vielfältigen Nutzungsansprüchen zu genügen. Hierbei musste auf eine robuste und flexible Freiraumgestaltung und Ausstattung (Materialien, Gestaltung, Anpassungsfähigkeit) sowie auf barrierefreie Gestaltung geachtet werden. Von Bedeutung war auch die Einbeziehung der zukünftigen Nutzer, um auf spezifische Wünsche und Bedürfnisse einzugehen, z. B. einen Sichtschutz.

Innovation und Vorbildcharakter

Mit der Grünen Mitte Hainholz ist es gelungen, aus einem verwahrlosten und mindergenutzten Stadtteil eine lebendige Quartiersmitte mit großzügigen Nutzungsgemischten Freiräumen sowie attraktiver sozialer und kultureller Infrastruktur zu schaffen. Heute nutzen Quartiersbewohner aller Altersgruppen die Freiräume, die sich früher in manche Ecken nicht getraut haben.

Der Erfolg des Projektes liegt neben dem Umstand, dass sich die Flächen vollständig im städtischen Eigentum befinden, insbesondere in der Bündelung vielfältiger Ressourcen und einem konzentrierten Management in einem klaren Zeitfenster. Aufgrund der besonderen Rahmenbedingungen konnten Ideen und Maßnahmen relativ zügig umgesetzt werden. Fortschritte und Veränderungen waren so erlebbar und schnell sichtbar. Die umfassende Beteiligung des Stadtteils am Ideen-, Planungs- und Umsetzungsprozess hat dazu beigetragen, dass die Grüne Mitte zum Identifikationspunkt geworden ist, Einrichtungen gut angenommen und die Freiräume intensiv angeeignet werden.

Projektchronologie

- 2001 Start Programmförderung „Soziale Stadt“
- 2005 F-Plan Änderung und Städtebaulicher Rahmenplan Hainholz
- 2008 Bewilligung EFRE-Förderung „Neue Mitte Hainholz“, Anwohnerforum „Grüne Mitte“ / Planungsworkshop und Wettbewerb
- 2010 Eröffnung Kulturhaus
- 2011 1. und 2. Bauabschnitt: Grünverbindung, Stadtplatz und Park der Generationen
- 2012 3. und 4. Bauabschnitt: Fortsetzung Park und Grünzug und westliche Grünverbindung,

09/2017

Die unterschiedlichen Nutzungsangebote in direkter räumlicher Nähe sowie die offene Gestaltung der Angebote fördern und bieten Raum für Begegnung und Kontakte auch zwischen unterschiedlichen Gruppen, z. B. Jugendlichen und Senioren. Die Wechselbeziehungen zwischen Freiräumen und angrenzenden Nutzungen können für die Belebung und Bespielung sowie die soziale Kontrolle der Freiräume genutzt werden.

Eine Herausforderung insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen ist, Beteiligung und Engagement dauerhaft zu sichern. Hier gilt es, informelle und offene Teilnehmungsstrukturen zu fördern und ggf. auch neue / innovative Teilnehmungsangebote auszuprobieren.

„Dort, wo früher eine Art Niemandsland sich weder zum Aufenthalt noch zum Durchqueren anbot, sind ein Stadtteilpark sowie soziale und kulturelle Einrichtungen entstanden, die zum Aufenthalt, zur Begegnung und zur Aktivität einladen.“

LH Hannover 2014: „Neue Mitte Hainholz – offen für Alle!“

- Fertigstellung Turnhalle, Fertigstellung Familienzentrum, Eröffnung „Grüne Mitte“
- 2013 Bauabschnitt 3b: Fertigstellung Vorplatz des Naturbades Hainholz
- 2014 Auszeichnung mit dem Preis „Soziale Stadt“

Akteure

Projekträger: Landeshauptstadt Hannover / Fachbereich Planen und Stadtentwicklung

Weitere kommunale Beteiligte: Städtische Fachbereiche Umwelt und Stadtgrün, Gebäudemanagement, Bildung und Qualifizierung, Tiefbau, Soziales, Wirtschaft, Finanzen und weitere sowie GBH Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover

Bewohner, Netzwerke und Initiativen, z. B. Hainholzer Kulturgemeinschaft und Stadtteilforum

Beauftragte Fachplaner und Gutachter

Kontakt

LH Hannover, Fachbereich Planen und Stadtentwicklung, OE 61.41 Stadterneuerung
Rudolf-Hillebrecht-Platz 1, 30159 Hannover
0511/16844485
61.41@hannover-stadt.de

Weiterführende Informationen

Kurzlink Sanierungsgebiet Hainholz:
<http://bit.ly/2uVD8Fj>



Kiel, Schleswig Holstein

Sport- und Begegnungspark Gaarden: Freiraummanagement

Mit dem Sport- und Begegnungspark wurde ein blockierter Freiraum in Stadtquartieren mit Freiraumdefiziten und sozialen Problemlagen geöffnet und als multifunktionaler urbaner Freiraum gestaltet und belebt. Ein Freiraummanagement und eine Interessengemeinschaft organisieren dessen Betrieb und Weiterentwicklung.

Kontext

Der Sport- und Begegnungspark ist heute nach der Umgestaltung ein weitläufiges Parkareal, das vielfältige Angebote für Sporttreibende, Bewegungs- und Begegnungssuchende anbietet und die Stadtteile Gaarden und Ellerbeck miteinander verbindet.

Dieser neue Parktyp ist als ein Modellvorhaben auf einem vernachlässigten und zahlreiche Mängel aufweisenden Freiraumareal entstanden. Dort lagen mehrere Sport- und Freizeitanlagen, die sozial belegt wirkten, dicht an dicht und getrennt von Zäunen nebeneinander. Die zwischen den Vereinsflächen liegenden Wege, Grünzonen und Zugänge waren in einem desolaten Zustand, teilweise zugewachsen und stellten Angsträume dar. Erkennbare und zum Besuch einladende Freiraumangebote für den benachbarten mit Freiräumen unterversorgten Stadtteil Gaarden waren nicht vorhanden.

Vor dem Hintergrund der mangelhaften Freiraumfunktionen und der sozialen Bedarfe für Bewegung und Begegnung im Freiraum v.a. für den sozial benachteiligten Stadtteil Gaarden beschloss die Ratsversammlung im Jahr 2007 die Umsetzung des Modellvorhabens „Sport- und Begegnungspark auf dem Ostufer“. Ein längerer Bürgerbeteiligungsprozess und Aktivitäten wie das erste Sommerferienprogramm „Spaß im Park“, zeigten den Bewohnern der umliegenden Stadtteile die Möglichkeiten auf, wie das Areal zukünftig genutzt werden könnte.



Masterplan Sport- und Begegnungspark mit der Hauptachse und dem multifunktional nutzbaren Coventryplatz (Kessler, Krämer Landschaftsarchitekten, Flensburg)

Projektbeschreibung

Die konkreten Maßnahmen zur Öffnung und Umgestaltung des Sportareals sind in einem gestuften Beteiligungsverfahren unter Ansprache der Sportvereine, Schulen und sozialen Einrichtungen im Stadtteil definiert worden. Daraufhin wurde die ca. 37 Hektar umfassende Fläche des Sportparks erstmalig als zusammenhängende Einheit überplant und auf der Basis eines Wettbewerbes ein

freiraumplanerisches Gesamtkonzept mit einem Gestaltungshandbuch und einem Kommunikationskonzept erstellt. Um alle Nutzer und interessierten Akteure einzubinden wurde die Interessengemeinschaft Sportpark gegründet, der mittlerweile 22 Partner angehören.

Für die stadträumliche Öffnung des blockierten Freiraumareals wurde eine neue Hauptwegeach-

Stadt/Stadtteil	Kiel-Gaarden	Freiraumtypen	Sport- und Begegnungspark
Einwohner (Stadt)	246.306	Projektträger	Landeshauptstadt Kiel, Dezernat für Stadtentwicklung u. Umwelt, Dezernat für Soziales, Gesundheit, Wohnen und Sport
Entwicklungsdynamik	wachsend	Projektlaufzeit	ab 2007
Raumbezug/Quartierstyp	Freiraum zwischen Gaarden und Ellerbeck	Status	In der Nutzung

se angelegt, die den Sport- und Begegnungspark in Ost-West-Richtung barrierefrei erschließt. An allen Parkseiten entstanden neue Zugänge. Große blaue Stelen im Park-Design markieren die Eingänge und laden zum Besuch und zur Bewegung im Park ein.

An der Hauptachse entstanden zwei Spiellinien mit Angeboten für alle Altersgruppen. Der einheitlich gestaltete Hauptweg schafft eine klare Orientierung und die rollfähigen Beläge mit angelagerten bequemen Sitzgelegenheiten und Spielangeboten laden zum Aufenthalt und zur Nutzung ein. Auch die Flächen um das zentral gelegene Sportfeld Coventryplatz und der Sportplatz selbst wurden vielfältig nutzbar gemacht. Begehrte sind die Grillplätze am Wiesenhang des Coventryplatzes.

Eine feste Servicestation mit Parktoiletten, Informationsstellen und einem Jugendtreff wurde im Jahr 2014 fertig gestellt. Die kostenlos ausgeliehenen Geräte können auf den Sport- und Wegeflächen rund um das Sportfeld genutzt werden.

Die Vereine profitieren von einer verbesserten Ausstattung ihrer Sportflächen. Aber auch informelle, d. h. nicht an Vereine gebundene Sportnutzungen haben eine neue Plattform erhalten. Die Skater erhielten im Frühjahr 2017 einen neuen Skatepark. Außerdem sind die neuen Sport- und Wegeflächen sind auch für die Nutzung durch Skater frei zugänglich.

Die festen Angebote und die zusätzlichen Veranstaltungen im Park stoßen auf eine große Resonanz. Allein im ersten vollen Betriebsjahr 2011 wurden ein Seniorenspariergang, ein Kindergartenlauf, das Gaardener Schulsportfest, ein Skate- & Video-Contest, eine Sommerferienaktion, ein Jugendfilmfestival sowie ein Interkulturelles Spiel- & Sportfest mit meist großer Beteiligung durchgeführt. Als feste Angebote sind seit 2011 eine Hundesauslaufwiese, ein interkultureller Garten, die Servicestation mit Jugendtreff, ein Skatepark sowie Kleinspielfelder und generationenübergreifend nutzbare Sportgeräte neu geschaffen worden.

Bei der Stadtverwaltung sind das Bau- und Sozialdezernat für den Sportpark zuständig. Die Projektleitung liegt beim Amt für Sportförderung. Eine Interessengemeinschaft aus Sportvereinen, Schulen, verschiedenen Trägern und der Kirchengemeinde beteiligt sich am Betrieb und an der Weiterentwicklung des Sportparks. Die Paten der Interessenge-

Ziele

- Park in Bewegung: Laufende Weiterentwicklung des Parks mit Beteiligung
- Park für Begegnung: Ort für unterschiedliche Alters- und Nutzgruppen von aktiv Sportbegeisterten bis zu nicht (mehr) sportlich Aktiven
- Park im Blick: Ort des Verweilens und positiven Er-



Die Hauptachse erschließt den Sportpark, großformatige Signets markieren die Eingänge (bgmr Landschaftsarchitekten)

meinschaft verpflichten sich, Angebote für selbst gewählte räumliche und / oder inhaltliche Bereiche im Sport- und Begegnungspark bereitzustellen. Das Modell sichert wichtige Grundbedürfnisse der Akteure: Schutz des Vereinssports, Schutz in Haftungsfragen, Freiwilligkeit und niedrigschwelliger Zugang für alle, die sich am Betrieb beteiligen möchten. Zu den Inhalten der Verpflichtung gehören das gemeinsam ausgearbeitete Leitbild und die Patenschaftserklärung.

Die Stadt finanziert seit 2010 für die laufende Steuerung und Koordinierung des Parkbetriebs eine Koordinierungsstelle bei der Stadtmission, die bei der *stadt.mission.mensch gGmbH* als freier Träger eingerichtet ist. Die Aufgaben der Koordinierungsstelle teilen sich derzeit zwei Personen. Zu den Aufgaben gehören die Vernetzung der Akteure der Interessengemeinschaft (der Sprecherrat trifft sich monatlich), die Vorbereitung von Veranstaltungen und die Pflege der Internetseite, „Hausmeister-tätigkeiten“ sowie die Betreuung von fünf Mitarbeitern eines Beschäftigungsprogramms, die für die Ausgabe der Spiel- und Sportgeräte zuständig sind und die für die Betreuung von Veranstaltungen eingesetzt werden. Zusätzlich beschäftigt der Sportverein *TuS-Gaarden e.V.* 10 Personen, die ebenfalls im Rahmen eines Beschäftigungsprogramms zur Prävention regelmäßige Kontrollgänge im Park durchführen. Sie sorgen z.B. dafür, dass die Hunde angeleint werden, melden Schäden und halten Kontakt zur Polizei.

lebens, der Bewohner anzieht und neugierig macht

- Park in Ordnung: Erfüllung der grundlegenden Sicherheits- und Ordnungsbedürfnisse, Auflösung von Trennungen und Verinsellungen
- Park der Verbindung: Räumlichen und funktionale Vernetzung der Stadtteile am Ostufer

Instrumente und Maßnahmen

Umbau im Bestand

- Bürgerbeteiligung und Freiraumplanerischer Wettbewerb
- Masterplan Freiraum, Gestaltungshandbuch und Kommunikationskonzept
- Gründung der Interessengemeinschaft Sportpark
- Einrichtung und Finanzierung einer Koordinierungsstelle durch die Stadt
- Investive Maßnahmen über mehrere Bauabschnitte
- Durchführung jährlich wiederkehrender und wechselnder Angebote; Bekanntmachung auf der Park-Webseite
- Einbeziehung von Beschäftigungsprogrammen für die Parkbetreuung

Finanzierung

- Beteiligungsverfahren, Projektmoderation und erste bauliche Initialmaßnahmen: ExWoSt-Projektzuwendung
- Basismaßnahmen zur Erschließung und Herichtung über verschiedene Bauabschnitte: Konjunkturpaket II und Mittel der Städtebauförderung (Soziale Stadt).
- Stadt finanziert die Koordinierungsstelle seit dem Jahr 2010. Das Jobcenter Kiel finanziert die Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte für insgesamt 15 Personen, die für die Veranstaltungs- und Angebotsbetreuung und für Präventionsmaßnahmen eingesetzt werden
- Vereine bringen ihre ehrenamtliche Mitarbeit ein.

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Integration funktional belegter Freiräume

Zahlreiche Städte verfügen über Freiraumareale, die wenig räumlich und funktional in den Stadt- raum integriert sind. Die Identifikation mit solchen Freiräume ist gering, teilweise werden sie auch als unsicher oder auch Angsträume wahrgenommen. Unsichere und abgeschirmte Freiraumareale lassen sich über ein Bündel an abgestimmten Maßnahmen öffnen und beleben.

In Kiel haben sich v. a. das Auslichten dichter Gehölze und die Herstellung von neuen, übersichtlich gestalteten Eingängen und Wegeachsen bewährt. Aufenthalts- und Spielbereiche und ein vielfältiges Parkprogramm sprechen unterschiedliche Gruppen an und beleben den Park. Durch das Sicherheitskonzept werden Schäden schnell gemeldet und behoben. Die Präsenz der Präventionskräfte steigert das allgemeine Sicherheitsgefühl in einer schwierigen Stadtlage. Außerdem erzeugt das einheitliche

Erscheinungsbild von der Parkausstattung bis zur Außendarstellung eine Wiedererkennbarkeit und stärkt die gemeinsame Identität des neuen Parktyps.

Interessengemeinschaft und Parkmanagement

Das Patenmodell der Interessengemeinschaft mit einem Sprecherrat hat sich als geeignet erwiesen, um Akteure mit unterschiedlichen Motiven in die Organisation und Weiterentwicklung des Parks einzubeziehen. Allerdings ist für die Vielfalt der Akteure und die vielschichtige Programmatik eine professionelle Koordinierungs- und Managementstelle erforderlich. Sie sichert die Vernetzung, informiert die Öffentlichkeit über die Angebote und Entwicklungen im Park und vermittelt zwischen den unterschiedlichen Akteuren und Interessen. Gleichzeitig aktiviert die Parkkoordination auch Potenziale für die Weiterentwicklung des Parkangebots. Beispielsweise hat eine Stiftung im Park die Möglichkeit erhalten, einen Senioren-Aktiv-Treff einzurichten. Die Parkmanagerin konnte die



Veranstaltungen auf dem Coventryplatz. Links: im Hintergrund die neu errichtete Service-Station mit Jugendtreff (Stadt Kiel)

Stiftung davon überzeugen, eine Stelle für die Betreuung des Senioren-Sports einzurichten. Dieser findet nun als regelmäßiges Angebot im Sport- und Begegnungspark statt.

Einbeziehung von Beschäftigungsprogrammen

Zur Absicherung des Projektes wurden Beschäftigungsprogramme einbezogen. Die Mitarbeiterinnen

Innovation und Vorbildcharakter

Die große Akzeptanz, der Imagewandel und zahlreiche Auszeichnungen belegen, dass es der Stadt Kiel mit den beteiligten Partnern gelungen ist, ein bislang abgeschirmt wirkendes Freiraumareal mit vernachlässigten Zwischenräumen zu einem attraktiven Sport- und Begegnungspark und neuen Zielort in der Stadt zu entwickeln. Alle lokalen Partner wurden hierzu gleichermaßen mit ihren Potenzialen in den Entwicklungsprozess integriert und eine Interessengemeinschaft und ein Parkmanagement organisieren gemeinsam ein Parkprogramm und den Nutzungsalltag.

Wesentliche Erfolgsfaktoren sind die unkomplizierten und verlässlichen Kommunikationsstrukturen, mit denen z. B. Angebote wie die Deutsche Meisterschaft für Straßenfußball ohne großen Vorlauf im Park organisiert werden können. Auch gelingt so die unbürokratische Nutzung von Gebäuden der Vereine und Schulen durch einfache Absprachen zu Hallenteilung.

Die Parkkoordination ist in der Planung und im laufenden Betrieb ein wichtiger Katalysator und „Mehrwertmotor“. Das Parkmanagement bringt die Personen und Angebote zusammen, koordiniert und informiert, vermittelt zwischen den unterschiedlichen Akteursebenen (Stadt, Vereine, soziale Institutionen, Bürger) und generiert bzw. akquiriert hierdurch neue Projekte und Angebote.

Projektchronologie

- 2007 Ratsbeschluss zur Umsetzung des Modellvorhabens
- 2008 Beginn der Bürgerbeteiligung
- 2009 Freiraumplanerisches Gesamtkonzept für den Sport- und Begegnungspark
- 2010 Erstmals (und in den Folgejahren bis zunächst 2018) Finanzierung der Koordinierungsstelle durch die Stadt Kiel
Umsetzung der Bauabschnitte 1 (Wege-, Spiel- und Aufenthaltsachse) und der Bauabschnitte 2 und 3 (Neugestaltung Hans-Mohr- und Coventryplatz)
- 2013 4. und 5. BA: Kleinspielfelder und Outdoor-Sportgeräte sowie Weg im Coventrytal

09/2017

und Mitarbeiter übernehmen zusätzliche Aufgaben, die sonst keiner macht. Auf diesem Wege kann in Kiel der hohe Unterhaltungsstandard im Park gesichert werden. Sauberes Mobiliar hat einen hohen pädagogischen Wert und die präventiven Funktionen, die die Mitarbeiter übernehmen, tragen zum Werterhalt bei und vermindern das Auftreten von Schäden durch Vandalismus.

„Projekte, die mit einer grundlegenden Umstrukturierung verbunden sind und sozialen Problemlagen entgegenwirken sollen, erfordern ein langfristiges Denken. Die Politik muss den Willen haben, den Umbau des Freiraums und die notwendige Betreuung mitzutragen und durch entsprechende Beschlüsse absichern.“

Christoph Adloff, Landeshauptstadt Kiel, Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt

- 2014 6. BA: Einrichtung Interkultureller Garten, Fertigstellung der Zentralen Servicestation
- 2016 Baubeginn Skaterpark und Dockshöhe (7. BA)
- 2017 Fertigstellung Skatepark

Akteure

Projektträger: Landeshauptstadt Kiel mit den Dezernaten für Stadtentwicklung und Umwelt sowie Soziales, Gesundheit, Wohnen und Sport

Projektleitung: Amt für Sportförderung

In Kooperation mit ortsansässigen Sportvereinen, sozialen Institutionen und Trägern



Servicekraft beim Verleih von Spiel- und Bewegungsgeräten (bgmr Landschaftsarchitekten)

Kontakt

Christoph Adloff,
Landeshauptstadt Kiel, Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt
0431/901-3035
christoph.adloff@kiel.de

Hanno Treuer
Amt für Sportförderung
0431/9012992
hanno.treuer@kiel.de

Weiterführende Informationen

<http://www.sportpark-gaarden.de>



Leipzig, Sachsen

Bürgerbahnhof Plagwitz

In enger Kooperation entwickeln Stadtverwaltung und eine zivilgesellschaftliche Initiative den Bürgerbahnhof Plagwitz in Leipzig. Ein gutes Beispiel für die Rückgewinnung und Qualifizierung urbaner Freiräume durch Konversion eines Bahngeländes und die koproductive Realisierung von Bürgerprojekten.

Kontext

Das Gelände des ehemals größten Industrieverladebahnhofs Europas (ca. 17 ha) im Leipziger Stadtteil Plagwitz lag nach dem Zusammenbruch der benachbarten Industriebetriebe seit den 1990er Jahren brach. Im Laufe der Jahre gab es vergebliche Ansätze der Stadt zur Realisierung eines Grünraums an diesem Ort. Erst mit dem hier dargestellten Projekt konnte die Konversion in den vergangenen Jahren realisiert werden.

Nachdem die Stadtentwicklung in Leipzig nach 1989 über viele Jahre von Schrumpfung und Rückbau geprägt war, steigen die Einwohnerzahlen seit ca. zehn Jahren wieder deutlich an und der Entwicklungs- und Verwertungsdruck auf freie Flächen hat in vielen Stadtteilen spürbar zugenommen, auch in Plagwitz.

Projektbeschreibung

Im Zusammenhang mit der umfangreichen städtebaulichen Entwicklung des Leipziger Westens begannen um 2008 konzeptionelle Überlegungen für eine Konversion der Plagwitzer Bahnbrache. Der Planungsprozess und die Realisierung der Gesamtmaßnahme erfolgte in Teilschritten - in enger Zusammenarbeit zwischen der Stadt Leipzig und der zivilgesellschaftlichen Initiative Bürgerbahnhof Plagwitz (IBBP).

Zu Beginn des Prozesses gab es zunächst nur informelle Planungen der Stadt für die Entwicklung eines innerstädtischen Grünzugs. Parallel gab es bereits kleinere informelle Nutzungen auf der Brach-

fläche sowie Entwicklungsideen und -wünsche aus dem Stadtteil. Hieraus entstand 2009 die IBBP. Die hat Nutzungsideen gesammelt und projektverantwortliche „Macher“ für die Umsetzung gesucht, die Projektkonzeptionen erarbeitet haben. Im Laufe des Prozesses kamen in enger Kommunikation mit der Verwaltung neue Projektideen hinzu. Andere Ideen wurden aufgegeben, weil kein ausreichendes Engagement vorhanden war oder genehmigungsrechtliche Probleme bestanden. Neben kontinuierlichen Informationstreffen der Initiative arbeiteten Kleingruppen zu den einzelnen Projektideen und es gründeten sich teilweise eigene Organisationen für die Trägerschaft von Projekten. Die IBBP hat darü-



Rahmenplan für die Konversion: GleisGrünZug Bahnhof Plagwitz (Büro Machleidt Berlin)

Stadt/Stadtteil	Leipzig Plagwitz	Freiraumtypen	Grünzug, Urbaner Wald, Obstthain, Bauspielplatz, Bürgergärten
Einwohner (Stadt)	560.472	Projektträger	Stadt Leipzig in Koproduktion mit Initiative Bürgerbahnhof Plagwitz und Stiftung „Ecken wecken“
Entwicklungsdynamik	Überdurchschnittlich wachsend	Projektlaufzeit	Seit 2009
Raumbezug/Quartierstyp	Gründerzeitquartier mit industriell-gewerblicher Prägung, Konversion Güterbahnhofsgelände	Status	In Nutzung (tlw. noch laufende Bau- und Pflanzmaßnahmen)



Aktivitäten der Initiative Bürgerbahnhof Plagwitz auf dem Gelände des ehemaligen Industriebahnhofs (Initiative Bürgerbahnhof Plagwitz)

ber hinaus öffentliche Themenabende, Quartiers-Rundgänge und Planungs-Workshops zur Konversion organisiert.

2012/13 konnte als vorgezogene Maßnahme der nördliche Teil der Fläche (sog. Nordkopf) umgestaltet werden. Der Grunderwerb der restlichen 8,3 ha großen Fläche von der Bahn gestaltete sich sowohl in der Finanzierung als auch der Abwicklung als komplex und langwierig und erfolgte erst 2015. Erst danach konnte mit der Umsetzung der Entwicklungsmaßnahmen auf diesen Flächen begonnen werden. Zu den öffentlichen Maßnahmen zählen ein 6,5 ha großer urbaner Wald und ein Obsthain sowie die Durchwegung des Grünzuges. Auf 8.100 m² Teilflächen werden die von der IBBP geplanten Bürgerprojekte realisiert: ein Bauspielplatz, ein Pfadfinderareal, die Bürgergärten, der Obstgarten sowie ein Café mit Rad- und Spieleverleih. Weitere Projekte sind in der Planung, z. B. ein Quartiershaus als Versammlungs- und Veranstaltungsstätte und ein Ballspielfeld. Für die Bürgerprojekte wurde die Fläche parzelliert und mit Zäunen als Vandalismusschutz gesichert sowie mit Wasser- und Stromanschlüssen ausgestattet. Seit 2016 sind viele der Bürgerprojekte in der Nutzung.

Bereits während der Planungs- und Vorbereitungsphase hat die IBBP ehrenamtliche Arbeitseinsätze auf dem Gelände organisiert, z. B. die Einlagerung der historischen Einhausung eines Bahnsteigabgangs, die Notsicherung des historischen Kontorhäuschens sowie die Umlagerung von Bahnsteig-

kanten. Darüber hinaus war die IBBP im gesamten Planungsprozess die Schnittstelle zwischen Bürgern bzw. Initiativen und Stadtverwaltung.

Seit 2011 übernimmt ein dreiköpfiges Koordinationsteam die Geschäftsführung der IBBP, organisiert die gemeinsamen Treffen und fungiert als zentraler Ansprechpartner für die Stadt. Seit 2013 wird im Projektteam Bahnhof Plagwitz kontinuierlich mit unterschiedlichen Fachämtern der Stadtverwaltung zusammengearbeitet. Dieses Team organisiert und koordiniert die Information, Beteiligung und Mitarbeit aller Akteure. Nach Auslaufen des beauftragten Projektmanagements werden auch diese Aufgaben von der IBBP übernommen.

Eine besondere Rolle spielt die 2009 gegründete Stiftung „Ecken wecken“ (SEW). Zunächst war die SEW nur ein Mitinitiator der IBBP, hat im Laufe des Prozesses aber mehr und mehr verantwortliche Steuerungsaufgaben übernommen (Organisations-, Koordinations- und Kommunikationsleistungen). Zudem hat die Stiftung auch Aktionen teilfinanziert bzw. Mittel für die Durchführung akquiriert. Sie sorgt als unabhängiger Träger für einen Interessensausgleich zwischen bestehenden bzw. neuen Nutzergruppen sowie dem Quartier und der Verwaltung. Die SEW ist Generalmieter der Flächen für die Bürgerprojekte und trägt das wirtschaftliche Gesamtrisiko. Sie vermietet Teilflächen gegen Betriebskosten an die jeweiligen Nutzergruppen weiter, die sich in einem Nutzerrat zusammengeschlossen haben.

Ziele

- Städtisches Entwicklungsziel: Schaffung eines innerstädtischen Grünzuges mit besonderer stadtoökologischer Funktion, stärkere Vernetzung bestehender Parks und Freiflächen sowie zwischen den Stadtteilen Plagwitz/Lindenu, Kleinzschocher und Grünau
- Verwirklichung von Bürgerideen, inkl. Wiederverwendung nutzbarer Relikte aus der Bahnhofshistorie
- Kooperativer Prozess mit zivilgesellschaftlicher Initiative durch Mitbestimmung, aktive Mitarbeit und Übernahme von Aufgaben schon im Planungsprozess
- Stärkung nachbarschaftlicher Strukturen und Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in die Angebote

Instrumente und Maßnahmen

Übergeordnete Konzepte und Programme

- Integriertes Stadtentwicklungskonzept „Leipzig 2020“
- Konzeptioneller Stadtteilplan „Leipziger Westen“
- EFRE-Förderkonzept für Lindenau/Plagwitz

Projektspezifische Konzepte und Instrumente

- Rahmenplan „Gleis-Grünzug Bahnhof Plagwitz“
- Planungswerkstatt für den Nordbereich des Gesamtgeländes
- Bebauungsplan für die Konversion der Bahnflächen
- Städtebaulicher Vertrag zwischen Stadt und Bahn
- Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben „Ur-

baner Wald“

- Mietvertrag zwischen der Stadt Leipzig und der Stiftung „Ecken wecken“
- Nutzungsverträge zwischen Stiftung und Nutzern

Finanzierung

- Grobe Schätzung der Gesamtkosten: ca. 3 Millionen €
- EFRE-Förderung für die Nutzbarmachung des Geländes und beide Bauabschnitte
- Kostenreduzierung durch enge Zusammenarbeit der Akteure, insbesondere Einbeziehung von engagierten Bürgern und Initiativen
- Weitere Fördermittel: BMUB (Pilotprojekt „Urbaner Wald“), Brachenprogramm des Landes Sachsen.

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Das Projekt ist ein gutes Beispiel für ein intensives Engagement der Zivilgesellschaft und privater Akteure bei der Planung und Realisierung urbaner Freiräume auf einer Konversionsfläche. Voraussetzung für das Gelingen war, dass die Kommune die Bereitschaft der Akteure zur Mitgestaltung nicht als Kostenfaktor oder Zusatzaufwand betrachtet hat, sondern als Benefit und Qualitätssteigerung.

Die intensive Kooperation zwischen der Stadt und der Initiative Bürgerbahnhof Plagwitz bedeutete jedoch Herausforderungen für alle Beteiligten. Koprojektive Projekte brauchen vermittelnde Einheiten, zum Beispiel eine „Übersetzungsfunktion“ zwischen Stadt, Fachplanern und Bürgern bzw. Initiativen, um kommunizieren und vermitteln zu können. Durch die

Bildung eines akteursübergreifenden Projektteams, das kontinuierlich zusammengearbeitet hat, konnte im Laufe der Zeit eine gemeinsame Sprache gefunden werden. Für eine Koproduktion „auf Augenhöhe“ zwischen Akteuren unterschiedlicher Herkunft braucht es zudem stabile und verlässliche Strukturen sowie personelle Kontinuität. Erforderlich sind insbesondere Akteure, die sich auch strukturell für den Gesamtprozess engagieren und nicht nur für die Umsetzung einzelner Projekte. Hierfür sind gemeinnützige Stiftungen gut geeignet, wie das Leipziger Beispiel zeigt.

Um Engagement zu wecken und zu fördern muss Raum zur Mitgestaltung zur Verfügung stehen, um nicht nur mitreden, sondern auch gestalten zu können. Zivilgesellschaftlichen Initiativen muss ein Gefühl der Selbstwirksamkeit vermittelt werden. Und es sollte eine Anerkennungskultur gepflegt werden. Zur konkreten Unterstützung bei der Umsetzung von Projekten braucht es zudem Budgets, Beratung, Moderation, Informationen über Referenzprojekte, Weiterbildung etc. Auch die Klärung und Aushandlung formaler Fragen ist eine Herausforderung, z. B. Vertragswerke und Nutzungsbedingungen. Hier helfen Musterverträge und Erfahrungsaustausch sowie eine strukturelle Unterstützung für formale Fragen, die beispielsweise auch eine Stiftung organisieren kann.

Eine besondere Herausforderung in diesem Projekt lag in der Verfügbarkeit der Grundstücke für die Freiraumentwicklung im Rahmen der Konversion. Die Verhandlungen mit der DB über den Flächenankauf waren schwierig, weil von der DB eine profitablere Verwertung der Flächen gewünscht wurde. Daher wurden Teilflächen herausgelöst, die von der DB



Sicherung von Relikten aus der Bahnhofsgeschichte zur Wiedernutzung (Initiative Bürgerbahnhof Plagwitz)

als Gewerbeflächen vermarktet werden. Die Stadt hat in den Verhandlungen aber auch ihre Gestaltungsmöglichkeiten genutzt (Planungsrecht). Die Einigung zwischen DB und Stadt hat sehr lange gedauert. Da die Zeitvorstellungen von Bürgern und Verwaltung in Stadtentwicklungsprozessen sehr

unterschiedlich sind, ist es schwierig, über lange Planungs- und Realisierungszeiträume Engagement aufrecht zu halten. Hier ist zu empfehlen, dass auch kleine Fortschritte kommuniziert werden und Aktive über Aktionen zusammengehalten werden.

Innovation und Vorbildcharakter

Das Projekt zeigt deutlich, dass es bei der kooperativen Freiraumentwicklung um weit mehr geht als um eine Beteiligung im Planungsprozess. Vielmehr geht es um die aktive Förderung und Unterstützung von zivilgesellschaftlichem Engagement durch die Bereitstellung von Gestaltungsräumen. Der intensive Dialog von Bürgern und Verwaltungsmitarbeitern „auf Augenhöhe“ im Rahmen des langen Planungsprozesses und die daraus resultierende Koproduktion von Projekten und Maßnahmen schaffen Mehrwerte und neue Qualitäten sowohl im Planungsprozess, in der Umsetzung als auch in der Zukunft. Hierzu zählen z. B. die Bereicherung von Konzepten durch Projektideen, die Schaffung von tragfähigen Projektstrukturen, die frühzeitige Klärung von Konflikten, aber auch die Stärkung des Gemeinwesens und die Bildung von Nachbarschaften. Zudem haben das kontinuierliche Engagement und die Initiative der Bürger die Verwaltung „unter Druck gesetzt“ und so die Projektrealisierung vorangetrieben, auch über schwierige Phasen hinweg.

Die Initiative Bürgerbahnhof Plagwitz hat bewusst auf bürokratische Strukturen verzichtet (z. B. Vereinsgründung), um die Schwelle für die Mitwirkung niedrig zu halten. Da dennoch für bestimmte Vereinbarungen mit der Stadt eine Rechtsperson erforderlich ist, spielt die Stiftung „Ecken wecken“ eine wesentliche Rolle im Prozess. Die Aktivitäten der Stiftung können auch beispielgebend für andere Projekte sein.

„Eine Experimentierfläche, die sich wandelt und weiterentwickelt, auf der alle Bürger sich einbringen können.“

Thorsten Mehnert, Stiftung „Ecken wecken“

- 2015 Städtebaulicher Vertrag der Stadt mit der DB, Beginn der Baumaßnahmen für die Bürgerprojekte;
Einweihung Bürgerbahnhof Plagwitz am 19.9.2015
- 2016 Start der Bürgerprojekte, z. B. Bauspielplatz, Bürgergärten, Pfadfinder, Café
Baumpflanzungen für den Urbanen Wald
- 2018 Abschluss der Baumaßnahmen

Akteure

Projekträger: Stadt Leipzig, Amt für Stadterneuerung und Wohnen

Amt für Stadtgrün und Gewässer, Stadtplanungsamt und weitere Fachämter

Initiative Bürgerbahnhof Plagwitz und Stiftung „Ecken wecken“

Beauftragte Planungsbüros und weitere Fachplaner

Akteure in den Stadtteilen: KiWest e.V., Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder e.V., Westwand e.V., Annalinde gGmbH, DenkmalSozial gGmbH sowie viele Einzelpersonen und Unternehmen

Projektchronologie

- 2009 Gründung Initiative Bürgerbahnhof Plagwitz (IBBP)
Gründung Stiftung „Ecken wecken“
- 2010 IBBP wird Mitglied in der ämterübergreifenden Koordinierungsgruppe der Stadt;
Beschluss der Entwicklungsplanung
- 2011 Bildung Koordinationsteam IBBP;
Rahmenplan Bahnhof Plagwitz; Planungsworkstatt und Wettbewerb für Teilbereiche
- 2012 IBBP startet erste Maßnahmen
- 2013 Bildung des Projektteams Bahnhof Plagwitz;
Erste Vorentwürfe für die Bürgerprojektfächen; 1. Bauabschnitt eingeweiht
- 2014 Zentrale Projekte auf dem Gesamtgelände verortet

09/2017

Kontakt

Stiftung „Ecken wecken“
Thorsten Mehnert / Vorstand
Markranstädter Straße 29 b, 04229 Leipzig
0341/24 19 274
vorstand@stiftung-ecken-wecken.de

Stadt Leipzig
Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung
Stefan Geiss / Abteilungsleiter
Technisches Rathaus, Prager Straße 118-136,
04317 Leipzig
0341/123 5441
stefan.geiss@leipzig.de

Weiterführende Informationen

<http://www.buergerbahnhof-plagwitz.de>
<https://www.stiftung-ecken-wecken.de>



Berlin

Grüne Innenstadt: Biotopflächenfaktor

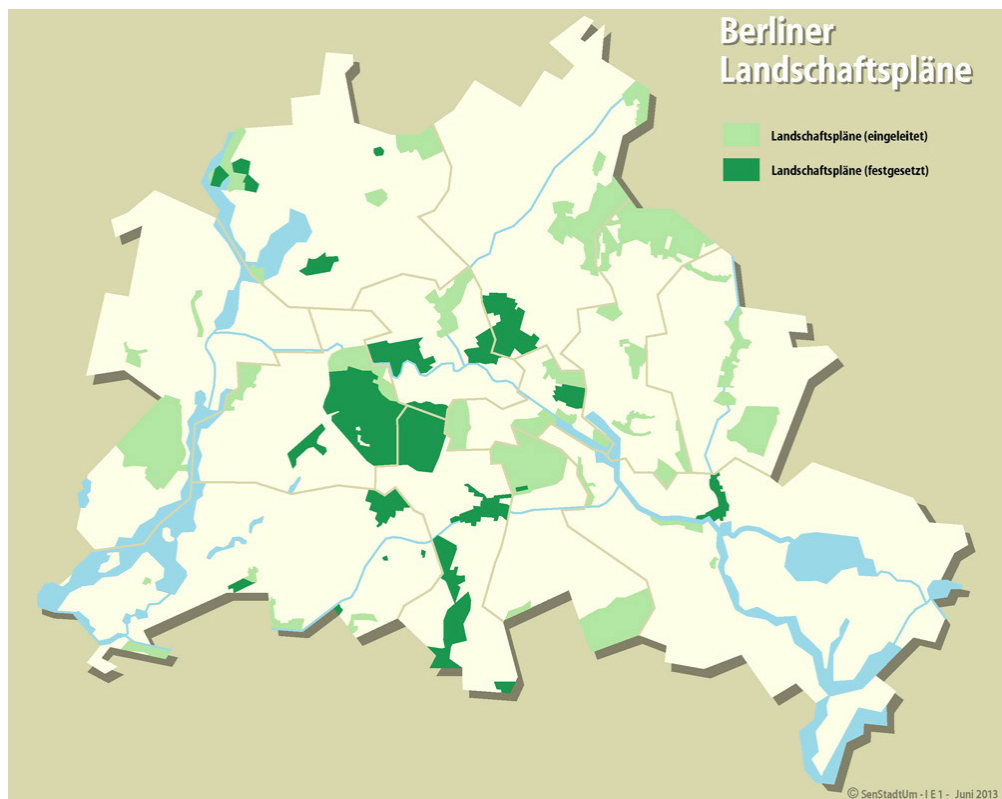
Besonders in den Innenstädten muss ein Mindeststandard an „grünen Qualitäten“ gesichert werden, damit der Naturhaushalt funktioniert und die Städte lebenswert bleiben. Berlin hat hierfür den Biotopflächenfaktor (BFF) entwickelt und wendet ihn in zahlreichen Stadtteilen als Kennwert für bauliche Entwicklungen an.

Kontext

Das Landschafts- einschließlich Artenschutzprogramm Berlin (kurz LaPro) formuliert für die Bereiche des Naturhaushaltes, des Biotop- und Artenschutzes, des Landschaftsbildes und der Erholungsnutzung grundsätzliche Ziele und Maßnahmen für eine qualitätsvolle Stadtentwicklung. Eine wesentliche Zielsetzung der Berliner Stadtentwicklung ist der Abbau von Umweltbelastungen im Innenstadtbereich.

Grundwassers, die mangelnde Luftfeuchte, Überwärmung sowie wenige grüne Flächen für Pflanzen und Tiere und für die Erholung in den Gründerzeitquartieren gaben dazu den Anlass.

Der BFF ist ein planerisches Instrument für die Berliner Innenstadt, um die Funktionen des Naturhaushaltes zu verbessern. Mit ihm wird ein Mindeststandard an naturhaushaltswirksamer Fläche


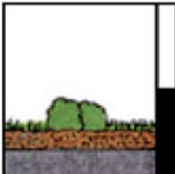


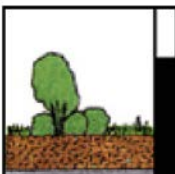
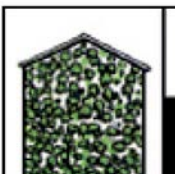
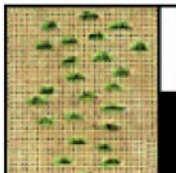
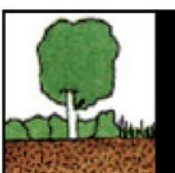
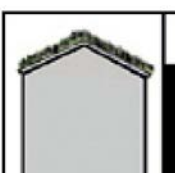


Berliner Landschaftspläne, Stand Juni 2013 (Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz)

In den 1990er Jahren wurde für die Berliner Innenstadt der Biotopflächenfaktor (BFF) entwickelt, um ein Instrument für die Grünausstattung auf privaten Bauf Flächen zu haben. Der hohe Grad der Bodenversiegelung, die unzureichende Anreicherung des

auf privaten Grundstücken in der dichten Stadt bestimmt. Er kann in Berlin als Rechtsverordnung in einem Landschaftsplan festgelegt werden. Für 11 % des Stadtgebietes sind derzeit Landschaftspläne im Verfahren bzw. festgesetzt.

Stadt/Stadtteil	Berlin	Freiraumtypen	Höfe, Vorgärten, Dächer, Fassaden
Einwohner (Stadt)	3.520.031	Projektträger	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz / Bezirke
Entwicklungsdynamik	wachsend	Projektlaufzeit	seit 1990
Raumbezug/Quartierstyp	Festlegung für Einzelgrundstücke in Stadtteilen	Status	In zahlreichen Stadtbezirken festgesetzt

	versiegelte Flächen 0,0		Vegetationsflächen ohne Bodenanschluss < 80 cm Bodenauftrag 0,5		Regenwasser- versickerung je m² Dachfläche 0,2
	Teilversiegelte Flächen 0,3		Vegetationsflächen ohne Bodenanschluss > 80 cm Bodenauftrag 0,7		Vertikalbegrünung, bis max. 10 m Höhe 0,5
	halboffene Flächen 0,5		Vegetationsflächen mit Bodenanschluss 1,0		Dachbegrünung 0,7

Ökologische Wertigkeit des BFF: Flächentypen und Anrechnungsfaktoren (Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz; grafische Bearbeitung: bgmr Landschaftsarchitekten)

Ein Beispiel ist das Landschaftsplangebiet „Moabiter Insel“: 80 % aller Entsiegelungs- und Pflanzbindungen, die die Behörden bei Baugenehmigungen zur Auflage gemacht hatten, wurden hier erfolgreich

umgesetzt. Im dicht bebauten Bezirk Mitte sind damit – dank des BFF – 7,2 ha Fläche entwickelt worden, die durch Entsiegelung, Fassaden- und Dachbegrünung den Naturhaushalt verbessern.

Projektbeschreibung

Mit dem Biotopflächenfaktor – BFF werden für die städtischen Nutzungsformen Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur ökologische Mindeststandards formuliert, die bei baulichen Änderungen und Neubebauung wirksam werden.

Der BFF benennt das Verhältnis naturhaushaltwirksamer Flächen zur gesamten Grundstücksfläche.

$$\text{BFF} = \frac{\text{naturhaushalt-wirksame Flächen}}{\text{Grundstücksfläche}}$$

Dabei werden den einzelnen Teilflächen eines Grundstückes je nach ihrer „ökologischen Wertigkeit“ Anrechnungsfaktoren zugeordnet.

Der BFF funktioniert ähnlich wie die bekannten städtebaulichen Kennwerte Bruttogeschossfläche (BGF), Grundflächenzahl (GRZ) und Geschossflächenzahl (GFZ) in der Bauleitplanung. Diese Kennwerte der Bauleitplanung regeln zwar das Maß der baulichen Nutzung, nicht aber die Art und Weise der Umsetzung. Dieses Prinzip liegt auch den BFF-Werten zugrunde. Der jeweils vorgesehene Ziel-BFF bestimmt als Mindestwert den Flächenanteil eines Grundstückes, der als Pflanzenstandort dient bzw. sonstige Funktionen für den Naturhaushalt übernimmt. Wie die Umsetzung des BFF auf den einzelnen Baugrundstücken erfolgt, kann flexibel vom Grundstückseigentümer in Abhängigkeit von seinen

konkreten Nutzungsansprüchen und Gestaltungsmöglichkeiten umgesetzt werden. Für die Umsetzung können sämtliche Begrünungspotenziale wie Hofflächen, Vorgärten, Dächer, Mauern und Brandwände einbezogen werden. In Betracht kommen als Maßnahmen beispielsweise die Herstellung teilversiegelter Flächen oder von Vegetationsflächen mit Anschluss an den anstehenden Boden, die Fassadenbegrünung, die Begrünung von Dachflächen und andere naturhaushaltswirksame Maßnahmen. Die hohe Flexibilität für die Eigentümer und Architekten macht ihn gut anwendbar und wirkungsvoll.

Vor der Festlegung des erreichbaren BFF im Landschaftsplan wurden zahlreiche unterschiedliche Quartiere im Detail untersucht. Dabei wurde ermittelt, welcher BFF gemessen an der planungsrechtlich zulässigen baulichen Dichte und Nutzungsart und den zur Verfügung stehenden begrünbaren Flächen erreicht werden kann. Dabei werden den einzelnen Teilflächen eines Grundstückes je nach ihrer „ökologischen Wertigkeit“ Anrechnungsfaktoren zugeordnet. In der Anwendung ergeben sich für jedes Grundstück unterschiedliche Varianten zur Gestaltung der Flächen. Grundsätzlich sollen Maßnahmen Vorrang haben, die zur Vergrößerung der Vegetationsflächen am Boden führen. Erst danach sollten weitere Möglichkeiten, wie z. B. der Ersatz von Asphalt- und Betonflächen durch andere Beläge, ausgeschöpft werden.

Ziele

- Abbau von Umweltbelastungen im Innenstadtbereich.
- Sicherung eines Mindestanteils an begrünten

und für den Naturhaushalt und die Erholung wirksamen Flächen in den innerstädtischen Baugebieten.

Instrumente und Maßnahmen

- Erarbeitung der fachlichen Grundlage zum BFF: „Der Biotopflächenfaktor als ökologischer Kennwert. Grundlagen zur Ermittlung und Zielgrößenbestimmung“ (Landschaft Planen & Bauen und bgmr Landschaftsarchitekten, Berlin 1990)
- Aufstellung und Festsetzung von BFF-Landschaftsplänen mit Erfassung der Bestandsituation und Festsetzungskarte
- Mit Stand Juni 2015 waren 15 BFF-Landschaftspläne festgesetzt und 10 weitere Landschaftspläne im Aufstellungsverfahren.



Links: Extrem versiegelter Hinterhof (Sabine Kopetzki); Rechts: Begrünter Hof mit Fassadenbegrünung (Grüne Liga Berlin e.V.)

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Vollzug der BFF-Landschaftspläne

Mit dem Instrument des Landschaftsplans war es in der Vergangenheit möglich, ökologische Ziele bei baulichen Veränderungen im Bestand an das Baugenehmigungsverfahren als Nebenbestimmung zu binden. Dazu wurde die untere Naturschutzbehörde frühzeitig von den Planungen eines Bauvorhabens in Kenntnis gesetzt.

In Folge des Baurechtskompromisses wurde die Berliner Bauordnung mit dem Ziel geändert, das Bauen zu vereinfachen und die baunebenrechtlichen Bestimmungen einzugrenzen. Nach der novellierten Landesbauordnung sind Bauvorhaben in vielen Fällen verfahrens- oder genehmigungsfrei gestellt und sind allenfalls noch anzeigepflichtig. Aber auch in den Fällen, in denen ein Baugenehmigungsverfahren noch durchgeführt wird, ist die Prüfung des Vorhabens auf die Übereinstimmung mit bauplanungsrechtlichen und einzelnen bauordnungsrechtlichen Normen beschränkt, da eine Einschaltung der unteren Naturschutzbehörde in das Verfahren nicht mehr erfolgt. Hierdurch entfällt die Möglichkeit, die im Landschaftsplan festgesetzten

BFF-Zielwerte im Rahmen von Baugenehmigungen zu überprüfen.

Rechtzeitige Anzeige von Bauvorhaben

Um die weitere Möglichkeit der Einbindung der unteren Naturschutzämter zu ermöglichen, wurde in § 12 Berliner Naturschutzgesetz eine Verpflichtung aufgenommen, dass Bauvorhaben mindestens einen Monat vor Baugewinn anzuzeigen sind, sofern sie im Geltungsbereich eines Landschaftsplans, der den Mindestanteil naturwirksamer Fläche im bebauten Bereich (Biotopflächenfaktor) festsetzt, liegen. Darüber erhalten die Naturschutzbehörden die Möglichkeit, Auskünfte und Vorlagen von Unterlagen zur Einhaltung des BFF zu bekommen.

Um die inhaltliche Umsetzbarkeit des BFF zu ermöglichen, wurden in § 50 Berliner Naturschutzgesetz (Duldungspflicht und Kostentragung) neben den bereits vorgesehenen Schutz- und Pflegemaßnahmen auch Entwicklungsmaßnahmen aufgenommen. Dadurch lässt sich die Durchführung ökologischer Aufwertungsmaßnahmen, wie z. B. die Entsiegelung von Flächen vom Eigentümer einfordern, soweit sie im Rahmen des Zumutbaren liegen. Die

Zumutbarkeitsschwelle ist jedoch auf Grund der Eigentumsgarantie nur schwer zu überwinden, so dass die Umsetzung von naturhaushaltswirksamen Maßnahmen in der Regel in Kooperation mit den Bauherren und Grundstückseigentümern erfolgt.

Innovation und Vorbildcharakter

Mit dem BFF können ökologische Erfordernisse grundstücksbezogen benannt werden. Er wird im Wesentlichen in den dicht bebauten Bereichen der Innenstadt und des Innenstadtrandes angewandt.

Der BFF kann jedoch auch in allen bebauten Gebieten als Richtschnur für ökologische Maßnahmen Anwendung finden. Somit sind grundstücksbezogene Vorgaben in bebauten Gebieten bei Bauvorhaben zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege umzusetzen.

Der BFF ist ein ähnliches Instrument wie die städtebaulichen Kennwerte in der Bauleitplanung (BGF, GRZ, GFZ). Auch der BFF entbindet nicht von der weiteren Konkretisierung der Planung und lässt Spielräume in der Freiraumgestaltung und der Umsetzung der geforderten landschaftsplanerischen Zielwerte. Da der Ziel-BFF in Abhängigkeit zum Überbauungsgrad (ÜBG) eines Grundstückes bestimmt wird, reagiert er auf die jeweilige städtebauliche Situation.

Auch der Stadtentwicklungsplan Klima hat den BFF unlängst aufgegriffen und nachgewiesen, dass mit diesem Instrument die kleinklimatische Situation in der Innenstadt verbessert werden kann. Der in Berlin entwickelte BFF stößt nicht nur in Europa, sondern weltweit auf Interesse. Allein in den letzten drei Jahren gab es Anfragen zum BFF aus den Städten Brüssel, Manchester, Reims, Rom, Barcelona, Warschau und Wien sowie aus den USA, Kanada, Mittelamerika (Costa Rica und Mexiko), Taiwan und Australien.

Projektchronologie

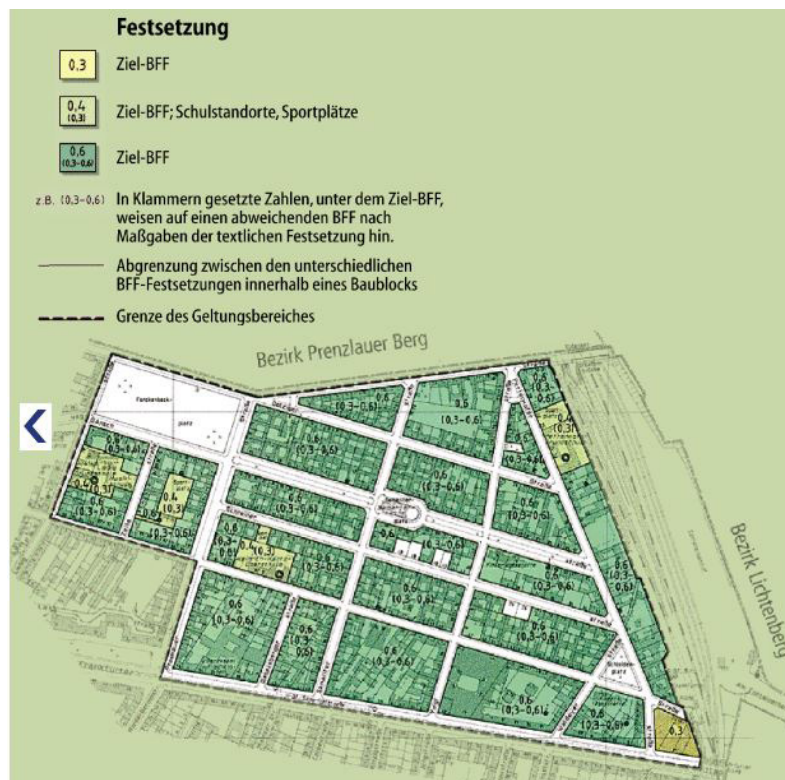
1990	Erarbeitung der fachlichen Grundlage zum BFF
ab 1990	Aufstellung von Landschaftsplänen mit Festsetzung des BFF

Akteure

Projektträger (gesamtstädtische Koordination und fachliche Begleitung): Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Aufstellung der BFF-Landschaftspäne: Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Mitte, Neukölln, Pankow, Reinickendorf, Spandau, Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg und Treptow-Köpenick

09/2017



Festsetzungskarte Landschaftsplan Frankfurter-Allee Nord (Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz)

„Moderne Städte benötigen neue Ideen, um Defizite im Freiraum in den hoch verdichteten Stadtteilen zu kompensieren und damit Umweltbelastungen abzubauen“.

Sabine Kopetzki, Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Kontakt

Sabine Kopetzki
Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
Am Köllnischen Park 3, 10179 Berlin
030/9025-1341
sabine.kopetzki@senuvk.berlin.de

Weiterführende Informationen

http://bit.ly/Berlin_Biotopflächenfaktor



Marzahn-Hellersdorf kiezPARK FORTUNA

Der kiezPARK ist ein neuer Typ von Quartierspark, der sich im privaten Eigentum befindet, aber für alle Menschen offen steht und maßgeblich von dem Engagement des Wohnungsunternehmens sowie von Anwohnern und Akteure aus dem Quartier getragen wird.

Kontext

Der kiezPARK FORTUNA ist im Nordosten Berlins im Stadtbezirk Marzahn-Hellersdorf auf einer Fläche von rund 11.000 m² in der Großsiedlung Marzahn

entstanden. Im Umfeld der Wohnungsbestände der FORTUNA Wohnungsunternehmen eG wurden mit dem Stadtumbau Ost zwei nicht mehr benötigte Schulen abgerissen. Das von sechs- und elfgeschossigen Neubauten geprägte Stadtquartier wies vor der Umgestaltung des kiezPARKs keine verfügbaren Grünflächen im Wohnumfeld auf und es fehlten nutzbare Erholungs- und Naturflächen im Stadtquartier. Die nach dem Abriss brachliegenden Flächen waren für die Öffentlichkeit schlecht nutzbar und sie drohten wegen des fehlenden Engagements der öffentlichen Hand zu einer Problemzone zu werden.

Eigentümer und zentraler Akteur ist die FORTUNA Wohnungsunternehmen eG, die ihren Mietern und Mitgliedern mit dem neuen kiezPARK ein spannendes Wohnumfeld und einen Ort der Geborgenheit bieten wollte. Bereits im Jahr 2008 wurde innerhalb des Unternehmens das Netzwerk „KIEZnet“ gegründet, um sportliche und kulturelle Angebote, Veranstaltungen, Informations- und Beratungsangebote zu bündeln. Zur Nutzarmachung erwarb die Fortuna eG die Brachflächen, beauftragte eine ARGE mit einer Architektin und Landschaftsarchitektin und startete – gefördert durch das Programm Stadtumbau Ost – einen intensiven Mitwirkungs- und Gestaltungsprozess mit interessierten Anwohnern und den Akteuren des Netzwerkes und des Quartiers.

Projektbeschreibung

Kennzeichnend für den kiezPARK ist die intensive Beteiligung und Mitwirkung der Anwohner, von der Ideenfindung über den Entwurf und das Bauen bis hin zum dauerhaften Betrieb des Parks. Während der Entwicklungs- und Bauzeit wurden alle zwei Wochen sogenannte Stammtischsitzungen mit den Architekten, Landschaftsarchitekten, Baufirmen, Anwohnern und den sozialen Trägern abgehalten, um Ideen, Wünsche und Fragen zu sammeln und in



Lageplan kiezPARK FORTUNA, Berlin-Marzahn (SU Schnorbusch, Berlin)

Stadt/Stadtteil	Berlin – Marzahn-Hellersdorf	Freiraumtypen	Quartierspark (Privatgrundstück der FORTUNA eG; für die Öffentlichkeit zugänglich)
Einwohner (Stadt)	3.520.031	Projekträger	FORTUNA Wohnungsunternehmen eG
Entwicklungsdynamik	wachsend	Projektlaufzeit	2010 - 2012
Raumbezug/Quartierstyp	Großsiedlung	Status	realisiert

die Planung einzubeziehen. Ein weiteres zentrales Format waren diverse Workshops, die unter fachlicher Anleitung alters- und interessenbezogen zum Mitmachen einladen.

Aus diesem Beteiligungskonzept ist ein vielfältiges Konzept für den kiezPARK hervorgegangen. Herzstück ist eine individuell gestaltete Holz-Pergola, die mit Sitzgelegenheiten, Spinde für das Gartenwerkzeug und einem Drehwürfelspiel ausgestattet ist. In Verlängerung der Pergola entstand ein Gartenzimmer aus Holz, in dem Veranstaltungen und Treffen der Anwohner stattfinden. Durch die Glastüren hat man einen Ausblick auf die Grünanlagen mit Teich und Bachlauf. Es ist ausreichend Platz vorhanden, um sich mit ein paar Tischen und Stühlen nach draußen zu setzen und das Wetter zu genießen.

Im Park gibt es darüber hinaus Anwohner-Gartenbeete, die aktiv mitgestaltet werden können, Kräuterhochbeete, die das Gärtnern leicht machen, Frühblüherinseln, Wildwiesen und Gräserfelder. Eine Besonderheit ist außerdem der Obstgarten mit Streuobstwiese und Wildobsthecke. Es wurden besondere alte Sorten angepflanzt, und Tafeln informieren über besondere Aspekte und Herkunft der Sorten. Auf einfache Weise wurden so die Themen urbane Landwirtschaft und Bildung vereint.

In Zusammenarbeit mit Kindern aus dem Kiez wurde aus dem ursprünglich geplanten Spielplatz ein individuell gestalteter Wasserspielplatz mit Sonnensegel. Vorlage waren von Kindern gestaltete Modelle.

Durch die vielfältige und praktische Gestaltung wird der kiezPARK vielfältigen Ansprüchen unterschiedlicher Gruppen gerecht und ist gleichzeitig zu einem wichtigen Begegnungsort geworden. Er wurde im August 2012 eröffnet und wird seitdem intensiv für Aktionen und Veranstaltungen genutzt. Beispiele sind Mieterfeste, Workshops, Grillfeste, gemeinsames Frühstück, Lesecafés sowie Veranstaltungen, die der jeweiligen Jahreszeit angepasst sind.

Kooperationen mit Partnern und Einrichtungen in der unmittelbaren Umgebung tragen mit zu diesen

Ziele

- kiezPARK als Ort der Begegnung und Integration durch aktives Mitgestalten der Anwohner
- Schaffung eines Ankers für die Nachbarschaft der Großraumsiedlung
- Aktive Beteiligung der Anwohner an der Gestaltung, Pflege und Unterhaltung



Pergola mit Sitzgelegenheiten, Werkzeugspinden und Holzspiel (SU Schnorbusch, Berlin)

vielfältigen Angeboten im kiezPARK bei. Dazu wurde das Netzwerk sozialer Einrichtungen „KIEZnet“ aufgebaut, zu dem neben dem kiezPARK die Einrichtungen Nachbarschaftszentrum, kiezTREFF und der Seniorenclub der FORTUNA gehören. An der Nutzung und Mitgestaltung des Parks sind darüber hinaus weitere soziale Einrichtungen im unmittelbaren Umfeld beteiligt: die Kita Zwergenoase sowie das Familienzentrum Zwergenoase; der Verein Hafen e.V. Zentrum für Frauen, Mädchen und Gründerinnen; der Verein „Dissens“ mit der Initiative „Unser Platz“; die Initiative „Mädchen mobil“ und der clevererKIEZ e.V.

Schon während der Parkentstehung wurde der kiezPARK-Beirat gegründet, der sich aus Anwohnern, Vertretern des Wohnungsunternehmens und des KIEZnet zusammensetzt. Der Beirat ist heute für Koordinierung der Pflege, Unterhaltung und die weitere Gestaltung des Parks verantwortlich. Dabei wird er organisatorisch und finanziell durch die FORTUNA eG unterstützt.



Gemeinsam mit Kindern geplanter Wasserspielplatz (SU Schnorbusch, Berlin)

Instrumente und Maßnahmen

- Erwerb und Bereitstellung der Grundstücke für die partizipative Entwicklung des Parks durch die FORTUNA eG
- Durchführung von Stammtischen, Workshops und Veranstaltungen unter fachlicher Anleitung
- Initiierung eines Beirats
- Durchführung unterschiedlicher aktivierender Workshops, wie z. B. kiezReporter für Mädchen (Interviews und Fotos über die Parkentstehung, Artikel für die Wandzeitung)
- Workshop Jungen und Kunst – Baumstämme werden zu Sitz- und Kletterelemente
- GärtnerInnenseminar: Initiierung der Bewirtschaftung eigener Schollen und Hochbeete für Gemüse und Blumen
- Wasserspiel-Workshop in der Kita Zwergenoase: Begehung, Ideensammlung, Modellbau mit Kita-Kindern
- Einrichtung einer Projekt-Internetseite durch die FORTUNA eG, Newsletter über aktuelle Themen und Angebote
- Austausch mit anderen Projekten (z. B. Empfang einer Planer-Delegation aus Prag, Besuch verschiedener interkultureller- und Gemeinschaftsgärten in Berlin)
- Der Park wird 2017 einer der „IGA vor Ort“-Standorte sein



Treffen des Beirats (SU Schnorbusch, Berlin)

Finanzierung

- 637.000 € Baukosten. Hiervon sind 535.000 € aus dem Programm Stadtbau-Ost und aus EU-Mitteln (EFRE). Der Restliche Betrag sind Eigenleistungen der FORTUNA eG
- Jährliche Pflege- und Wartungskosten in Höhe von 15.000 €. Die laufenden Kosten trägt allein die FORTUNA eG. Die Kosten werden nicht auf die Mieter umgelegt

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Aktivierung einer Brache im Wohnumfeld

Eine besondere Herausforderung war das städtebauliche Vakuum, das nach dem Rückbau der beiden Schulen im Umfeld der Wohnungsbestände der FORTUNA Wohnungsunternehmen eG entstanden war. Nach dem Abriss gab es keinerlei öffentliches Engagement für die Konzeptentwicklung und Finanzierung der Gestaltung von Wohnfolgelandschaften auf öffentlichen Flächen. Herausfordernd war gleichzeitig die Ausgangslage einer Brache als unmittelbares Umfeld eines sozialen Wohnungsbaus mit hoher Einwohnerdichte und entsprechenden Anforderungen an die Verfügbarkeit von attraktiven urbanen Freiräumen.

Ohne den Ankauf durch die Wohnungsbaugesellschaft und die begleitete Aneignung durch die Bewohner wäre ein Ort entstanden, der sich wahrscheinlich negativ auf die Atmosphäre im Quartier ausgewirkt hätte. Durch das Engagement aller Beteiligten konnte das Potenzial der entstandenen Freifläche ausgeschöpft und mit vereinten Kräften ein lebendiger Ort geschaffen werden.

Projekt von Anwohnern für Anwohner

Der Entstehungs- und Planungsprozess verlief vollumfänglich transparent für die Anwohner. Laufen Projekte zur Aufwertung urbaner Freiräume häufig Gefahr, durch die Anwohner als Gentrifizierungsmaßnahme empfunden zu werden, konnte mit dem kiezPARK von Anfang an vermittelt werden, dass es sich um ein Projekt von Anwohnern für Anwohner handelt. Statt Skepsis und möglicherweise sogar Gegenwehr zu erzeugen, konnte der Park als Gemeinschaftsprojekt realisiert werden.

Wichtiger Erfolgsfaktor war hierfür die Schaffung von konkreten Angeboten durch die Planer und die sozialen Träger. Diese Angebote haben es den Anwohnern leicht gemacht haben, sich spielerisch und kreativ zu beteiligen und dabei miteinander in den Austausch zu kommen.

Innovation und Vorbildcharakter

Herausragende Aspekte dieses Projekts sind das Partizipations- und Planungsverfahren unter einer guten fachlichen Anleitung und die Organisation einer aktiven Mitwirkung der Anwohner und Akteure aus der Nachbarschaft bei der Gestaltung und Betreuung des kiezPARKs. Im Ergebnis ist ein neuer Typ von Quartierspark entstanden, der für alle Menschen offen steht, sich aber gleichzeitig im privaten Eigentum befindet und maßgeblich von dem Engagement des Wohnungsunternehmens, interessierter Anwohner und Akteure aus dem Quartier getragen und unterhalten wird.

Die Stringenz der Beteiligung mit einer fachlichen Betreuung, von der Ideenentwicklung bis hin zum Betrieb des kiezPARKs, hat Vorbildcharakter. Dabei wurde ein vielseitiges und generationsübergreifendes Spektrum an Mitmachformaten genutzt, die das Gemeinschafts- und Nachbarschaftsgefühl im Quartier nachhaltig gestärkt haben. Viele wichtige Partner konnten für das Projekt gewonnen und miteinander vernetzt werden. Wichtige Basis ist die Gründung des KIEZnet Netzwerkes, das als eigene Einrichtung des Wohnungsbauunternehmens gegründet wurde und weitere soziale Einrichtungen aus dem Stadtteil einbindet. Durch Fachleute als Impulsgeber, die bereits Erfahrungen bei der Konzeption eines Bürgergartens hatten, konnten Entwurf, Planung und Bau als Einheit geplant durchgeführt und die Anwohnergruppen mit geeigneten Mitteln angesprochen und bei der Planung unterstützt werden. Dabei wurde die Organisation des Betriebes durch einen Beirat schon frühzeitig im Entstehen vorbereitet. Mit der partizipativen Gestaltung und Pflege wird die Verantwortung für den Park mit den Anwohnern geteilt, diese tragen unmittelbar und praktisch zum place-keeping bei. Die Verantwortungsteilung erhöht die Identifikation mit dem Ort und beugt Vandalismus vor.

Aufgrund dieser Qualitäten wurde der Park 2013 im Rahmen der Preisverleihung des Deutschen Landschaftsarchitektur-Preises 2013 im Sonderpreis Wohnumfeld mit einer Würdigung ausgezeichnet. Außerdem erhielt der Park im gleichen Jahr das Siegel „Werkstatt N-Projekt 2013“ des Nachhaltigkeitsrats.

Projektchronologie

2005	Abriss zweier Schulen, Entstehung der Branche
02/2008	Gründung des Netzwerkes KIEZnet innerhalb der FORTUNA eG
03/2010	Grundstückserwerb durch die FORTUNA eG
09/2010	Zusage über Fördermittel aus dem Programm Stadtumbau-Ost und Namens-
09/2017	



Der kiezPARK ist zu einem beliebten Treffpunkt und Erholungsort im Quartier geworden (SU Schnorbusch, Berlin)

„Die Geschehnisse des Parks werden von einem Beirat gelenkt, der sich aus Anwohnern und Akteuren aus der Umgebung zusammensetzt. Gemeinsames Ziel: das Miteinander und den Austausch der Generationen zu fördern, Nachbarschaft zu leben und zu zeigen, dass es sich lohnt, den eigenen Lebensraum selbst mitzugestalten.“

Berliner Abendblatt – Sonderveröffentlichung „Leben in Genossenschaften“, 11.2013

festlegung, Bauphase zur Anlage der Grundstruktur des kiezParks

bis 08/2012 regelmäßig stattfindende Stammtische und Workshops

25.08.2012 Eröffnung

Akteure

Projekträger: FORTUNA Wohnungsunternehmen eG (Grundstückseigentümer, Motor der Gestaltung und Umnutzung, Ansprechpartner)

Fachliche Anleitung, Planungsleistungen: ARGE Su Schnorbusch Architekten mit Almuth Krause, Landschaftsarchitektin, Berlin

Koordinierung und Organisation im Betrieb: kiezPARK-Beirat aus Anwohnervertretern, Vertretern des Wohnungsunternehmens und des KIEZnet.

Kontakt

kiezPARK FORTUNA
Frank Miller, Hans-Jürgen Thiel
030/93 643 0
info@FORTUNA-eg.de

Susanne Schnorbusch, Architektin
030/5368764
schnorbusch@su-schnorbusch.de

Adresse des kiezPARKs: Sitzendorfer Straße / Ecke Schwarzbürger Straße in Berlin-Marzahn

Weiterführende Informationen

<http://www.fortuna-kiezpark.de>
http://bit.ly/Marzahn-kiezPARK_FORTUNA



Freie und Hansestadt Hamburg

Hamburger Gründachstrategie

Die Hamburger Gründachstrategie fördert und fordert die Erschließung neuer urbaner Freiräume auf den Dächern der Stadt. Neben finanzieller Unterstützung stehen die Beratung von Eigentümern und Planern sowie die Anwendung und Weiterentwicklung von rechtlichen Instrumenten im Fokus.

Kontext

Hamburg wächst – und damit steigt auch der Bedarf an Wohnungen. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg verfolgt daher das Ziel, gemeinsam mit den Bezirken und der Wohnungswirtschaft den Bau von jährlich 10.000 Wohnungen zu befördern – insbesondere im Rahmen der qualifizierten Innenentwicklung und Nachverdichtung. Die Frei- und Grünräume in der Stadt geraten durch Bebau-

ung, höhere Dichten und intensivere Nutzung unter Druck – gleichzeitig will Hamburg aber eine „grüne Stadt“ bleiben. Im Rahmen der „Qualitätsoffensive Freiraum“ der Behörde für Umwelt und Energie (BUE) werden daher Strategien und Konzepte zur Sicherung von Freiraumqualitäten in der verdichteten Stadt verfolgt, so auch die Gründachstrategie.



Zukunftsvision: Gründächer in Altona (Behörde für Umwelt und Energie / TH Treibhaus Landschaftsarchitektur)

Projektbeschreibung

„Auf die Dächer – fertig – grün!“ – unter diesem Motto will die Gründachstrategie in einer Dekade den Bau von 100 Hektar zusätzlichen Gründachflächen in Hamburg fördern, sowohl im Wohnungsbau als auch im Gewerbebau. Bei Neubauten oder im Zuge der Sanierung sollen intensive oder extensive Gründächer realisiert werden. 20 % der Gründächer sollen als gemeinschaftliche Nutz- und Erholungsflächen für Bewohner und Beschäftigte gestaltet werden, z. B. als Aufenthaltsräume, zur Gartennutzung oder als Sportflächen.

Die Förderung und Realisierung von Gründächern an sich ist nicht neu, aber das Hamburger Modell fasst drei zentrale Handlungsebenen in einer integrierten gesamtstädtischen Strategie zusammen,

um die Realisierung urbaner Freiräume auf den Dächern zu unterstützen:

Handlungsebene 1 „Fördern“: Förderprogramm für Neubauten und Bestandssanierungen.

Handlungsebene 2 „Dialog“: Kommunikation der Gründachstrategie und Vermittlung guter Beispiele in der Öffentlichkeit – sowohl extern bei Bauherren und Architekten als auch intern in den Behörden.

Handlungsebene 3 „Fordern“: Konsequente Anwendung der zur Verfügung stehenden rechtlichen Instrumente, bzw. deren Weiterentwicklung, z. B. Baugesetzbuch, Naturschutzgesetz, Hamburgische Bauordnung, Abwassergesetz.

Stadt/Stadtteil	Hamburg	Freiraumtypen	Begrünte und nutzbare Dachflächen auf Wohn- und Gewerbebauten
Einwohner (Stadt)	1.787.408	Projektträger	Behörde für Umwelt und Energie der FHH
Entwicklungsdynamik	wachsend	Projektlaufzeit	Januar 2015 – Dezember 2019 (Förderzeitraum)
Raumbezug/Quartierstyp	Stadtweit	Status	In der Umsetzung

Für die Gründachförderung stehen 3 Millionen € zur Verfügung. Gefördert werden nur freiwillige Maßnahmen (Neu- und Umbauten), also keine Maßnahmen, die aufgrund baurechtlicher oder naturschutzrechtlicher Vorgaben hergestellt werden müssen. 30 % bis zu 60 % der Herstellungskosten für die Dachbegrünung werden als einmaliger Zuschuss im gesamten Stadtgebiet gewährt. Ein Innenstadtzuschlag schafft zusätzliche Anreize für Dachbegrünungen in der besonders dichten Inneren Stadt. Des Weiteren ist die Fertigstellungspflege im ersten Jahr förderfähig. Interessierte Bauherren erhalten ausführliche Informationen über die verschiedenen Modelle, denn die Bandbreite der geförderten Gestaltungsmöglichkeiten der Begrünung ist groß.

Eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit für das Förderprogramm, aber vor allem für die Begrünung und Nutzung von Dächern ist von zentraler Bedeutung für die Strategie. Hierzu zählen die Schaffung einer „Marke“, eine Internetseite, Broschüren und Flyer, Plakatierung im Stadtraum, Filmbeiträge, Veröffentlichungen in Tageszeitungen und Fachzeitschriften sowie in den sozialen Medien. Zur gezielten Ansprache der Zielgruppen gibt es regelmäßige Multiplikatortreffen mit Fachverbänden sowie Beiträge auf Messen, Vorträge und Veranstaltungen für unterschiedliche Adressaten.

Die Gründachstrategie wird in der Verwaltung in einer prozesssteuernden Projektgruppe und in Fachgruppen für übergeordnete Themenkomplexe bearbeitet. Die behördenübergreifende Projektgruppe trifft



Gründächer der Behörde für Umwelt und Energie in Wilhelmsburg (HCU Hamburg)

sich zu regelmäßigen Sitzungen und sachbezogenen Aufgaben. Weitere regelmäßige Arbeitsgruppensitzungen finden mit den Fachressorts aus den Bezirksämtern statt. Eine behördenübergreifende Lenkungsgruppe aus den Leitungen der verschiedenen Fachämter wird regelmäßig über den Stand der Arbeiten informiert und in Entscheidungsfragen eingebunden.

Eine Multiplikatorengruppe mit Fachverbänden und Institutionen trifft sich zweimal im Jahr. Vertreten sind der Bund deutscher Landschaftsarchitekten bdla, die Architektenkammer, der Fachverband Garten-, Landschaft- und Sportplatzbau Hamburg e. V., die Handwerks- und Handelskammer sowie die Verbraucherzentrale.

Ziele

- Quantitativ: 100 Hektar zusätzlicher Gründachflächen
- Qualitativ: Förderung von qualitativ höherwertigen Gründächern und gemeinschaftlichen Nutz- und Erholungsflächen für Anwohner und Beschäftigte
- Beitrag zur Klimaanpassung – insbesondere Regenwassermanagement
- Verbesserung des Stadtklimas, des Mikroklimas eines Gebäudes sowie der Lufthygiene
- Erhöhung der Biodiversität in der Stadt
- Erschließung neuer Freiräume in verdichteten Gebieten durch nutzbare Gründächer
- Aufwertung von Stadtbild bzw. Stadtgestalt und Erhöhung der Lebensqualität



Marketing für die Gründachstrategie (BUE / mount. Design und Kommunikation für soziales Wachstum)

Instrumente und Maßnahmen

Überprüfung und Weiterentwicklung von (rechts-) verbindlichen Instrumenten

- Im Spannungsfeld von Bauen und Freiraum in der dichten Stadt sind insbesondere die Bausteine der Strategie von Bedeutung, die sich mit der verbindlichen Forderung von Gründächern beschäftigen. Hierzu zählt die Überprüfung der (möglichen) Instrumente zur verbindlichen Festsetzung und ggf. die Anpassung der Gesetzgebungen bzw. Richtlinien (Baugesetzbuch, Hamburgische Bauordnung, Abwassergesetz, Naturschutzgesetz). Parallel werden Bebauungspläne hinsichtlich der Festsetzungen zur Dachbegrünung in der verbindlichen Bauleitplanung evaluiert. Eine Handreichung mit Musterfestsetzungen zur Gebäudebegrünung und Textbausteinen für die Begründung ist in Vorbereitung.
- Prioritäre räumliche Schwerpunktbereiche für Dach-, Fassaden und Straßenraumbegrünungen sollen über das Thema „Stadtklima“ in

das Landschaftsprogramm aufgenommen und später in den Flächennutzungsplan überführt werden.

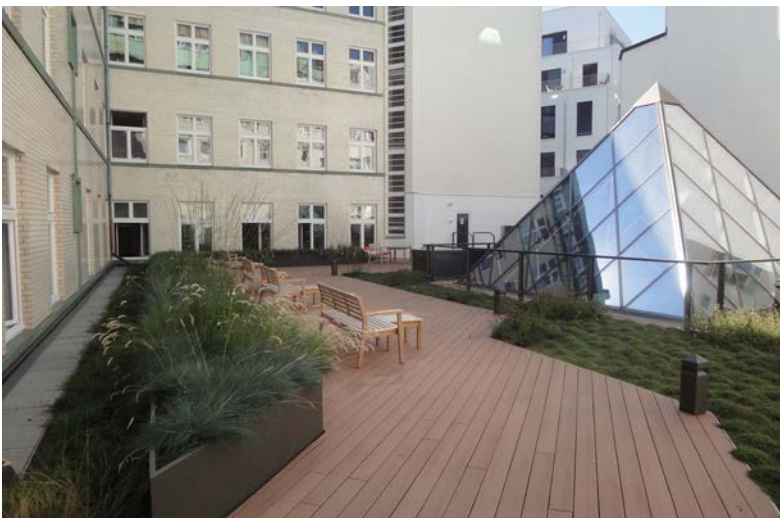
- Eventuell wird zu einem späteren Zeitpunkt eine Gründachverordnung erarbeitet, um Gründächer gesetzlich verpflichtend für Neubauprojekte in Hamburg vorzuschreiben – wie in München seit 1996 über die Freiflächengestaltungssatzung gefordert.
- Diskutiert wird ebenfalls, Gründächer als Ausgleich im Rahmen der Eingriffs- und Ausgleichsregelung anzurechnen und nicht nur als Minderung des Eingriffs. Dabei müsste die Dachbegrünung differenziert bewertet werden. Auch die Option, den Ausgleich für einen Eingriff bei Bedarf auch auf anderen Dächern durchzuführen, wird geprüft (Vorbild Hannover).

Lobbybildung und Marketing

- Geprüft wird eine Gründachplakette für geförderte und qualitativ hochwertige Dachbegrünungen als Anerkennung und Imagegewinn für nachhaltiges und verantwortliches Handeln, um Bauherren und Investoren zu interessieren und zu überzeugen.
- Mit dem „Hamburger Preis für grüne Bauten“ werden das öffentliche Bewusstsein für Begrünungsmaßnahmen gefördert, Qualitätsmaßstäbe gesetzt sowie gute Beispiele und Erfahrungen publiziert.

Finanzierung

- Gesamtvolumen des Förderprogramms: 3 Millionen €, davon
2 Mio. € Haushaltsmittel der BUE und
1 Mio. € Innovationsmittel der Senatskanzlei
- Zusätzlich 300.000 € Fördermittel des BMUB (Pilotprojekt „Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel“) für Begleitforschung.



Nutzbare und begrüntes Dach auf dem Streit's Haus in der Innenstadt (HCU Hamburg)

Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Das Thema Dachbegrünung ist in der (Fach-)Praxis noch nicht überall angekommen und es bestehen viele Unsicherheiten bezüglich der Umsetzung. Vor allem die Schaffung von nutzbaren Gründächern ist noch eine besondere Herausforderung, da es bei der intensiveren Dachnutzung vielfältige rechtliche und konstruktive Anforderungen gibt. Hier braucht es Information und Beratung sowie die Publikation von guten Beispielen.

Für die Überzeugung von Bauherren und Immobilieneigentümern braucht es vor allem gute und überzeugende Praxisbeispiele sowie ökonomisch überzeugende Argumente. Von Bauherren wird zumeist

das Kosten-Argument (höhere Herstellungskosten für Gründächer) als Gegenargument vorgebracht. Ebenso die zunehmenden Auflagen und Anforderungen im Neubau.

Anstelle eines einfachen Vergleichs von Herstellungs- und Unterhaltungskosten sollten daher in der Kosten-Nutzen-Rechnung die gesamten Lebenszykluskosten sowie auch Umfeldwirkungen und Benefits im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung berücksichtigt werden. Hierzu zählen beispielsweise der Imagegewinn und der Mehrwert der Gründachgestaltung und -nutzung, z. B. Erhöhung / Verbesserung der Mieterzufriedenheit,

attraktiver Pausenraum für Mitarbeiter und Kunden, Imagefaktor zum Thema Ökologie und Gesundheit. Die Begleitforschung zur Gründachstrategie wird hierzu Daten und Fakten liefern.

Die Forderung der Entwicklung von Gründächern konkurriert mit der politischen Zielsetzung eines kostengünstigen und beschleunigten Wohnungsbaus. Auch innerhalb der Verwaltung konkurrieren entsprechend Vorhaben und Zielsetzungen. Daher braucht eine Gründachstrategie politische und administrative Unterstützung und Förderung, um nicht als „nice-to-have“ sondern als „must have“ in der Praxis anzukommen. Politik und Verwaltung müs-

sen die Zielsetzungen konsequent und verbindlich verfolgen. Hierbei helfen verbindliche politische Beschlüsse und eine behördenübergreifende Zusammenarbeit bei der Umsetzung.

Das Spektrum der Gestaltungs- und Nutzungsmöglichkeiten bei Gründächern ist groß – ebenso die potenziellen Wirkungen und Nutzen, die sich daraus ergeben. Die Hamburger Strategie legt daher hohe Qualitätsstandards an. Dies macht die Förderung in der Umsetzung allerdings komplexer.

„Weil wir hier arbeiten und leben, wollten wir mehr als eine extensive Standardbegrünung auf dem Dach.“

Christoph Reimers, Eigentümer Streit's Haus

Innovation und Vorbildcharakter

Der ganzheitliche Ansatz der Gründachstrategie geht deutlich über ein reines Förderprogramm hinaus. Vielmehr geht es darum, das Thema zu transportieren und in der (Fach-)Praxis zu verankern, durch praktische Beispiele zu überzeugen und auch die Möglichkeiten der verbindlichen Umsetzung zu befördern.

Das in Hamburg entwickelte und in der Praxis erprobte Instrumentarium der Gründachstrategie soll später auch übertragbar sein und für andere Städte nutzbar gemacht werden. Hierzu evaluiert die Begleitforschung die praktische Umsetzung der Strategie. Außerdem werden rechtliche und andere Grundsatzfragen geklärt und die Ergebnisse als Informationen für die Praxis aufbereitet.



Urbaner Freiraum auf dem Dach (HCU Hamburg)

Projektchronologie

- 2013 Auftrag zur Strategieentwicklung durch den 1. Bürgermeister der FHH
Abstimmung / Diskussion der Konzeptpapiere mit Experten und anderen Städten
- 2014 Bürgerschaftsdrucksache zu verbindlichen Zielen und Inhalten der Gründachstrategie
Förderung als Leuchtturmvorhaben zur „Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel“ des BMUB
- 2015 Start der Hamburger Gründachförderung
Verabschiedung des Hamburger Klimaplanes mit Leitprojekt Dachbegrünung
- 2016 Eröffnung des ersten geförderten Gründachs in der Hamburger Innenstadt
- 2017 Abschluss der Begleitforschung (BMUB Förderung), Ende des Förderzeitraums
Dezember 2017

Akteure

Projekträger: Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Umwelt und Energie BUE / Abteilung Landschaftsplanung und Stadtgrün

09/2017

Hamburgische Investitions- und Förderbank IFB, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen BSW, Kammern, Fachverbände, z. B. bdla, GaLaBau-Verband, Fachvereinigung Bauwerksbegrünung e.V. FBB

HafenCity Universität Hamburg (Begleitforschung)

Kontakt

BUE Behörde für Umwelt und Energie
Amt für Naturschutz, Grünplanung und Energie,
Abteilung Landschaftsplanung und Stadtgrün
Dr. Hanna Bornholdt
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
040/42840 3057
hanna.bornholdt@bue.hamburg.de

Weiterführende Informationen

<http://www.hamburg.de/gruendach>

<https://www.ifbh.de/gruendachfoerderung>



Quellen zu den Steckbriefen

Daten zur Stadtentwicklung

Quelle für die Daten zur Stadtentwicklung in den Steckbriefen ist die Laufende Raumbewertung des BBSR (www.raumbewertung.de): Einwohnerzahl (Stand: 31.12.2015) und Entwicklungsdynamik (Stand: 31.12.2014) - soweit keine anderen Quellen genannt sind.

Region Bonn (Grünes C) / Bonn (Grünflächenkonzept)

Gespräch am 21.10.2016 im Amt für Stadtgrün der Stadt Bonn.
Teilnehmer: Dieter Fuchs, David Baier und Jonas Michels (Amt für Stadtgrün) sowie Dr. Carlo W. Becker und Sven Hübner (bgmr Landschaftsarchitekten GmbH Berlin).

Karlsruhe (Städtebaulicher Rahmenplan Klimaanpassung)

Gespräch am 4.10.2016 im Gartenbauamt der Stadt Karlsruhe.
Teilnehmer: Frau Dederer (Stadtplanungsamt), Herr Müller und Herr Weindel (Gartenbauamt), Herr Hacker (Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz) sowie Dr. Carlo W. Becker und Sven Hübner (bgmr Landschaftsarchitekten GmbH Berlin).

Ludwigsburg (Freiflächenentwicklungskonzept FEK)

Gespräch am 4.10.2016 im Fachbereich Tiefbau und Grünflächen der Stadt Ludwigsburg.
Teilnehmer: Frau Preußner (FB 67), Frau Bühler (NSE), Frau Schütze (faktorgrün) sowie Dr. Carlo W. Becker und Sven Hübner (bgmr Landschaftsarchitekten Berlin).

München (Allparteiliches Konfliktmanagement – AKIM)

Rundgang durch die AKIM „Einsatzgebiete“ Gärtnerplatz und Müllerstraße am 26.10.2016 mit Brigitte Gans und Gertraud Baumgartner (LH München: Sozialreferat - AKIM).
Anschließend Gespräch mit Brigitte Gans als AKIM-Projektleiterin und der Leitung der kommunalen Fachstelle BEK (Bürgerschaftliches Engagement und Konfliktmanagement) Dr. Eva Jüsten.
Gesprächsrunde Gärtnerplatz (Saisonabschlussgespräch 2016) mit Vertretern aus der Politik (Bezirksausschuss), Verwaltung (Grünamt, Straßenverkehr, Bezirksinspektion, KVR), Polizei sowie AKIM-Team und Stefan Kreutz (HCU Hamburg).

Münster (Das Konzept „Grünordnung“)

Gespräch am 14.10.2016 im Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit der Stadt Münster.
Teilnehmer: Heinrich Bruns und Reimer Stoldt (Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit) sowie Dr. Carlo W. Becker und Sven Hübner (bgmr Landschaftsarchitekten GmbH Berlin) und Stefan Kreutz (HCU Hamburg).

Nürnberg (Master- und Aktionsplan Freiraum)

Gespräch am 17.10.2016 mit Frau Hilker (Umweltamt der Stadt Nürnberg).
Schriftliche Ergänzungen durch Frau Hilker und Frau Witthuhn vom 24.11.2016.

Aachen (Suermondt-Park)

Ortstermin Aachen am 6.10.2016 im Suermondt-Park. Anschließend Gespräch im Amte für Umweltvorsorge- und Grünplanung der Stadt Aachen. Teilnehmer: Dr. Christoph Ruckert und Elfi Buchkremer (Fachbereich Umwelt) sowie Dr. Carlo W. Becker und Sven Hübner (bgmr Landschaftsarchitekten GmbH Berlin).

Bad Wildungen (Begegnungszone zwischen Altstadt und Kurbereich)

Informationsgespräch und Rundgang durch das Projektgebiet am 12.10.2016 mit Herrn Hilligus (Stadt Bad Wildungen: Stadtbauamt). Anschließend Gesprächsrunde mit Robert Hilligus (Stadtbauamt), Frau Kühlewind (Stadtmarketing), Herrn Segeler (Ordnungsamt), Herrn Volke (Vorsitzender des Altstadtvereins) und Herrn Kleinert (Brillengeschäft Kleinert) sowie Stefan Kreutz (HCU Hamburg).

Bamberg (Urbaner Gartenbau)

Informationsgespräch und Rundgang durch die Gartenstadt am 25.10.2016 mit Patricia Alberth und Diana Büttner vom Zentrum Welterbe Bamberg sowie Stefan Kreutz (HCU Hamburg).

Weitere Gesprächspartner beim Rundgang: Dr. Christian Lange (2. Bürgermeister und Referent für Bildung, Kultur und Sport), Dr. Hubertus Habel (Leiter des Gärtner- und Häckermuseums), Silke Klotzek (Stadtplanungsamt), Gertrud Leumer (Vorsitzende der Süßholz-Gesellschaft / Bamberger Kräutergärtnerei Mussärol).

Braunschweig (Mobilitätskonzept Nördliches Ringgebiet - Bebauungsplan Taubenstraße)

Gespräch am 20.10.2016 im Hause der Nibelungen-Wohnbau-GmbH.

Teilnehmer: Bernd Schmidbauer (Bauleitplanung), Carolin Niemann (Verkehrsplanung), Thorsten Voß und Susanne Butt (Nibelungen-Wohnbau-GmbH) sowie Dr. Carlo W. Becker und Sven Hübner (bgmr Landschaftsarchitekten GmbH Berlin).

Bremen (Neues Hulsberg-Viertel)

Gespräch am 20.10.2016 in den Räumen der Grundstücksentwicklung Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co. KG.

Teilnehmer: Florian Kommer (GEG), Peter Krämer (Stabsstelle Grundsatzfragen zum Grün in der räumlichen Planung) Marion Skerra (Referat Planung, Bauordnung Bezirk Mitte) sowie Dr. Carlo W. Becker und Sven Hübner (bgmr Landschaftsarchitekten GmbH Berlin).

Essen (Umbau des Wohnquartiers Johanniskirchgärten)

Gespräch am 6.10.2016 im Hause der Vivawest Wohnen GmbH sowie Präsentation: „Neues Wohnen für Jung und Alt – Quartier Johanniskirchgärten in Essen“ (Dipl.-Ing. Architekt Michel Raimo Famulicki, Vivawest Wohnen GmbH VIVAWEST).

Hamburg (Spot ON Hamm Horn: Integriertes Freiraumkonzept und Freiraummanagement)

Gespräch am 2.9.2016 mit Cordula Rasuli (Behörde für Umwelt und Energie) und Thomas Berg (BIG Städtebau / Freiraummanagement). Im Anschluss Vor-Ort-Begehung in Hamm Horn mit Frau Rasuli sowie Sven Hübner (bgmr Landschaftsarchitekten GmbH Berlin) und Stefan Kreutz (HCU Hamburg).

Hannover (Grüne Mitte Hainholz)

Gebietsrundgang durch Hainholz am 18.10.2016 mit Uta Schäfer (Planen und Stadtentwicklung / Stadterneuerung).

Gesprächsrunde im Kulturhaus Hainholz mit Uta Schäfer (Planen und Stadtentwicklung / Stadterneuerung), Bernd Hothan (Planen und Stadtentwicklung), Gesina Schindler (Umwelt und Stadtgrün), Sigrid Ortmann (Stadtteilkultur / Bildung und Qualifizierung), Wolfgang Herberg (Quartiersmanagement Hainholz), Holger Hülle (Stadtteilforum Sprechergruppe), Stefan Winter (Sanierungskommission), Michael Laube (Kulturtreff Hainholz), Ursula Schroers (Gesellschaft für Bauen und Wohnen mbH (GBH) Hannover) sowie Stefan Kreutz (HCU Hamburg).

Kiel (Sport- und Begegnungspark Gaarden - Freiraummanagement)

Gespräch am 13.10.2016 im Büro Soziale Stadt Kiel in Gaarden und anschließender Rundgang im Sport- und Begegnungspark.

Teilnehmer: Christoph Adloff (Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt), Hanno Treuer (Amt für Sportförderung), Herr Karbaum (Grünflächenamt), Tina Kliemann (stadt.mission.mensch gemeinnützige GmbH) sowie Dr. Carlo W. Becker und Sven Hübner, bgmr Landschaftsarchitekten GmbH Berlin).

Leipzig (Bürgerbahnhof Plagwitz)

Gesprächsrunde am 8.9.2016 mit dem Projektteam Bürgerbahnhof Plagwitz.

Teilnehmer: Thorsten Mehnert (Stiftung „Ecken wecken“), Toralf Zinner (Bürgerbahnhof Plagwitz), Matthias Weber (Bürgerbahnhof Plagwitz und Stadtrat), Stefan Geiss (Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung), Andreas Schultz (Stadtplanungsamt), Christina Neddens (Stadtplanungsamt), Uwe Reinhold (Amt für Stadtgrün und Gewässer) sowie Stefan Kreutz (HCU Hamburg).

Im Anschluss Begehung des Bürgerbahnhof-Geländes mit Thorsten Mehnert und Toralf Zinner, dabei auch Gespräche mit Aktiven.

Berlin (Biotopflächenfaktor)

Gespräch am 8.6.2016 im Hause SenStadt Berlin.

Teilnehmer: Sabine Kopetzki, Angela Bischoff, Holle Thierfelder (Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz) und Sven Hübner (bgmr Landschaftsarchitekten GmbH Berlin).

Berlin Marzahn-Hellersdorf (kiezPARK FORTUNA)

Einzelgespräche mit und Zuarbeit durch Susanne Schnorbusch, su Landschaftsarchitekten und Hans-Jürgen Thiel, FORTUNA.

Hamburg (Hamburger Gründachstrategie)

Einzelgespräche am 4.8.2016 mit Dr. Hanna Bornholdt (Behörde für Umwelt und Energie BUE) und Christoph Reimers (Streit's Grundstücksgesellschaft) am 16.9.2016.

Gesprächsrunde mit Projektbeteiligten am 15.9.2016.

Teilnehmer: Dr. Hanna Bornholdt (BUE), Prof. Dr. Wolfgang Dickhaut und Michael Richter (HCU / Wissenschaftliche Begleitung), Edgar Badenius (Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, WSB, Wohnen), Berthold Eckebrecht (bdla/Architektenkammer), Frau Gebhardt (IFB Investitions- und Förderbank) sowie Sven Hübner (bgmr Landschaftsarchitekten GmbH Berlin) und Stefan Kreutz (HCU Hamburg).